

Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit: Wie zivilgesellschaftliche Online Plattformen die Öffentlichkeit innovativ nutzen können

Frank-Gretic, Lea

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Frank-Gretic, L. (2017). *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit: Wie zivilgesellschaftliche Online Plattformen die Öffentlichkeit innovativ nutzen können*. (Opuscula, 106). Berlin: Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-54720-3>

Nutzungsbedingungen:

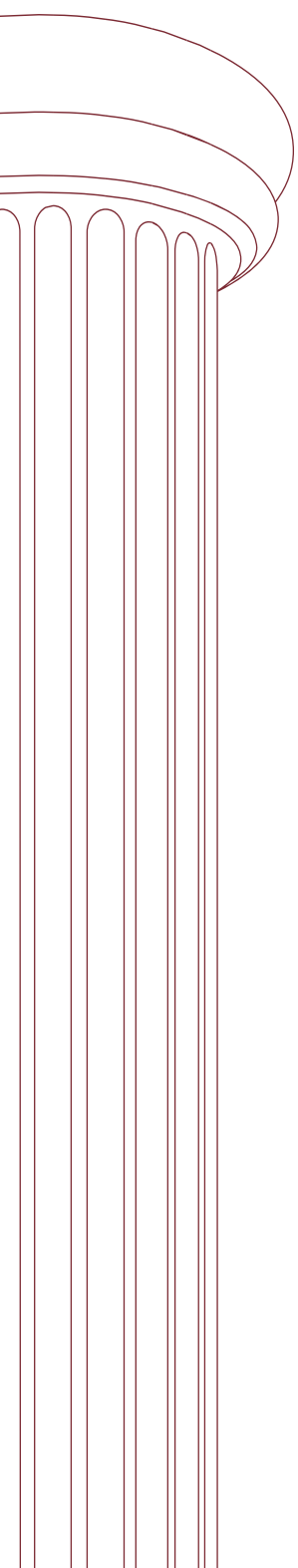
Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>



Lea Frank-Gretic

Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit

Wie zivilgesellschaftliche Online Plattformen
die Öffentlichkeit innovativ nutzen können.

Die Autorin

Lea Frank-Gretic absolvierte ihren Bachelor in European Studies an der Universität Maastricht in den Niederlanden. Während ihres darauffolgenden Masterstudiums in Verwaltungswissenschaft an der Universität Potsdam, fokussierte sie sich auf die Schwerpunkte Public Management und Internationale Politik. Die vorliegende Arbeit stellt die Master Abschlussarbeit der Autorin dar.

Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank.

Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin.

Weitere Informationen unter: www.institut.maecenata.eu

Die Reihe Opuscula

Die **Reihe Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für volle Zitierfähigkeit. Durch die Kooperation mit dem Social Science Open Access Repository (SSOAR) Projekt ist eine dauerhafte Verfügbarkeit aller Ausgaben mit fester URL-Adresse sichergestellt. Eine Übersicht der neuesten Exemplare ist auf der letzten Seite jeder Ausgabe zu finden.

Die gesamte Reihe *Opuscula* finden Sie zum kostenlosen Download unter:

<http://www.opuscula.maecenata.eu>

Impressum

Herausgeber

MAECENATA Institut
Rungestraße 17, D- 10179 Berlin,
Tel: +49-30-28 38 79 09,
Fax: +49-30-28 38 79 10,

E-Mail: mi@maecenata.eu

Website: www.maecenata.eu

Redaktion: Tina Anita Bayer, Markus Edlefsen

ISSN (Web) 1868-1840

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-54720-3



Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/).

Die Beiträge geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

Haftungsausschluss: Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt verlinkter Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Maecenata Institut, Berlin 2017

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	4
1.1. Forschungsgegenstand.....	5
1.2. Methodik und Aufbau.....	9
1.3. Forschungsstand.....	14
2. Die Zivilgesellschaft und die Öffentlichkeit	18
2.1. Begriffsgeschichte der Zivilgesellschaft.....	18
2.2. Das Zivilgesellschaftsverständnis und Öffentlichkeitsmodell nach Habermas.....	21
2.3. Strukturwandel der Öffentlichkeit.....	27
2.4. Die Massenmedien und das Internet.....	29
2.4.1. Offenheit.....	33
2.4.2. Gleichheit und Reziprozität.....	36
2.4.3. Diskursive Struktur.....	38
3. HelpTo – digitales zivilgesellschaftliches Engagement	40
3.1. Ausnahmesituation Flüchtlingskrise.....	41
3.2. Idee und Umsetzung von HelpTo.....	44
3.3. Bewertung von HelpTo - eine digitale und innovativ funktionierende Öffentlichkeit? .	47
3.3.1. Offenheit.....	50
3.3.2. Gleichheit und Reziprozität.....	53
3.3.3. Diskursive Struktur.....	56
4. Diskussion der Ergebnisse	59
5. Fazit	62
6. Literaturverzeichnis	64

Abkürzungsverzeichnis

BIM..... Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Art des Engagements.....41

Abbildung 2: Angebote & Gesuche	46
Abbildung 3: Angebote und Gesuche einstellen.....	46

1. Einleitung

Das Phänomen der Digitalisierung ist zwar noch nicht sehr alt, hat aber dennoch die Gesellschaft grundlegend verändert (vgl. Bühl 2000; Hahn/Hohlfeld/Knieper 2015; Keuper et al. 2013; Kretschmer/Werner 2011: 3). Denn durch die Möglichkeit einer digitalen Durchführung und Darstellung von Informationen und Kommunikation, kann von einem eingetretenen „digitalen Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (vgl. Bieber 2002; Hahn/Hohlfeld/Knieper 2015; Kemper/Mentzer/Tillmanns 2012; Kretschmer/Werner 2011; Münker 2009) gesprochen werden. Während im analogen Zeitalter Engagement in der Öffentlichkeit die aktive Partizipation in Parteien oder die Informationsbeschaffung durch Printmedien bedeutete, findet im digitalen Zeitalter Engagement meist online im Internet statt (ebd.). Das Internet bietet Bürgern¹ eine einfache und unkomplizierte Möglichkeit, sich in der Öffentlichkeit politisch zu engagieren und zu beteiligen (Reiser 2012: 3). Die Online-Beteiligungsmöglichkeiten sind sehr vielfältig. Auf vielen verschiedenen Formen von Online-Plattformen, wie u.a. Blogs, sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter, Tauschbörsen oder Crowdfunding-Plattformen, können sich Bürger über Themen und Inhalte informieren, sich untereinander vernetzen und auch interaktiv austauschen (ebd. 6).

Dieser digitale Wandel der Öffentlichkeit steht als Synonym für den „Strukturwandel der Öffentlichkeit“, der bereits im Jahr 1962 von dem Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas in seiner Habilitationsschrift prognostiziert worden ist (Kretschmer/Werner 2011: 4). Anhand eines erarbeiteten Idealtypus der Öffentlichkeit, nimmt er dort eine Analyse der modernen Öffentlichkeit vor.

Für die Entstehung und Bewahrung seines Idealmodells einer Öffentlichkeit ist für Habermas (1992: 436) ein „sozialer Raum“, in dem alle Bürger Argumente öffentlich diskutieren, ausschlaggebend. Durch den Austausch von rationalen Argumenten soll letztlich das bessere Argument gewinnen und somit eine vernünftige, öffentliche Meinung entwickelt werden, die die Legitimationsgrundlage politischer Entscheidungen bilden soll. Seine Idealvorstellung von einer funktionierenden Öffentlichkeit ist gekennzeichnet durch die Entstehung von vernünftigen Entscheidungen, die ihre legitimierende Kraft aus der „diskursiven Struktur einer Meinungs-

¹ In dieser Arbeit wurde im Sinne einer besseren Lesbarkeit die männliche oder weibliche Form von personenbezogenen Hauptwörtern gewählt. Die Angaben beziehen sich jedoch ausdrücklich auf Angehörige beider Geschlechter.

und Willensbildung“ (1992: 369) ziehen und damit die Politik beeinflussen können. Das heißt, so konkludiert Bernhard Peters (2001: 655), Habermas „öffentlicher Vernunftsgebrauch“ impliziert eine vernünftige kollektive Selbstbestimmung der Bürger, für die eine „egalitäre, öffentliche, argumentative Auseinandersetzung über gemeinsame Probleme konstitutiv ist.“ Habermas entwickelt somit ein „normatives basisdemokratisch orientiertes Idealmodell von Öffentlichkeit“ (Gerhards 1998: 271).

Habermas (1971: 172ff) konstatiert allerdings den Niedergang seines normativen Idealmodells in der modernen Öffentlichkeit. Das bürgerliche Publikum habe sich von einer rasonierenden in eine konsumierende Öffentlichkeit verwandelt (ebd. 193ff). Die öffentliche Meinung entstehe nicht mehr durch einen selbstbestimmten vernunftgeleiteten Diskurs, sondern werde von den Medien beherrscht und damit gelenkt (ebd.). In diesem Sinne fordert er die Aufrechterhaltung seines normativen Idealmodells einer funktionierenden Öffentlichkeit, um der durch Massenmedien beherrschten Öffentlichkeit entgegenzuwirken (ebd.). Nach Habermas (2008: 136) Verständnis ist die Zivilgesellschaft dazu am fähigsten, da sie in der Lage ist, zwischen der Öffentlichkeit und der Privatsphäre zu vermitteln „indem sie die politisch entscheidungsrelevanten Gegenstände auswählt, zu Problemstellungen verarbeitet und zusammen mit mehr oder weniger informierten und begründeten Stellungnahmen zu konkurrierenden öffentlichen Meinungen bündelt.“ Damit schreibt Habermas (ebd.) der in der Öffentlichkeit agierenden Zivilgesellschaft die Kraft zu, die Politik beeinflussen zu können und somit einen Beitrag „zur demokratischen Legitimation des staatlichen Handelns“ zu leisten.

1.1. Forschungsgegenstand

Habermas (2016) bezeichnet die, seit 2015 virulent gewordene Flüchtlingskrise, als die Renaissance der Öffentlichkeit: "Die Flüchtlingspolitik hat die Meinungen in der deutschen Bevölkerung und die Stellungnahmen der Presse auch hierzulande gespalten. Damit gingen lange Jahre einer beispiellosen Lähmung der politischen Öffentlichkeit zu Ende.“ Mit Hinblick auf die Flüchtlingskrise in Gesamteuropa, aber vor allem in dem Umgang und der Aufnahme von Geflüchteten in Deutschland, vertritt die Aussage der Bundeskanzlerin Angela Merkel (2015) im Sommer 2015 - „Wir schaffen das!“ - den Leitgedanken der neuen deutschen „Willkommenskultur“ (Feldhoff 2015). Durch eine gemeinsame positive Haltung den ankommenden Geflüchteten gegenüber, bedeutet die deutsche Willkommenskultur auch eine gemeinsame Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der großen gesellschaftlichen Herausforderung der Flüchtlingskrise (Deutscher Städte-und Gemeinde Bund 2017). Jedoch zeigen die unterschiedlichen Reaktionen und öffentlichen Meinungen in Bezug auf den gewünschten Umgang mit den Geflüchteten ein sehr differenziertes Bild (Feldhoff 2015).

Auf der einen Seite erleben wir in der deutschen Öffentlichkeit ein beispielloses zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge (vgl. Aumüller/Daphi/Biesenkamp 2015; Bertelsmann Studie 2016; Karakayali/Kleist 2016; Speth/Becker 2016; Simsa et al. 2016). Auf der anderen Seite existieren aber auch viele Ressentiments bis hin zu offenen rechtsextremen Einstellungen Flüchtlingen gegenüber (ebd.). Diese negativen Einstellungen sollen hier ausdrücklich erwähnt werden, um das Realitätsbild nicht zu verzerren, ihre Auswirkungen auf die Öffentlichkeit und Bedeutung für die Gesellschaft, werden in dieser Arbeit aber nicht weiter behandelt.

Die Zivilgesellschaft leistete im Herbst 2015 und andauernd bis heute, ein unglaubliches Maß an Erstversorgung und darüber hinaus Integrationsarbeit, sodass ein neues zivilgesellschaftliches Organisationsnetzwerk in der Öffentlichkeit entstanden ist (Simsa et al. 2016: 7). Denn mit zunehmender Dauer und Zuspitzung der Flüchtlingskrise wurde offensichtlich, dass die Politik, die große gesellschaftliche Herausforderung der Flüchtlingskrise, nicht mehr alleine bewältigen konnte (vgl. Aumüller/Daphi/Biesenkamp 2015; Bertelsmann Studie 2016; Karakayali/Kleist 2016; Speth/Becker 2016; Simsa et al. 2016). Weder Bund, Länder noch Kommunen waren auf diese Krise vorbereitet.

So war es vor allem das Engagement der vielen ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Akteure, wie der Journalist Johannes von Dohnanyi (2015) feststellt, dass die „deutsche Willkommenskultur mit Sinn und Leben erfüllt“ hat. Eine aktuelle Studie der Bertelsmann Stiftung (2016: 14) stellt fest, dass die freiwilligen Helfer eine sogenannte „Lotsenfunktion“ für die Geflüchteten darstellen. Sie verstärken nicht nur eine „positive Stimmung“ gegenüber Flüchtlingen, sondern fungieren auch als „Brücke zwischen Geflüchteten und Verwaltung“ (ebd. 14). Demnach hat nicht nur der Begriff Zivilgesellschaft „Flügel bekommen“ (Heins 1992: 235), sondern hat sich auch die Öffentlichkeit neu konstituiert. Denn insbesondere in Krisensituationen können zivilgesellschaftliche Akteure „eine überraschend aktive und folgenreiche Rolle übernehmen“ (Habermas 1992: 460), da sie eine entscheidende Verbindung zwischen der Öffentlichkeit und den politischen Entscheidungsträgern bilden können (ebd.). Eine intakte zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit fungiert nicht nur als Garant einer demokratischen Gesellschaft, sondern ist auch für eine gesellschaftliche Ordnung essentiell, wie die Flüchtlingskrise zeigt (Heming 2007: 5).

Bedingt durch den digitalen Wandel der Öffentlichkeit, nutzen zivilgesellschaftliche Akteure verstärkt die virtuelle Öffentlichkeit des Internets, um sich aktiv in der Flüchtlingshilfe zu engagieren (vgl. Habel/Wetzel 2016; Habel 2015; Müller 2016). Von Dohnanyi (2015) lobt das Internet als wirkungsvolle Plattform für zivilgesellschaftliches Engagement in der Flüchtlingskrise: „Auf einmal zeigt das Internet, dass es auch etwas Anderes als Hetze kann. Dass es eine Plattform ist für die Zivilgesellschaft, die nicht über vermeintliche Benachteiligungen oder

fehlende Partizipationsofferten klagt, sondern die sich aus eigenem Antrieb mobilisiert und positive Zeichen setzt. Die Signale gelten nicht zuletzt der Politik.“

Seit 2015 sind zahlreiche digitale Angebote für Geflüchtete entstanden, so u.a. von einer Ankommens-App bis zu den Online-Plattformen für die Arbeits- und Wohnungsvermittlung, Spenden Akquirierung oder Anwendungen zum Sprachenlernen (Habel 2015; Müller 2016). Zivilgesellschaftliche Akteure versuchen so, die Digitalisierung innovativ in der Flüchtlingshilfe zu nutzen, um eine „effiziente und möglichst wirkungsvolle Hilfe zu gewährleisten“ (ebd.). Wie zivilgesellschaftliche Initiativen die digitale Öffentlichkeit des Internets effizient und innovativ in der Flüchtlingshilfe nutzen, wurde von dem betterplace lab, das an der Schnittstelle von Innovation und Gemeinwohl forscht, analysiert (Breidenbach 2016). Im Rahmen einer Feldforschungsreihe „lab around the world“ (betterplace lab 2016) entstand im Auftrag vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH ein gemeinsamer Forschungsbericht zu den Wirkungen und dem Nutzen digitaler Technologien in der Flüchtlingshilfe (ebd.). Die Studie ergab, dass aufgrund der sehr hohen Smartphone-Nutzungsrate unter den Geflüchteten, insbesondere digitale Lösungen ein großes Potential bergen, um eine weitreichende positive Wirkung in der Flüchtlingshilfe erlangen zu können (Buchmann/Mason 2016).

Auch von Seiten der Politik wird die, von der Zivilgesellschaft ausgehende digitale Flüchtlingshilfe, anerkannt und gefördert, wie die Aussagen des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Digitale Agenda der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Jarzombek und seinem zuständigen Berichterstatter Marian Wendt belegen:

„Der Umgang mit der Flüchtlingskrise ist eine Herausforderung für Staat und Gesellschaft. Neben den Behörden leisten zivilgesellschaftliche Initiativen hier einen entscheidenden Beitrag. Dies zeigen die im Ausschuss Digitale Agenda diskutierten unterschiedlichen Ansätze in der digitalen Flüchtlingshilfe. Digitale Angebote für Asylbewerber und Flüchtlinge sind Bausteine zu einer erfolgreichen Integration.“ (Jarzombek 2015)

„Die Vorteile der Digitalisierung beschränken sich nicht auf Industrie, Verwaltung und private Haushalte. Sie müssen auch bei der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern genutzt werden. Dass es Organisationen gibt, die dies bereits in hoher Professionalität und mit viel Einsatz tun, ist sehr erfreulich. Den Fokus dabei auf die Potenziale zu richten, die sich durch die Skalierbarkeit digitaler Angebote heben lassen, ist ein guter Ansatz. Von politischer Seite muss jetzt bewertet werden, wie wir die Arbeit der Initiativen am besten unterstützen können.“ (Wendt 2015)

Die große Bereitschaft der Zivilgesellschaft sich aktiv in der Flüchtlingshilfe zu engagieren, ist ein großer Unterschied zu der Situation Anfang der 1990er Jahre, als sich die deutsche Öffentlichkeit durch die Flüchtlingsströme vom Balkan in die Enge getrieben gefühlt hat und das Internet noch keine öffentliche Plattform zivilgesellschaftlichen Engagements darstellte (Bude 2015). In der heutigen Flüchtlingskrise könne deswegen von einer "neuen Dimension des bürgerschaftlichen Engagements" (Speth/Becker 2016: 40) gesprochen werden, in der sich die digitale Öffentlichkeit des Internets als zentraler Schauplatz für zivilgesellschaftliches Engagement erwiesen hat (vgl. Dohnanyi 2015; Habbel/Wetzel 2016; Mason 2016; Müller 2016).

Forschungsfrage

Obwohl Habermas in der Flüchtlingskrise zwar eine Wiederbelebung der Öffentlichkeit und die Stärke der Zivilgesellschaft betont, bleibt er kritisch gegenüber den Wirkungsweisen des Internets auf die Öffentlichkeit (vgl. Habermas 2008; Neuberger/Nuernbergk/Rischke 2009; Schulze 2011) Denn aufbauend auf der Verbreitung der Massenmedien, konstatiert Habermas im Rahmen der fortschreitenden Digitalisierung einen endgültigen Bedeutungsschwund seines normativen Idealmodells einer funktionierenden Öffentlichkeit. Zwar attestiert Habermas (2008: 161) im Internet durchaus das Entstehen einer neuen diskursiven Sphäre:

„Das World Wide Web scheint freilich mit der Internetkommunikation die Schwächen des anonymen und asymmetrischen Charakters der Massenkommunikation auszugleichen, indem es den Wiedereinzug interaktiver und deliberativer Elemente in einen unreglementierten Austausch zwischen Partner zulässt, die virtuell, aber auf gleicher Augenhöhe miteinander kommunizieren.“

Dennoch bezweifelt er die politische Gestaltungskraft der digitalen Öffentlichkeit im Internet (vgl. Neuberger/Nuernbergk/Rischke 2009: 20; Schulze 2011). Habermas (2008: 162) vertritt dabei die These, dass das Internet eine Fragmentierung der Öffentlichkeit fördere. Durch das Internet entstünden „weltweite, territoriale entwurzelte und voneinander segmentierte Öffentlichkeiten, globale Dorfgemeinschaften oder Kommunikationsinseln, mit denen das öffentliche Bewusstsein keineswegs kosmopolitisch erweitert, sondern hoffnungslos zersplittert wird“ (1995: 4). Diesen fragmentierten Öffentlichkeiten im virtuellen Raum des Internets fehle es an „funktionalen Äquivalenten für die Öffentlichkeitsstrukturen, die die dezentralisierten Botschaften wieder auffangen, selektieren und in redigierter Form synthetisieren“ (2008: 161). Des Weiteren befürchtet er eine gänzlich entpolitisierende Wirkung des Internets, die eine „privatistische Entleerung der Öffentlichkeit“ (Honneth 2011) mit sich bringen würde.

Die von Habermas skizzierte Gefahr, die das Internet für das normative Verständnis einer funktionierenden Öffentlichkeit darstellt, widerspricht vielen Thesen/Untersuchungen, die die öffentliche Wirkung des digitalen zivilgesellschaftlichen Engagements in der Flüchtlingskrise als äußerst positiv bewerten. Diese Diskrepanz ist die Grundlage der vorliegenden Forschungsarbeit.

Um zu überprüfen, inwieweit sich das Internet auf eine zivilgesellschaftlich funktionierende Öffentlichkeit auswirkt, wurde das in Potsdam erfolgreich entwickelte Online-Hilfe-Portal HelpTo, eine Plattform für Flüchtlinge und Bedürftige, gewählt. Entstanden durch zivilgesellschaftliche Initiative, bringt das Hilfe-Portal Geflüchtete, aber auch Bürger, Kommunen und Unternehmen zusammen, um gemeinsam in einen Dialog zu treten und Hilfe gezielter koordinieren zu können. Gegründet in Potsdam im Oktober 2015, wird die Plattform im Sommer 2016 mittlerweile auch schon in knapp 80 weiteren Landkreisen und kreisfreien Städten genutzt (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017: 69).

Die daraus hervorgehende Forschungsfrage lautet:

Inwiefern kann zivilgesellschaftliches Engagement im Internet eine funktionierende Öffentlichkeit im Sinne von Habermas normativen Öffentlichkeitsmodell konstituieren?

Diese Arbeit hat somit den Anspruch zur Identifikation des Öffentlichkeitspotentials des Internets, anhand des Fallbeispiels von HelpTo, beizutragen. Darüber hinaus kann die vorliegende Forschungsarbeit Aufschlüsse über die Chancen und Risiken, die eine fortschreitende Digitalisierung für die Öffentlichkeit mit sich bringt, geben.

1.2. Methodik und Aufbau

In der vorliegenden Arbeit wird das normative Öffentlichkeitsmodell von Habermas auf seinen Realitätsbestand in der heutigen digitalen Öffentlichkeit überprüft. Die vorliegende Forschungsarbeit verknüpft somit eine bestehende Theorie, das normative Öffentlichkeitskonzept von Habermas, mit einer Fallstudie, hier die Untersuchung des Online-Portals HelpTo. Eine deduktive Herangehensweise ermöglicht die Überprüfung einer Theorie an einem konkreten Fallbeispiel, um so die Theorie auf ihren Realitätsbestand zu testen (Muno 2009: 120). Dieser methodische Ansatz ist in den Politikwissenschaften nichts Außergewöhnliches aber von hohem Mehrwert; „theory linked to data is more powerful than either data or theory alone“ (Bates et al. 1998: 3). Darüber hinaus sind Fallstudien sinnvoll zu verwenden, wenn Phänomene untersucht werden sollen, die in „real-life interventions“ (George/Bennett 2005: 211) zu komplex sind, um sie zu erfassen.

Allerdings gibt es auf die Frage, was eigentlich ein Fall ist, zahlreiche Antworten (Muno 2009: 115). Nach Detlef Jahns (2006: 322) Verständnis ist ein Fall „nicht abstrakt eindeutig“, sondern kann nur „in Verbindung mit dem Erkenntnisinteresse bestimmt werden.“ Demnach wird ein Fall durch das Objekt wissenschaftlicher Untersuchung bestimmt, das bedeutet, es kann sich hierbei um ein Land, eine Institution, eine Organisation, einen Prozess etc., handeln (Muno 2009: 115).

Zur Beantwortung der Forschungsfrage wurde eine intensive Literatur- und Dokumentenanalyse durchgeführt. Als theoretische Grundlage dieser Arbeit dienen die Hauptwerke von Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit* (überarbeitete Version 1990), *Faktizität und Geltung* (1992), sowie der Aufsatz *Ach, Europa* (2008). Für die wichtigsten Auseinandersetzungen und Ergänzungen zu seinem Öffentlichkeitsmodell wurden folgenden Werke studiert: *Sinn der Öffentlichkeit* (Peter 1994; Peters 2007), *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten* (Münker 2009) sowie *Politische Öffentlichkeit und Kommunikation im Internet* (Welz 2002).

Darüber hinaus wurde der aktuelle Forschungsstand zur Öffentlichkeitstheorie und Zivilgesellschaft (vgl. Kapitel 1.3) und aktuelle Studien und bedingt durch die Aktualität, viele Print- und Onlinemedien, über die Flüchtlingskrise qualitativ analysiert und ausgewertet. Zur Bewertung der Einzelfallstudie HelpTo wurde vor allem die allgemeine Website des Hilfe-Portals und ein erster zehnmonatiger Auswertungsbericht des Potsdamer Online-Portals verwendet. Die dazu vorliegenden Zahlen sind nicht deutschlandweit für alle HelpTo Portale repräsentativ, sondern geben ausschließlich einen Eindruck über die Leistungen des Potsdamer Portals in diesem begrenzten Zeitraum wieder. Des Weiteren dient eine Präsentation des HelpTo Gründers Daniel Wetzel und seiner Kollegin Michaela Burkhard, im Rahmen eines Workshops zur Migrationspolitik in der europäischen Flüchtlingskrise unter Leitung von Professor Dr. Franzke an der Universität Potsdam, als Informationsgrundlage. Diese Daten sowie die vorhandenen öffentlichen Informationen auf der HelpTo Website wurden qualitativ bearbeitet und entlang der drei normativen Kriterien hin untersucht.

Fallauswahl

Um zu überprüfen, inwiefern das normative Idealmodell einer funktionierenden Öffentlichkeit in der digitalen Öffentlichkeit des Internets auftritt, wird das Fallbeispiel der Online-Plattform HelpTo verwendet. Die Wahl auf die Online-Plattform HelpTo fiel aus verschiedenen Gründen. Die Auswahl an Online-Angeboten, die im Rahmen der Flüchtlingshilfe innovative Ansätze zur Hilfe in der Flüchtlingskrise bieten, ist sehr groß. Für die Untersuchung wurde aber eine digitale Lösung gesucht, die aus zivilgesellschaftlicher Hand entspringen und von zivilgesellschaftlichen Akteuren umgesetzt wird. Damit entfielen einige Angebote, die zwar ein wirkungsvolles

digitales Engagement in der Flüchtlingskrise beweisen, aber durch Unternehmen oder staatliche/internationale Institutionen ins Leben gerufen worden sind und von diesen auch umgesetzt werden.

Der besseren Übersicht halber sollte auch keine App verwendet werden, da sich der Nachweis von Öffentlichkeitsstrukturen, auf der beschränkten digitalen Darstellung einer App, als schwierig gestaltet. Deswegen sollte eine Online-Plattform gewählt werden, die einen interaktiven Austausch in der Öffentlichkeit nachweisbar darstellt.

Des Weiteren war es wichtig, dass das jeweilige Fallbeispiel bereits positive Resonanz mit seiner Arbeit zu verzeichnen hat, damit überhaupt eine Beurteilung über die Chancen der Digitalisierung möglich wird.

Außerdem und dies war wohl der entscheidendste Faktor, sollte die, von zivilgesellschaftlichen Akteuren konzipierte und umgesetzte digitale Plattform, entweder im Stadtstaat Berlin oder im Land Brandenburg ansässig sein. Der Grund dafür war die erhöhte Zugänglichkeit der erzielten öffentlichen Wirkung sowie ein möglicher direkter Kontakt zu den Verantwortlichen aufgrund der (persönlichen) unmittelbaren räumlichen Nähe.

Die Recherchen zur Fallauswahl machten deutlich, dass die Untersuchung mehrerer Online-Plattformen, wie zu Beginn angestrebt, aufgrund der soeben aufgeführten Einschränkungen in der Selektivität, nicht umsetzbar war.

All dies führte zur Wahl der in Potsdam entstandenen Online-Plattform HelpTo, als die zu untersuchende Einzelfallstudie. Denn in Potsdam, durch zivilgesellschaftliches Engagement entstanden, bietet die interaktive Online-Plattform eine innovative digitale Lösung, um Hilfe in der Flüchtlingskrise gezielt zu koordinieren und repräsentiert dabei auch ein Paradebeispiel für die positiven Auswirkungen der fortschreitenden Digitalisierung.

Limitationen der Fallauswahl

Die richtige Auswahl der Einzelfallstudie ist von entscheidender Bedeutung, damit alle für den Untersuchungsgegenstand charakteristischen Merkmale erfasst werden, um anschließend valide Schlussfolgerungen ziehen zu können (Lamnek 2005: 284).

So wurde HelpTo gewählt, da diese Online-Plattform, im gesetzten geographischen Rahmen, eine sehr erfolgreiche Wirkung in der digitalen Flüchtlingshilfe erlangen konnte. Die Einbeziehung anderer Beispiele scheiterte aus der oben beschriebenen eingeschränkten Selektivität in der Fallauswahl. Die Arbeit nimmt, aufgrund der sehr eingeschränkten Möglichkeiten in der Fallauswahl, daher die Untersuchung der Online-Plattform HelpTo als best practice Einzelfall-

studie vor. Damit kann die Arbeit keine vergleichbaren Schlüsse zu anderen digitalen Lösungen in der Flüchtlingshilfe geben und somit ist nur eine Antizipation, aber kaum eine Generalisierung der Ergebnisse für andere Online-Portale in der Flüchtlingshilfe möglich.

Eine weitere Einschränkung der Aussagekraft dieser Fallstudie ist begründet in dem kurzen Bestehen der Online-Plattform. So stellte sich heraus, dass zum Zeitpunkt der Untersuchung, ausschließlich Auswertungen über die Arbeit des Potsdamer HelpTo Portals existierten, kaum aber über die Wirkung der anderen deutschlandweit vertretenden HelpTo Portale. Somit werden in der Arbeit hauptsächlich Zahlen und Beispiele verwendet, die ausschließlich repräsentativ sind für den Erfolg des Potsdamer HelpTo Portals in dem Auswertungszeitraum von ca. einem Jahr. Nichtsdestotrotz können diese Zahlen aber einen Trend und eine Entwicklung bestätigen oder widerlegen (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017: 71).

Theorie

Da HelpTo nicht nur das steigende zivilgesellschaftliche und öffentliche Engagement in der Flüchtlingskrise repräsentiert, sondern auch als Beispiel für die fortschreitende Digitalisierung dient, soll anhand von der Einzelfallstudie des HelpTo Portals exemplarisch bewertet werden, ob das zivilgesellschaftliche Engagement im Internet den normativen Kriterien einer funktionierenden Öffentlichkeit entspricht. Laut Habermas sind drei normative Kriterien für das Idealmodell einer funktionierenden Öffentlichkeit konstitutiv (vgl. Habermas 1990/1992; Gerhards 1998; Peters 1994/2007; Welz 2001). Erstens, die *Offenheit* der Öffentlichkeit, das heißt der generelle Zugang zu allen Themen und Inhalten soll garantiert sein, über deren jeweilige Relevanz dann im Kollektiv entschieden wird. Zweitens, soll jeder gleichermaßen in der Öffentlichkeit teilnehmen können und sich dabei reziprok dem anderen gegenüber verhalten, *Gleichheit* und *Reziprozität* sind somit gewährleistet. Drittens, soll der öffentliche Dialog durch eine *diskursive Struktur* gekennzeichnet sein, die eine Auseinandersetzung mit Argumenten impliziert.

Zum Entstehungszeitpunkt des Modells war das Ausmaß der Digitalisierung allerdings noch nicht absehbar und wurde demnach nicht berücksichtigt. Die normativen Kriterien stellen viel mehr ein Idealbild von Öffentlichkeit dar und sind deshalb zu abstrakt formuliert, um ihnen im heutigen digitalen Zeitalter des Internets Geltung zu verleihen (Peters 2007: 188). Deswegen müssen die normativen Kriterien von Habermas erweitert werden, um die neue digitale Konstitution von Öffentlichkeit in der heutigen Zeit erfassen zu können.

Im ersten Schritt dieser Arbeit werden die normativen Kriterien daher, unter kritischer Betrachtung ihrer heutigen Gültigkeit, insbesondere durch die Ausarbeitung der Autoren Bernhard Pe-

ters, Stefan Münker sowie Hans-Georg Welz zum Teil neu interpretiert und revidiert. Als notwendige Ergänzung der normativen Kriterien wird ein gegenseitiges *soziales Vertrauen*, als Voraussetzung für die Kooperation unter den in der Öffentlichkeit teilnehmenden Akteuren, bestimmt (Peters 1994/2007; Welz 2001). Des Weiteren muss eine *Durchlässigkeit* von Themen und Argumenten zwischen den zerstreuten Öffentlichkeiten gewährleistet sein, sodass alle Inhalte berücksichtigt werden (Donges/Jarren 1999; Peters 1994/2007). Zur Beantwortung der Forschungsfrage werden im zweiten Schritt die, auf Habermas aufbauenden und von den oben genannten Autoren erweiterten, normativen Kriterien einer funktionierenden Öffentlichkeit, als Bewertungsindikatoren für das zu untersuchende Öffentlichkeitspotential von HelpTo verwendet.

Die Annahme ist, dass durch die Anpassung des Öffentlichkeitsmodells und dem aktuellen digitalen zivilgesellschaftlichen Engagement, das Internet im Gegensatz zu Habermas Beobachtung, sehr wohl eine funktionierende Öffentlichkeit ermöglicht. Vielmehr bietet das Internet eine (ideale) Plattform für zivilgesellschaftliches Engagement.

Für die Untersuchung des Fallbeispiels ergibt sich daraus folgende Arbeitshypothese:

Das Potsdamer HelpTo konstituiert eine funktionierende Öffentlichkeit im Internet.

Aufbau

Im Folgenden soll ein Überblick über die Kapitel dieser Arbeit skizziert werden. Die Arbeit ist in einen Theorie- und einen Empirieteil gegliedert. Zur besseren Einordnung der Analyse wird im ersten Teil zunächst ein kurzer Überblick über die Ideengeschichte der Zivilgesellschaft geboten (Kapitel 2.1.). Daraufhin folgt eine ausführliche Darlegung des Zivilgesellschaftsverständnisses und Öffentlichkeitsmodells nach Habermas (Kapitel 2.2). Weiterhin wird der von Habermas postulierte Strukturwandel der Öffentlichkeit (Kapitel 2.3.) erläutert und ferner die möglichen Risiken der Massenmedien, aber vor allem der Digitalisierung (Internet) in Hinblick auf seine normative Idealvorstellung von Öffentlichkeit diskutiert (Kapitel 2.4.). Vor dem Hintergrund der Digitalisierung werden anschließend aufbauend auf Habermas, die drei normativen Kriterien des Zivilgesellschafts- und Öffentlichkeitsmodells – die Offenheit, Gleichheit und Reziprozität und die diskursive Struktur des öffentlichen Dialogs – anhand einer kritischen Überprüfung ihres Realitätsgehalts, entsprechend der oben genannten Autoren erweitert (Kapitel 2.4.1.). Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise, erfolgt im zweiten Teil die Vorstellung des Online-Portals HelpTo und anschließend die Bewertung des Öffentlichkeitspotentials von HelpTo anhand der modifizierten Kriterien (Kapitel 3). Im Anschluss werden die Chancen der Digitalisierung für die Öffentlichkeit, anhand von HelpTo, aufgezeigt. Dadurch kann im letzten Kapitel beantwortet werden, ob durch die Anpassung des Öffentlichkeitsmodells, die digitale

Öffentlichkeit des Internets als eine funktionierende Öffentlichkeit bewertet werden kann (Kapitel 4). Am Ende des Fazits (Kapitel 5) wird ferner ein Ausblick, der weiteren Forschungsbedarf aufgezeigt, prognostiziert.

1.3. Forschungsstand

Öffentlichkeit

Der Forschungsstand zur Öffentlichkeitsforschung war bis zu den 1960er Jahren noch sehr limitiert (Neidhardt 1997: 10). Erst mit der im Jahr 1962 veröffentlichten Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ des Philosophen Habermas, bekam der Begriff klare Konturen und wurde Gegenstand zukünftiger Forschungen (ebd.). Anknüpfend an die Tradition der „Kritischen Theorie“ und beeinflusst durch die „Dialektik der Aufklärung“ von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, untersuchte Habermas den Aufstieg der Öffentlichkeit, aber vor allem auch ihren antizipierten Abstieg (Dubiel 1992). Dabei entwickelte er ein normativ orientiertes Idealmodell der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit stellt für ihn somit einen kommunikativen Raum dar, in dem alle Bürger Argumente kontrovers diskutieren, sodass als Ergebnis eine vernünftige, also reflektierte und abgewogene, öffentliche Meinung entsteht, die die legitimierte Grundlage politischer Entscheidungen bildet (vgl. Habermas 1990/1992).

In der Forschung existieren verschiedene normative Modelle von Öffentlichkeit, die jeweils unterschiedliche Erwartungen an die Leistung haben, die eine Öffentlichkeit auszeichnen muss, damit sie die Funktionen einer modernen Demokratie erfüllen kann (Neidhardt 1994: 8). Abgeleitet von den entwickelten Prozessstufen des Soziologen Amitai Etzioni im Jahr 1968, lässt sich die Öffentlichkeit als ein Kommunikationssystem, in dem (A) Themen und Meinungen gesammelt (Input) werden, (B) verarbeitet (throughput) und (C) weitergegeben (output) werden, betrachten (Gerhards/Neidhardt 1990: 13; Neidhardt 1994: 8). Die verschiedenen theoretischen Modelle verhalten sich gegenüber diesen Prozessstufen allerdings ungleich anspruchsvoll (ebd.).

Der Soziologe Niklas Luhmann sowie der Philosoph Habermas stellen die wichtigsten zwei theoretischen Gegenpositionen dar. Luhmann entwarf 1970 ein empirisch-analytisches Konzept der Öffentlichkeit, das sogenannten Spiegelmodell. Insbesondere die Dissertation von Frank Marcinkowski (Publizistik als autopoietisches System. Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse 1993) rezipierte diesen theoretischen Ansatz. Entscheidend für das Spiegelmodell ist, dass die Leistung von Öffentlichkeit nicht über das Sammeln von Themen und Meinungen hinausgeht. Die Öffentlichkeit impliziert eine Transparenzfunktion und erfüllt damit ihre Aufgabe. Durch die Fokussierung auf bestimmte Themen ist sie lediglich für die

„Institutionalisierung von Themen“ zuständig, weiter geht das Modell jedoch nicht (Marcinkowski 1993: 120). Laut Luhmann (1970: 10) sei die Öffentlichkeit also nicht verantwortlich für die „öffentliche Meinungsbildung“ und beinhaltet auch keine diskursive Struktur.

Im Gegenteil zu Habermas anspruchsvollem normativen Öffentlichkeitsmodell. Zwar „steht und fällt mit dem Prinzip des allgemeinen Zugangs“ (Habermas 1990: 156) für ihn auch die Öffentlichkeit, aber sein Modell geht noch über den Anspruch der Offenheit hinaus. So soll die Verarbeitung der Themen durch kommunikatives Handeln, in Form einer diskursiv geführten Kommunikation, geschehen. Durch den Dialog soll ein rationaler Meinungs- und Willensbildungsprozess erzielt werden, der den Anspruch auf eine kollektive Akzeptanz erhebt, um letztlich rationale politische Lösungen herbeizuführen (ebd. 22).

Habermas postuliert in seinem Werk einen veränderten Charakter dieser Öffentlichkeit. Durch beeinflusste und gelenkte Massenmedien könne die Öffentlichkeit keinen Ort des Austausches von rationalen Argumenten für eine transparente und unvoreingenommene Meinungsbildung mehr bieten. Die Medien haben die moderne Öffentlichkeit zu einer „vermachteten Arena“ (Habermas 1990: 43) und somit zum Teil des „Warenverkehrs“ (Krüger 2003) werden lassen. Wie auch schon von Hannah Arendt in den 80er Jahren beobachtet, so befürchtet auch Habermas in der modernen Öffentlichkeit die „Gefahr einer privatistischen Entleerung“ (Honneth 2011: 522).

Auch andere Autoren wie Andreas Dörner und Thomas Meyer schließen sich Anfang des 21. Jahrhunderts an und sehen eine Gefahr für die politische Öffentlichkeit, wenn sie von „Politainment“ (Dörner 2001) oder „Mediokratie“ (Meyer 2001) sprechen, welches auf die Abhängigkeit und Unterwerfung der Politik gegenüber den Medien zielt. Eine „Selbstmediatisierung“ (Meyer 2001: 8) solle zwar aus politischem Kalkül heraus entstehen, um Kontrolle über die Öffentlichkeit zu erlangen, aber ob auf diese Weise die politische Öffentlichkeit es noch vermag, unabhängige und rationale Entscheidungen zu treffen, sei fraglich. Diese Sorge wurde in den letzten Jahren auch von dem Schweizer Soziologen Kurt Imhof (2011) geteilt. Für ihn (2011: 111) hat sich bereits ein Strukturwandel der Öffentlichkeit vollzogen, der aus einem „neuen Vermachtungszusammenhang“ zwischen mächtigen Medienorganisationen und politischen Akteuren besteht. Die Politik müsse sich heutzutage den kommerzialisierten Medien anpassen, um die Bürger noch erreichen zu können.

Imhof (2011: 128) geht noch einen Schritt weiter, wenn er feststellt, dass die Deliberationsqualität der politisch kulturellen Öffentlichkeit im „Medienpopulismus“ fast gänzlich verschwinden würde. Jedoch in einer neueren und überarbeiteten Auflage des Strukturwandels der Öffentlichkeit im Jahr 1990 zeigt sich Habermas (1990: 11ff) zwar stets kritisch den Massenmedien

und den Auswirkungen des digitalen Zeitalters gegenüber, relativiert allerdings seinen zuvor starken Pessimismus gegenüber einer gänzlich entpolitisierenden Wirkung der Medien auf die Öffentlichkeit.

Da das Habermassche Modell einer Öffentlichkeit selbst schon für die traditionelle Medienkommunikation einen hohen normativen Anspruch erhebt, gestaltet sich die empirische Falsifizierung im digitalen Zeitalter des Internets als fast unmöglich (Gerhards 1997: 8). Deswegen wurde sein Modell von zahlreichen Autoren weiterentwickelt, sodass es möglich wird, normative Funktionsweisen auch in der Internetwelt ausfindig zu machen (vgl. Peters 1993/1994/2007; Gerhards 1994/1998; Heming 1997; Donges/Jarren 1999; Marshall 1999; Wesselmann 2002; Welz 2002; Münker 2009; Imhof 2011). Für diese Forschungsarbeit von hoher Relevanz sind u.a. die Arbeiten von Münker (2009) und Welz (2002) über die Emergenz neuer digitaler Öffentlichkeiten und den Trend des Web. 2.0. Beide versuchen die Auswirkungen des Internets auf die normativen Leistungen einer Öffentlichkeit hin zu untersuchen, wobei sie Kritik und Anregungen für Erweiterungen des normativen Öffentlichkeitsmodells von Habermas bieten. Die wohl bekanntesten Auseinandersetzungen des normativen Ansatzes von Öffentlichkeit findet sich bei dem Politikwissenschaftler Peters (1994/ 2007) in seinem Werk „Der Sinn von Öffentlichkeit“ wieder, in diesem er genaustens Habermas Modell rezipiert und kritisiert.

Zivilgesellschaft

Der Forschungsstand zur Geschichte und Entwicklung der Zivilgesellschaft umfasst eine Vielzahl von Werken (vgl. Keane 1988; Habermas 1990/1992; Taylor 1991; Cohen/Arato 1992; Sarcinelli 1997; Kocka 2001; Gosewinkel 2003; Adloff 2005). Allerdings gibt es keine eindeutige Definition des Zivilgesellschaftsbegriffs, da das Verständnis von Zivilgesellschaft sehr komplex und im Lauf der Geschichte oft unterschiedlich interpretiert wurde (vgl. Taylor 1991; Habermas 1992; Leggewie 1998; Kocka 2001; Reese-Schäfer 2001; Simsa 2001; Karolewski 2003; Adloff 2005; Greve 2009). Laut dem Politikwissenschaftler Claus Leggewie (1993: 12) wird die Zivilgesellschaft sogar als „inflationär zitierten rhetorischen Figur“ verwendet.

Übersetzt als „civil society“, „société civile“ und im Deutschen als „bürgerliche Gesellschaft“ oder „Zivilgesellschaft“ wird in dieser Arbeit, in Anschluss an Habermas, ausschließlich der Begriff der Zivilgesellschaft verwendet.

Das heutige Verständnis des komplexen Begriffs der Zivilgesellschaft lässt sich mit den Worten des Schweizer Philosophen Emil Angehrns (1992: 152) im Allgemeinen beschreiben als:

"Eine Sphäre sozialer Institutionen und Organisationen, die nicht direkt der Funktion politischer Selbstverwaltung integriert sind und nicht unmittelbar staatlicher

Regulierung unterliegen, doch in verschiedener Weise auf den Staat einwirken: für ihn Grundlagen bereitstellen, Rahmenbedingungen setzen, seine Leistungen ergänzen, ihn aktiv beeinflussen. In Wirtschaft, Kultur, Bildung, Medien, Verbänden usw. erfüllt die Zivilgesellschaft Funktionen, die sich nicht in der Koordinierung von Privatinteressen erschöpfen, sondern die Konstitution eines Allgemeinen tragen. Sie bildet kollektive Identität(en), begründet Gemeinsinn, stiftet Öffentlichkeit, fördert soziale Sicherheit."

Somit trägt der zivilgesellschaftliche Raum heutzutage einen integrativen Charakter, der es allen gesellschaftlichen Klassen sowie benachteiligten und ausgegrenzten Menschen ermöglicht, einen öffentlichen Handlungsraum zu erlangen und sich zu engagieren, um so eine „gute gesellschaftliche Ordnung“ (Gosewinkel 2003: 2) herbeizuführen.

Auch wenn die Wissenschaft sich schon seit Längerem mit „zivilgesellschaftlichem Engagement“ auseinandersetzt, bleibt es ein relativ junges Forschungsfeld (Aumüller/Daphie/Biesenkamp 2015: 10). Aufgrund der steigenden Flüchtlingsströme in den letzten Jahren stieg das sozialwissenschaftliche Interesse und die Veröffentlichungen in Deutschland zu dem Thema Asyl/ zivilgesellschaftliches Engagement, allerdings rasant an. So beschäftigen sich einige Studien mit der Integration von Flüchtlingen (u.a. Arbeitsmarktzugang, Bildungschancen) in einzelnen Städten und Kommunen (Ottersbach 2011; Aumüller/Bretl 2008; Aumüller 2009; Aumüller/Gesemann 2014; Bertelsmann Stiftung 2016). Andere widmen sich der Einstellung zu Migrant*innen und Flüchtlingen in Deutschland im Allgemeinen, bieten allerdings auch nur allgemeine Umfrageergebnisse, ohne in die Tiefe bezüglich konkreter Gründe der Ablehnung oder Unterstützung zu gehen (Aumüller/Daphie/Biesenkamp 2015; Robert Bosch Stiftung 2014).

Sicherlich auch der Aktualität geschuldet, befassen aber sich vergleichsweise wenige Studien mit dem erstarkten zivilgesellschaftlichen Engagement und dessen Wirkungsmöglichkeiten in der heutigen Flüchtlingshilfe (Han-Broich 2015; Simsa et al. 2016, Bertelsmann Stiftung 2016). Das Maecenata Institut für Zivilgesellschaft veröffentlichte 2016 eine umfangreiche Studie zum ehrenamtlichen Engagement in der Flüchtlingshilfe. Neben der Entwicklung solch eines Engagements, der unterschiedlichen Motive und Ausprägungen, dargestellt anhand dreier Fallbeispielen, konstatieren die Autoren der Studie, die Flüchtlingskrise als Wendepunkt des zivilgesellschaftlichen Engagements und geben hierbei nützliche Handlungsempfehlungen an Zivilgesellschaft und Staat. Eine andere Untersuchung des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) belegte, durch eine breit angelegte Online-Umfrage

2014, dass die Zahl der ehrenamtlichen Helfer, die in der Flüchtlingsarbeit tätig sind, in den letzten drei Jahren durchschnittlich um 70 Prozent gewachsen ist (Karakayali /Kleist 2016: 26).

Zu dem, in der Flüchtlingskrise angestiegenen zivilgesellschaftlichen Engagement im Internet und seine Wirkung in der Öffentlichkeit, gibt es bislang auch noch wenige repräsentative Untersuchungen (Buchmann/Mason 2016). Obwohl schon viele Studien versucht haben die Auswirkungen der Digitalisierung auf verschiedene gesellschaftliche Bereiche zu untersuchen, fällt die Analyse der Auswirkungen auf die heutige Geltung des Habermasschen normativen Öffentlichkeitsmodell, gering aus (vgl. Münker 2009; Welz 2002).

Diese Forschungslücke soll mit der vorliegenden Arbeit aufgegriffen werden. Dafür werden die normativen Kriterien des Zivilgesellschafts- und Öffentlichkeitsmodells von Habermas erweitert, sodass sie in dem heutigen digitalen Zeitalter Geltung erfahren und als Bewertungsindikatoren für das zu untersuchende Öffentlichkeitspotential der Online-Plattform HelpTo für Geflüchtete und Hilfebedürftige dienen können.

2. Die Zivilgesellschaft und die Öffentlichkeit

Im folgenden Kapitel wird die veränderte Bedeutung des Zivilgesellschaftsbegriffs skizziert. Da das leitende Interesse der Arbeit ist, zu untersuchen, inwiefern zivilgesellschaftliches Engagement im Internet eine funktionierende Öffentlichkeit darstellt, ist es von Relevanz zunächst festzustellen, in welchem Zusammenhang der Begriff der Zivilgesellschaft mit der Öffentlichkeit steht. Diese Erläuterungen dienen zur Einleitung und als Ausgangspunkt des Zivilgesellschaftsverständnisses und Öffentlichkeitsmodells von Habermas. Um die veränderte Bedeutung des normativen Öffentlichkeitsverständnisses zu erklären, wird im Weiteren der Strukturwandel der Öffentlichkeit und daran anknüpfend die Auswirkungen der Massenmedien und des Internets auf die Öffentlichkeit geschildert. Auf dieser Grundlage werden anschließend die von Habermas formulierten normativen Kriterien für eine funktionierende Öffentlichkeit neu interpretiert und zum Teil ergänzt.

2.1. Begriffsgeschichte der Zivilgesellschaft

Da bei der Fülle von Literatur, um die veränderte Bedeutung des Zivilgesellschaftsbegriffs eine gewisse Selektivität unvermeidbar ist, wird der Übersicht halber die Entwicklungsgeschichte anhand von Jürgen Kockas Auffassung dargestellt. Laut Kocka konstituieren die Zivilgesellschaft zwei Elemente; zum ersten, die Differenzierung zwischen Ökonomie, Staat und der Gesellschaft und zum zweiten, die Unterscheidung zwischen dem privaten und dem öffentlichen

Bereich (Kocka 2001: 10). Die Grenzen zwischen diesen verschiedenen Bereichen haben sich im Laufe der Geschichte jedoch verändert (ebd.).

Beginnend bei Aristoteles entsprang in der Antike die Grundidee der Zivilgesellschaft (vgl. Adloff 2005; Cohen/Arato 1992; Fein/Matzke 1997; Goesewinkel 2003; Kocka 2001; Lauth/Merkel 1997). Mit dem Begriff - lateinisch „societas civilis“ - beschrieb Aristoteles die selbstorganisierte Gemeinschaft der Bürger einer Polis (Staat) (vgl. ebd.). Freie und männliche Bürger konnten am politischen und öffentlichen Leben des Staates (Polis) teilhaben, wohingegen unfreie Bürger sich in der Privatsphäre, dem Haushalt (Oikos), aufhielten (vgl. ebd.). Somit wurde in dieser Zeit kein Unterschied zwischen dem Staat (Polis) und der Zivilgesellschaft gemacht (Kocka 2001: 6). Eine entscheidende Umprägung dieses Verständnisses fand im 18./19. Jahrhundert statt (ebd.). Der Grund dafür war die Entwicklung zum absolutistischen Regime in Europa, welche laut Jean Cohen und Andrew Arato (1992: 86) die „Scheidelinie zwischen traditioneller und moderner Bedeutung von Zivilgesellschaft“ markierte.

Geprägt durch Philosophen wie Thomas Hobbes, Emanuel Kant, Charles de Montesquieu, Alexis de Tocqueville und später dem liberalen Strang von John Adam Smith, zeichnete sich allmählich eine Abgrenzung der Zivilgesellschaft vom Staat ab, allerdings noch keine von der Marktwirtschaft (vgl. Adloff 2005; Fein/Matzke 1997; Fischer 2016; Kocka 2001). Die Zivilgesellschaft wurde nun als ein Prozess einer fortschreitenden Zivilisierung verstanden, der in Abgrenzung zur Barbarei und des mächtigen Obrigkeitsstaates (Kocka 2001: 6) einsetzte. Die Französische Revolution steht repräsentativ für diese moderne Entwicklung und brachte Ende des 18. Jahrhunderts den „mündigen citoyen“ (ebd. 7) hervor. Mündig als Privatperson sowie in der politischen Öffentlichkeit revoltierte er gegen den absolutistischen Staat (Fein/Matzke 1997: 7). Diese politische Rolle des Bürgers wurde insbesondere von Tocqueville im 19. Jahrhundert betont; „freie Zusammenschlüsse- Assoziation, Vereine- sind es, die die Demokratie mit Leben erfüllen und erhalten“ (Adloff 2005: 36). Diese politischen Vereinigungen würden eine intermediäre Ebene zwischen Staat und Individuen bilden und die Zivilgesellschaft konstituieren (ebd.).

In der marxistischen Interpretation des Begriffes, beginnend bei Georg Wilhelm Friedrich Hegel über Karl Marx, und später Antonio Gramsci, verlor die Zivilgesellschaft jegliche politische Bedeutung (ebd. 37ff; Fein/Matzke 1997: 15ff; Kocka 2001: 8ff). Zwar stand sie in starker Abgrenzung zum Staat, aber konstituierte sich aus der Ökonomie und der „Bourgeoisie im Zentrum“ (Kocka 2001: 8). Somit wandelte sich das Verständnis von dem politisierten und mündigen citoyen, zu dem Wirtschaftsbürger einer Bourgeoisie-Gesellschaft, die mit Kapitalismus und Ungleichheit assoziiert wurde (vgl. ebd.). Diesen wirtschaftlichen Charakter verlor die Zi-

vilgesellschaft aber bei Gramsci und John Dewey (Adloff 2005: 48). Fortan wurde in der Forschungsliteratur dem Begriff lediglich eine ideologisch/kulturell geprägte Basis zugeschrieben (ebd.).

In den 70/80er Jahre erfuhr der Begriff Zivilgesellschaft einen Aufschwung und tauchte im neuen Kontext wieder auf. In den Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegungen in Osteuropa (Reformversuche in Ungarn/Polen 1956, Prager Frühling 1968) gewann der Zivilgesellschaftsbegriff wieder an politischer Bedeutung (vgl. ebd.; Fein/Matzke 1997) Im Kampf gegen das kommunistische Regime und mit der Forderung der Demokratisierung des Sozialismus, formierte sich die Zivilgesellschaft in Osteuropa in selbst organisierten Öffentlichkeiten gegenüber dem totalitärem Staat und strebte nach mehr Autonomie in gesellschaftlichen Handlungsräumen.

Im Zuge dieser Krisen vollzog sich nicht nur in Osteuropa eine Neuinterpretation des zivilgesellschaftlichen Verständnisses, sondern auch im Westen. Insbesondere auf linker Seite wurde die Öffentlichkeit als Mittel zur „demokratischen Selbstverwirklichung“ (Kocka 2001: 4) der Zivilgesellschaft reklamiert und avancierte somit als Kern des linken Selbstverständnisses (Fein/Matzke 1997). In diesem Sinne bezeichnet Hannah Arendt (1981: 86) die Zivilgesellschaft als den „Träger der demokratischen Selbstregierung“, die ihr Wirken in der Öffentlichkeit entfalte. Frank Adloff (Adloff/Birsl/Schwertmann 2005: 66) bezeichnet dieses „selbstregierte demokratische Zusammenleben“ zwar als „utopisches Element“, aber zugleich auch als Hauptmerkmal und Ergebnis der Zivilgesellschaft. Das neue linke Verständnis des Zivilgesellschaftskonzepts konstituierte sich aus Beiträgen der britischen und amerikanischen Neuen Linken (Arato, Cohen, Keane) sowie in Deutschland von Vertretern der Frankfurter Schule (Habermas, Dubiel, Frankenberg) (Fein/Matzke 1997).

Heutzutage gilt die Zivilgesellschaft als eine Sphäre neben dem Staat und der Ökonomie sowie dem privaten Bereich (Adloff 2005:8; Anheier 2004: 22; Gosewinkel 2003: 3). Zwar handelt sie sichtbar in der Öffentlichkeit, so dass die Zivilgesellschaft der Öffentlichkeit zugeschrieben werden kann, jedoch bleibt die Sphäre der Familie eine private Angelegenheit (Adloff/Birsl/Schwertmann 2005: 65ff; Gosewinkel 2003: 3). Gruppierungen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen finden sich in einem zivilgesellschaftlichen Raum wieder und nutzen die Öffentlichkeit, um ihre Inhalte zu artikulieren und dadurch die Politik zu beeinflussen (Adloff 2005: 8; Anheier 2004: 22; Cohen/Arato 1992: 346).

Somit bietet dieser zivilgesellschaftliche Raum eine Fläche für verschiedene Formen von bürgerlicher Partizipation, oft in Form von freiwilligem und ehrenamtlichem Engagement (Adloff

2005: 9). Die sozialen Handlungen dieser engagierter Bürger werden in diversen Organisationsforen gebündelt und in den öffentlichen Raum getragen. Dieses Verständnis einer kollektiven Selbstorganisation engagierter Bürger findet sich in dem aktuellen Leitbild der Bürgergesellschaft wieder:

„ein Gemeinwesen, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der politischen Demokratie selbst organisieren und auf die Geschichte des Gemeinwesens einwirken können. Im Spannungsfeld von Markt, Staat und Familie wird Bürgergesellschaft überall dort sichtbar, wo sich freiwillige Zusammenschlüsse bilden (...).“ (Deutscher Bundestag 2002: 6)

Darüber hinaus wurden in der Literatur normative Kriterien an eine Zivilgesellschaft gestellt. Cohen und Arato (1992: 345) konstatieren vier Merkmale, die als Voraussetzung für die Zivilgesellschaft gelten: Die Bewahrung des privaten Lebensbereiches, Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie die Gleichstellung vor dem Recht. Des Weiteren soll Pluralität durch eine Vielfalt von Lebensformen, bestehend aus unterschiedlichen freiwilligen Assoziationen und informellen Gruppierungen gegeben werden (ebd.). Meinungen werden somit im Privaten gebildet, in die Öffentlichkeit getragen und schließlich durch Kommunikation institutionalisiert. Durch vorherrschende Legalität, sollen die drei Bereiche - Pluralität, Publizität und Privatheit - voneinander abgegrenzt werden (Fehren 2008: 72). Diese normativen Strukturmerkmale einer Zivilgesellschaft speisen sich aus dem Zivilgesellschaftskonzept von Jürgen Habermas, welches im nächsten Kapitel erklärt wird.

2.2. Das Zivilgesellschaftsverständnis und Öffentlichkeitsmodell nach Habermas

In Habermas (1990: 82) deliberativen Demokratiemodell wird die Zivilgesellschaft als „die gesellschaftliche Basis für eine vitale, zwischen Ökonomie und Staat fungierende öffentliche Kommunikation, in der sich die Staatsbürgerschaft bewähren soll“, beschrieben. Das deliberative Modell erwartet „von der Einbettung des Wählerwillens und des formellen Beratungs- und Entscheidungsverfahren in die vitale, möglichst ungesteuerte Zirkulation öffentlicher Meinungen einen Rationalisierungsdruck, der die Qualität der Entscheidungen verbessert“ (2008: 144).

In der Idealvorstellung der deliberativen Demokratie soll der Prozess einer diskursiven Meinungs- und Willensbildung in der Öffentlichkeit, den politischen Entscheidungen Rationalität

und demokratische Legitimation verleihen (Schulz 1997: 87ff). Qualitative und geregelte öffentliche Kommunikation wird dabei als Grundpfeiler demokratischer Entscheidungen, betrachtet (Dachs 2008: 26). Kernelement dieses Demokratiekonzepts ist ein öffentlicher Diskurs und offener Meinungs- und Willensbildung, die sogenannte „Deliberation“ (Buchstein 2005: 316ff). Habermas (1992: 369) ist einer der Hauptvertreter der deliberativen Demokratie und spricht ihr die höchste Legitimität zu:

„Die deliberative Politik gewinnt ihre legitimierende Kraft aus der diskursiven Struktur einer Meinungs- und Willensbildung, die ihre sozialintegrative Funktion nur dank der Erwartung einer vernünftigen Qualität ihrer Ergebnisse erfüllen kann. Deshalb bildet das diskursive Niveau der öffentlichen Debatte die wichtigste Variable.“

Das wichtigste Forum für deliberative Verfahren der Erörterung und Beratschlagung gesellschaftlicher Probleme stellt dabei die Öffentlichkeit dar, als „Arena für die Wahrnehmung, Identifizierung und Behandlung gesamtgesellschaftlicher Probleme“ (ebd. 365). Anstelle von Mehrheitsvoten oder durch Eliten, sollen Entscheidungen unter der uneingeschränkten Beteiligung aller Akteure der Zivilgesellschaft in der Öffentlichkeit stattfinden. Gekennzeichnet durch einen offenen Diskurs politischer Themen soll es zu rationalen und somit legitimierenden Entscheidungen kommen (Habermas 1992: 448; Peters 2007: 44; Adloff 2005: 83). Laut Habermas ist also die Integration zivilgesellschaftlicher Beteiligung in die politische Ordnung, die definiert ist durch einen öffentlichen Diskurs, die Anforderung deliberativer Demokratie (Peters 2007: 325).

In Habermas Verständnis konstituiert sich die Zivilgesellschaft aus freien spontanen Einrichtungen von Individuen, die gesellschaftliche Herausforderungen aus ihrem Lebensraum der sogenannten „Lebenswelt“ (Habermas 1992: 443ff), in die Öffentlichkeit tragen und damit Vorschläge und Lösungsansätze an das politische System weiterleiten.

Normative Strukturmerkmale wie die Sicherung der Privatsphäre sowie Meinungs-, Presse- und Versammlungsfreiheit konstatiert er als Voraussetzung für die Entfaltung von solchen zivilgesellschaftlichen freien Assoziationen und ihrer Pluralität. Diese sichern die öffentliche Kommunikation und die Entstehung von Meinungs- und Willensbildungsprozessen (ebd. 445). Den „institutionellen Kern“ (ebd. 461) der Zivilgesellschaft bilden für ihn demnach:

„jene nicht-staatlichen und nicht-ökonomischen Zusammenschlüsse und Assoziationen auf freiwilliger Basis, die von Kirchen, kulturellen Vereinigungen und Akademien über unabhängige Medien, Sport- und Freizeitvereine, Debattierclubs, Bürgerforen und Bürgerinitiativen bis zu Berufsverbänden, politischen Parteien, Gewerkschaften und alternativen Einrichtungen reichen.“ (ebd. 461)

Zivilgesellschaftliche Strukturen lassen sich laut Habermas (1998: 434) aber nicht staatlich herstellen, sondern müssen von den Bürgern selber initiiert werden:

„Die Ausbildung von nicht-institutionalisierter Kommunikation, die spontane Meinungsbildungsprozesse ermöglicht, kann auf der Ebene der Lebenswelt „stimuliert“ werden, sie entzieht sich aber weitgehend rechtlicher Regelung, administrativem Zugriff oder politischer Steuerung.“

Allerdings besitzt die Zivilgesellschaft keine Steuerungsfunktion wie Habermas betont, sondern fungiert als Brücke zwischen der zivilgesellschaftlichen Lebenswelt und dem Staat. Damit konstituieren die Zivilgesellschaft und die Öffentlichkeit eine intermediäre Struktur die „zwischen dem politischen System einerseits, den privaten Sektoren der Lebenswelt und funktional spezifizierten Handlungssystemen andererseits vermittelt“ (Habermas 1992: 451).

Die Zivilgesellschaft umfasst demnach lediglich eine beeinflussende, aber keine direkte politische Macht. Denn in Habermas Verständnis verfügt sie nicht über die nötige Legitimation, um selber politische Macht auszuüben. Die Macht der Zivilgesellschaft beschränkt sich auf die Einflussnahme und die Beratung demokratischer Institutionen. Dafür muss sie aber erst die Schleusen der institutionalisierten Verfahren demokratischer Meinungs- und Willensbildung passieren.

„Ihr Einfluss muss sich auf die Beratung demokratische verfasster Institutionen der Meinungs- und Willensbildung auswirken und in formalisierten Beschlüssen eine autorisierte Gestalt annehmen, um politische Macht zu erzeugen.“ (ebd. 450)

Die Zivilgesellschaft kann eine sogenannte „kommunikative Macht“ (ebd. 415) erzeugen, die das politische System beeinflusst. Aus dieser kommunikativen Macht der Zivilgesellschaft leitet sich alle politische Macht ab (Scheyli 2000: 48). Das heißt, erst durch Auswirkungen auf Institutionen (in Form von kommunikativer Macht), die demokratisch fundiert sind, können öffentliche Diskurse Einfluss nehmen und „politische Macht erzeugen“ (Habermas 1992: 450; Adloff 2005: 82; Gerhards 1997: 24). Daraus folgt, als wesentliches Merkmal kommunikativer Macht, dass politische Entscheidungen sich nach den Gesetzen richten und dadurch legitimiert werden, welche sich die Zivilgesellschaft „in einer diskursiv strukturierten Meinungs- und Willensbildung selber gibt“ (Habermas 1992: 209).

Dieser Macht gegenüber, stellt Habermas (1992: 231) die „administrative Macht“, über die der Staat, das heißt der ganze administrative Komplex der Regierung und Verwaltung, verfügt. Er stellt einen Dualismus zwischen der kommunikativen Macht auf der einen und der administrativen Macht auf der anderen Seite fest. Nur wenn kommunikative Macht auf dem Weg der Gesetzgebung in administrative Macht umgeformt wird, kann sie politische Macht ausüben (1992: 362). Denn „Diskurse herrschen nicht. Sie erzeugen eine kommunikative Macht, die die administrative nicht ersetzen, sondern nur beeinflussen kann“ (Habermas 1990: 44). Dennoch benötigt die administrative Macht die Rückkoppelung „mit der aus der demokratischen Meinungs- und Willensbildung hervorgehenden kommunikativen Macht“ (ebd. 364) der Zivilgesellschaft, um politische Legitimation zu erlangen.

Um die Wechselbeziehung zwischen der Zivilgesellschaft (kommunikativer Macht), dem politischen System (administrativer Macht) und der Öffentlichkeit präziser zu beschreiben, bedient sich Habermas dem „Zentrum/Peripherie Modell“ von Peters (ebd. 429ff; Peters 1993: 327ff).

Aufgeteilt in „Zentrum“ und „Peripherie“ erklärt das Modell die Entscheidungs- und Kommunikationsprozesse in einem demokratischen politischen System. Als Zentrum und „Kernbereich“ des politischen Systems wird der gesamte parlamentarische Komplex, die Regierungs- und Verwaltungsbehörden und die Justiz bezeichnet (Peters 1993: 327ff). Gesetze, politische Programme und Maßnahmen werden hier formuliert.

Den zweiten Teil des politischen Systems stellt die Peripherie dar, die zivilgesellschaftliche Lebenswelt. Geteilt in eine „innere“ und „äußere“ Peripherie, werden hier Interessen in aggregierter Form gegenüber dem Zentrum artikuliert, wobei beide Bereiche mit unterschiedlichen Möglichkeiten zur Einflussnahme versehen sind (ebd.). Auf der äußeren Seite befindet sich ein Geflecht aus ressourcenstarken korporatistischen Spitzenverbänden, „die klar definierte Gruppeninteressen vertreten“ (Habermas 1990: 430), Vereinigungen, mit parteipolitischen Zielsetzungen sowie Interessenvertretungen, die öffentliche Anliegen, wie dem Umweltschutz, nachgehen. Ausgestattet mit „staatlichen Kontroll- und Hoheitsfunktionen“ stehen diese Akteure in besonders enger Verbindung zum Zentrum (ebd.).

Hingegen formiert die innere Seite ressourcenschwächere Vereinigungen und spontane Zusammenschlüsse, also nichtstaatliche wie nichtökonomische Akteure der Zivilgesellschaft, die einen „geringen Draht an institutionalisierter Verdichtung“ aufweisen (Peters 1993: 330; Habermas 2008: 144ff). Nach Habermas (1992: 444) bilden diese zivilgesellschaftlichen Akteure der inneren Peripherie

„(...) das Substrat jenes allgemeinen, aus der Privatsphäre gleichsam hervortretenden Publikums von Bürgern, die für ihre gesellschaftlichen Interessen und Erfahrungen öffentliche Interpretationen suchen und auf die institutionalisierte Meinungs- und Willensbildung Einfluss nehmen.“

Im Gegensatz zu den Akteuren der äußeren Peripherie und des Zentrums, die durch Steuerungsmedien wie Geld und (administrative) Macht gelenkt sind, setzt Habermas auf zivilgesellschaftliche Öffentlichkeiten, die zwar nicht selber politische Macht ausüben, wohl aber Einfluss nehmen wollen (Reese-Schäfer 2001: 34). Deshalb geht Habermas (1992: 443) davon aus, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure der inneren Peripherie, durch kommunikatives Handeln beruhend auf einer diskursiven Meinungs- und Willensbildung, am besten dazu in der Lage seien „die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufzunehmen, zu kondensieren und lautverstärkend an die Öffentlichkeit weiterzuleiten.“ Als „gewalteinschränkende Instanz“ (Reese-Schäfer 2001: 36) proklamiert Habermas somit ein (zivilgesellschaftliches) normatives Öffentlichkeitsmodell.

Abgeleitet von der Theorie des kommunikativen Handelns nach Habermas, ist die Kommunikation das Mittel zur Schaffung eines öffentlichen sozialen Raums. Die Öffentlichkeit stellt somit ein Kommunikationsforum dar, ein „Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen“ (Habermas 1992: 436). Peters (1994: 42) beschreibt Öffentlichkeit zum einen als Gegenbegriff zur „Privatheit“. Demnach kann die Öffentlichkeit als „die Konnotation einer sozialen Sphäre oder eines sozialen Raumes (public sphere, public space), der aufgespannt und erhalten wird durch Kommunikationen mit spezifischen Qualitäten“ (ebd. 45) bezeichnet werden, der konträr zur Privatsphäre steht.

Darüber hinaus bezeichnet Peters (1994: 42) die Öffentlichkeit als eine „Art Kollektiv, mit einer bestimmten Kommunikationsstrategie und bestimmten Funktionen.“ Somit bezeichnet er als Hauptgegenstand der Öffentlichkeit „Angelegenheiten von kollektivem Interesse, um Probleme, die 'alle' angehen oder interessieren sollten“ (ebd. 45). In der normativen Idealvorstellung von Habermas konzipiert eine argumentierende Öffentlichkeit ein Medium der kollektiven Selbstaufklärung, welche als Ergebnis vernünftige öffentliche Meinungen trägt, die die Legitimationsgrundlage politischer Entscheidungen bilden (Peters 2001: 655).

Die Öffentlichkeit bedingt somit kommunikativ handelnde Teilnehmer, nach Habermas die Zivilgesellschaft, die eine diskursive Meinungs- und Willensbildung austrägt, um den politischen Entscheidungen Rationalität und demokratische Legitimation zu verleihen (Schulz 1997: 87ff).

Friedhelm Neidhardt (1994: 8ff) unterscheidet dabei unter drei folgenden normativen Funktionen, welche eine Öffentlichkeit potentiell haben sollte:

- **Transparenzfunktion:** Die Öffentlichkeit soll „offen sein für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für alle Themen und Meinungen von kollektiver Bedeutung“ (ebd. 8). Dadurch wird eine uneingeschränkte Zugänglichkeit von Themen sowie Teilnehmern ermöglicht.
- **Validierungsfunktion:** Öffentlichkeitsakteure sollen sich auf eine diskursive Weise mit Themen und Meinungen auseinandersetzen, sodass durch Beratschlagung letztlich das bessere Argument gewinnt.
- **Orientierungsfunktion:** Damit ist gemeint, dass durch diskursive öffentliche Kommunikation, eine vom Publikum akzeptierte öffentliche Meinung erzeugt wird, welche eine politische Wirksamkeit erlangen kann.

Auch für Habermas ist eine idealtypische Öffentlichkeit mit entscheidenden Kriterien verknüpft (vgl. Habermas 1990/1992; Gerhards 1998; Peters 1994/2007; Welz 2001). Sie muss einerseits von Offenheit geprägt sein, demnach offen sein für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie tolerant gegenüber allen Themen sein. Des Weiteren muss sie dem Prinzip der Gleichheit und Reziprozität folgen. Das bedeutet, dass keiner aufgrund seiner Herkunft, Status, Vermögen, Alter etc. bevorzugt oder benachteiligt werden soll, jeder darf gleichberechtigt seine Meinung öffentlich bekunden. Diese Reziprozität sollte auch von der Hörer- und Sprecherrolle erwartet werden; es soll möglich sein, zuzuhören sowie gleichzeitig öffentlich Meinungen zu äußern. Die dritte Bedingung fordert eine diskursive Struktur des öffentlichen Dialogs. Gesellschaftlicher Diskurs soll auf einem fairen Meinungs-austausch und einer Auseinandersetzung beruhen. Dieser Diskurs soll zu öffentlichen Meinungen führen, die dem Anspruch gerecht werden können als rational und aufgeklärt zu gelten, da sie nicht ein Produkt von Kompromissen sind, sondern durch Überzeugung der besseren Argumente zustande gekommen sind.

Nur wenn diese Kriterien erfüllt sind, kann es zu Habermas normativen Idealvorstellung von Öffentlichkeit kommen, in der die „Kultivierung der Meinungs- und Willensbildung der Bürger durch öffentliche Diskurse einen allgemeinen Willen schafft und diesen mit Vernunft verbindet“ (Peters 1994: 48). Der Philosoph Imhof (2011: 36) unterstreicht diesen normativen Charakter und bezeichnet die öffentliche Deliberation als „Freiheits- und Vernunftsladen“. Nancy Fraser (2007: 18) spricht von der „reflektierten Vernunft der Zivilgesellschaft“, die in der Öffentlichkeit mobilisiert wird, „um die Regierenden zur Verantwortung zu ziehen und sicherzustellen, dass sich im Handeln des Staates der Wille der Bürgerinnen und Bürger ausdrückt“.

In diesem Sinne postuliert Habermas „die Konstituierung einer Bürgergesellschaft, die mittels funktionsfähiger Öffentlichkeiten die normativen Gehalte des demokratischen Rechtsstaates auf Kritik, Kontrolle und Rationalisierung politischer Macht gegen die systematische Trägheit etablierter institutioneller Praxis zu mobilisieren weiß“ (Habermas 1997: 233). Demnach diskutiert die Zivilgesellschaft in der Öffentlichkeit die erfahrenen Defizite der zivilgesellschaftlichen Lebenswelt und „diese kollektiv akzeptierten öffentlichen Meinungen wiederum bestimmen die Einstellungen potenzieller Wähler, die der Regierung mit dem Entzug von Legitimation drohen“ (Habermas 2008: 168).

Nach Habermas Auffassung spielt somit für die Entstehung legitimer politischer Macht vor allem die Öffentlichkeit eine entscheidende Rolle (vgl. Habermas 1990/1992/2008; Peters 1993/2007; Gerhards 1994/1998). Die Öffentlichkeit, verankert in der Zivilgesellschaft, stellt nicht nur einen „Vorhof des parlamentarischen Komplexes“ (Habermas 1992 533) dar, sondern fungiert als eigentliche Impulsgeberin, welche auf das politischen Zentrum einwirkt.

„Gegen die Verselbständigung illegitimer Macht dient als ‚Paladium der Freiheit‘ in letzter Instanz wiederum nur eine misstrauische, mobile, wache und informierte Öffentlichkeit, die auf den parlamentarischen Komplex einwirkt und auf den Entstehungsbedingungen legitimen Rechts beharrt.“ (ebd. 532)

Dank ihrer Verankerung in der Zivilgesellschaft, kann die Öffentlichkeit die Rolle einer Impulsgeberin übernehmen und so als ein „Warnsystem“ (ebd. 435). mit „gesellschaftsweiten empfindlichen Sensoren“ (ebd.) fungieren. Die legitimatorische Funktion der Öffentlichkeit, im Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und politischem System, liegt vor allem darin, dass sie den „Resonanzboden für Probleme, die vom politischen System bearbeitet werden müssen“ darstellt (ebd. 434).

Durch die Massenmedien und vor allem durch das Internet, konstatiert Habermas allerdings einen normativen Bedeutungsschwund der Öffentlichkeit. Dieser Strukturwandel der Öffentlichkeit wird im Folgenden erläutert, um zu klären, wie viel öffentlichkeitstheoretisches Potential das Internet tatsächlich birgt.

2.3. Strukturwandel der Öffentlichkeit

Die klassisch liberale Öffentlichkeit bezeichnet die Trennung zwischen Staat und Gesellschaft sowie zwischen Öffentlichkeit und Privatheit (Reese-Schäfer 2001: 38ff). Gekennzeichnet durch freien, allgemeinen, ungehinderten Zugang, stellt sie ein Produkt der Aufklärung dar (ebd.). Anschließend an dieses Idealbild der Aufklärung, postuliert Habermas 1962 in seiner

Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“, die sogenannte „bürgerliche Öffentlichkeit“ (ebd.; Greve 2009: 25ff), als eine vermittelnde Instanz zwischen Staat und Privatsphäre. Diese bürgerliche Öffentlichkeit lässt sich als die „Sphäre der zum Publikum versammelten Privatleute begreifen“ (Habermas 1990).

Laut Habermas änderte sich das Verhältnis zwischen Privatem und Öffentlichem im 18. Jahrhundert (Greve 2009; 25ff; Reese-Schäfer 2001; 34ff). Bedingt durch die Entwicklung der Presse, des freien Waren- und Nachrichtenverkehrs, der Drucktechnik und dem damit verbundenen gestiegenen Bildungsgrad, sei es zu einer „Politisierung des gesellschaftlichen Lebens“ (Habermas 1990: 14) und dem „Aufstieg der Meinungspresse“ (ebd.) gekommen. Die öffentliche Meinung konstituierte sich nun durch das rasonierende Publikum, welches sich europaweit in Salons, Kaffeehäusern und Assoziationen diskutierend zusammenfindet und somit erste Foren einer politischen Öffentlichkeit bilden würde (ebd.). Für jeden Bürger frei zugänglich, sei es für alle möglich, sich in diesen Foren über politische Inhalte auszutauschen.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts stellt Habermas aber einen Verfall dieser bürgerlichen bzw. politisch gewordenen Öffentlichkeit fest (Buchstein 2005: 255; Greve 2001: 25ff). Staat und Gesellschaft seien zunehmend miteinander verflochten. Staatliche Stellen greifen immer mehr ins Private ein, aber auch ehemals private Einrichtungen übernehmen staatliche Aufgaben (ebd.). Die freie Sphäre einer kritischen und vernunftgelenkten Öffentlichkeit werde dadurch zunehmend von interessengeleiteten „Öffentlichkeitsarbeitern“ (Buchstein 2005: 255) dominiert. Die Öffentlichkeit sei zu einer „öffentlich relevant gewordenen Privatsphäre der Gesellschaft“ (Habermas 1990: 76) mutiert. Diesen Verfallprozess benennt Habermas (1990) als „Refeudalisierung“ oder auch „Vermachtung“ der Öffentlichkeit.

In dem Vorwort der überarbeiteten Version des Strukturwandels von 1990 revidiert Habermas jedoch teilweise seine gänzlich pessimistische Haltung gegenüber der sich veränderten Öffentlichkeit (Krüger 2003). Denn hervorgerufen durch den anti-totalitären Kampf gegen das kommunistische Regime, formierten sich in den 70er Jahren selbst organisierte Öffentlichkeiten, die mit Parolen wie „Wir sind das Volk“ (Adloff 2005: 7ff), nach mehr Autonomie gesellschaftlicher Handlungsräume strebten.

Auch wenn Habermas somit eingesteht, dass er in Anbetracht dieser sogenannten „Gegenöffentlichkeiten“ in den 70er Jahren, die "Resistenzfähigkeit" und die "kritischen Potenziale" des Publikums unterschätzt habe, habe die Öffentlichkeit doch ihren politischen Charakter verloren (Greve 2009: 25ff; Habermas 1990; Krüger 2003). Geschuldet dem gestiegenen Konsum an

Unterhaltungsfunktionen und kommerzieller Werbeinteressen (public relations), unterstellt Habermas der modernen Öffentlichkeit zum „Teil des Warenverkehrs“ (Krüger 2003) geworden zu sein.

Vermachtet von organisierten Akteuren (Journalisten, Interessengruppen, Parteien etc.), sei das öffentliche Publikum durch die neuen Massenmedien (Radio, Zeitungen, Fernsehen) beeinflusst (Gerhards 1998). Somit sei der einst rasonierende Bürger zum Opfer populistischer und qualitativ niedriger Medien geworden: „Die Sozialfigur des Journalisten orientiert sich primär an Seinesgleichen und thematisiert das, was alle thematisieren oder von dem er ausgeht, dass es alle thematisieren werden.“ (Imhof 2011: 248). Der Philosoph Imhof ist ebenfalls ein kritischer Beobachter dieses vollziehenden Strukturwandels der Öffentlichkeit. Seiner Meinung nach haben sich die Medien heutzutage von der Politik „ausdifferenziert“ (ebd.: 111). Es bestehe ein Vermachtungszusammenhang zwischen mächtigen Medienorganisationen und politischen Akteuren, in diesem sich die Politik den kommerzialisierten Medien anpassen müsse, um heutzutage noch die Bürger erreichen zu können (ebd.).

Die Macht des Mediensystems habe die Politik dazu gezwungen, sich an Inszenierungskonzepten (Skandalisierung, Konfliktstilisierung, Intimitisierung, Empörungsbewirtschaftung) anzupassen. Dies gehe nicht nur auf Kosten der Souveränität des Staates selber, sondern auch auf die der Deliberationsqualität der politischen Öffentlichkeit (ebd. 137). Der Medienpopulismus wird salonfähig und „zum Format des Politischen“ verklärt. Somit konstatiert Imhof einen Paradigmenwechsel von der „normativen Dimension medienvermittelter Kommunikation zur moralisch affektiven Dimension“ (ebd.).

Nichtsdestotrotz werden in der heutigen Zeit die öffentlichen Meinungen, die vom politischen System wahrgenommen werden, von den Massenmedien und aufgrund der fortschreitenden Digitalisierung im Internet konstituiert. Der normativ öffentlichkeitstheoretische Gehalt des Internets ist allerdings umstritten (Gerhards/Neidhardt 1990: 24).

2.4. Die Massenmedien und das Internet

Die Struktur der Öffentlichkeit stellt ein großes und teils diffuses Kommunikationsnetz dar. „Räumlich in eine Vielzahl von überlappenden internationalen, nationalen, regionalen, kommunalen subkulturellen Arenen verzweigt“ (Habermas 1992: 452), lassen sich gemäß Habermas, je nach „Kommunikationsdichte, Organisationskomplexität und Reichweite“ (ebd.), verschiedene Ebenen von Öffentlichkeit unterscheiden. Er (ebd.) nennt sie „episodisch“ (die spontane Öffentlichkeit auf der Straße), „veranstaltet“ (organisierte Öffentlichkeiten zu spezifischen Themen z.B. Parteiversammlungen) und „abstrakt“ (Öffentlichkeit, welche durch die Massenmedien und neuerdings durch das Internet entsteht). Auch der Soziologe Neidhardt betrachtet

die Öffentlichkeit als ein mehrgliedriges Ebenensystem und formuliert angelehnt an Habermas, drei Ebenen der Öffentlichkeit: Encounter-Ebene, Themenöffentlichkeit und die massenmediale Öffentlichkeit (vgl. Gerhards/Neidhardt 1990; Neidhardt 1994; Donges/Jarren 1999; Peters 2007).

Verschiedene Akteure sowie ein Publikum interagieren auf diesen unterschiedlichen Ebenen: der Sprecher, der Beiträge leistet, die Vermittler, die sekundäre Leistungen (Kommentare etc.) erbringen und das Publikum, das öffentliche Beiträge aufnimmt (Neidhardt 1994: 19; Peters 1997: 191). Sie sind voneinander abhängig, denn während die Akteure für die Kommunikation zuständig sind, ist die Konstituierung einer Öffentlichkeit erst durch das Vorhandensein eines Publikums (den Adressaten der Kommunikation) möglich (Neidhardt 1994: 12).

„Öffentlichkeit entsteht dort, wo ein Sprecher vor einem Publikum kommuniziert, dessen Grenzen er nicht bestimmen kann. Konstitutiv ist die 'prinzipielle Unabgeschlossenheit des Publikums' (...) die Galerie ist frei zugänglich, und man kann nicht wissen, wer und wie viele mit von der Partie sein werden.“ (ebd. 10)

Peters differenziert zwischen verschiedenen Rollen, die ein Sprecher in der Öffentlichkeit annehmen kann (Neidhardt 1994; Peters 2007: 76ff). Er kann als Repräsentant Eigeninteressen oder Interessen einer definierten Gruppe (Vertreter aus Regierung, politische Partei, Parlament, Verbände, Unternehmen, soziale Bewegung) vertreten. In der Rolle des Advokaten vertritt er einen unterprivilegierten oder nicht artikulierten Personenkreis (z.B. Kinder). Auch Experten und Intellektuelle können durch Diskussionspotential und neue Argumentationen als Sprecher in der Öffentlichkeit teilnehmen (Peters 2007: 191). Vermittler sind Akteure, meist Journalisten, die sich an den Sprecher wenden, seine Themen aufgreifen, diese kontrovers beleuchten und kommentieren und somit das Publikum zum kritischen Dialog anregen sollen.

Die Ebenen unterscheiden sich jeweils in der Menge an Akteuren sowie ihres normativen Gehaltes. Die abstrakte Ebene ist konstitutiv für das Internet, deswegen gilt dieser im Folgenden der Fokus.

Durch Massenmedienkommunikation (Zeitungen, Fernsehen, Radio) soll die gesamte Gesellschaft die Möglichkeit bekommen, an dem politischen Diskurs teilzunehmen (vgl. Donges/Jarren 1999; Gerhards/Neidhardt 1990; Gerhards 1994; Marshall 1999; Welz 2002). Zwar entsteht die öffentliche Meinung „im Kreislauf über alle Ebenen hinweg“ (Gerhards/Neidhardt 1990: 24), jedoch finden „die, auf den anderen Ebenen der Öffentlichkeit artikulierten Themen

und Meinungen erst eine allgemeine Wahrnehmung, wenn sie von den Massenmedien aufgegriffen, berichtet und verstärkt werden“ (ebd.). Ein Austausch in der Öffentlichkeit findet nicht mehr spontan statt, sondern die Massenmedien haben heute eine Institutionalisierung von Öffentlichkeit hervorgerufen (Gerhards 1998: 270). Die Unterscheidung zwischen Publikum- und Sprecherrolle ist hier am ausgeprägtesten (Donges/Jarren 1999: 95ff.).

Sprecher in allen Rollen sowie Vermittler wenden sich an das Publikum, aber anders als auf den anderen Ebenen, ist das Publikum in der massenmedialen Öffentlichkeit unbegrenzt. Es herrscht ein asymmetrisches Mengenverhältnis zwischen Sprecher und Publikum (Habermas 2008: 160; Heming 1997: 228). Die jeweiligen Sprecher müssen um die Aufmerksamkeit der breiten Masse des Publikums konkurrieren. Bei der Konkurrenz um „das knappe Gut“ (Marshall 1999: 114) Aufmerksamkeit gehen jedoch politische Inhalte zu Gunsten des medienwirksamen „Infotainments“ (ebd.) und der „Theatralisierung der Politik“ (ebd.) verloren. Des Weiteren wird durch eine unausweichliche Segmentierung nach Alter, Geschlecht, Kompetenzen, Interessen und Bildungsstand, die Heterogenität des Publikums deutlich. Je größer das Publikum ist, desto mehr steigt die Wahrscheinlichkeit einem „Übergewicht von Laien“ (Sarcinelli 1997: 337) zu begegnen. Für die normative Leistungserwartung an Öffentlichkeit ergibt dies Probleme. Auch wenn durch die Massenmedien jeder Gruppe der Zugang offen ist und auch alle Themen Gehör finden können, wird ein diskursiver Umgang mit Argumenten schwieriger, da sich das Publikum ganz einfach einem Dialog entziehen kann (Donges/Jarren 1999: 85ff; Peters 1994: 65ff).

Die Kommunikation zwischen Sprecher/Vermittler und Publikum findet nicht mehr durch eine face-to-face Interaktion statt, sondern indirekt durch verschiedene Medienkanäle (Fernsehen, Radio, Zeitungen). Dadurch wird das Publikum passiv und in seinen Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt; seine Gestaltungsform beschränkt sich auf die Ablehnung oder Zustimmung von öffentlicher Meinung, ohne aber einen interaktiven Austausch von Argumenten zu führen (Gerhards/Neidhardt 1990: 24). Luhmann begreift Massenkommunikation deswegen auch als ein "Kommunikationsnetz ohne Anschlusszwang" (Luhmann 1990: 175). Das Publikum muss selber aktiv werden, um an einer diskursiven öffentlichen Kommunikation teilzunehmen.

Seit den 90er Jahren schließen sich den traditionellen Massenmedien die neuen digitalen Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten des Internets (Online-Zeitungen, soziale Netzwerke, Blogs, Diskussionsforen) an. Die Frage, ob das Internet eine ganz neue Form von Öffentlichkeit darstellt bzw. inwiefern es noch normativen Ansprüchen gerecht werden kann, drängt sich nahezu auf (Welz 2002). In diesem Kontext findet eine kontroverse Diskussion über das (fehlende) politische und normative Potential des Internets statt (vgl. Dörner 2001;

Habermas 2008; Heming 1997; Imhof 2011; Jarren 1998; Münker 2009; Meyer 2001; Marshall 1999; Wesselmann 2002; Welz 2002).

Ende der 90er Jahre gab es noch wenige empirische Untersuchungen über das Internet, ebenso fiel eine theoretische Einordnung schwer (Donges/Jarren 1999: 85). Anfangs nur als ein „unpolitisches Medium“ (Leggewie 1998: 19) titulierte, dass lediglich „en passant“ (ebd.) Auswirkungen auf die politische Öffentlichkeit zu haben vermag, ändert sich bald der öffentliche Tonus. Das Internet bietet neue Interaktions- und Kommunikationsmöglichkeiten, welche übliche Partizipationsbarrieren wie Wissen, räumliche Distanz oder Zeit, abzubauen meint (Donges/Jarren 1999: 85). Die technische Weiterentwicklung ermöglicht eine virtuelle Ausdehnung des Publikums, schnellere Kommunikationswege (Emails lösen Postweg ab) sowie können Gleichgesinnte über Grenzen hinweg simultan miteinander kommunizieren und uneingeschränkt an Themen partizipieren (Gerhards 1998; Michniewicz 2010: 11).

Durch den virtuellen Charakter des Internets wird die Abstraktion des Publikums jedoch noch weiter, als es in den Massenmedien schon der Fall ist, verstärkt; das Publikum ist grenzenlos. Stefan Marshall (1999: 114) attestiert dabei die Gefahr, dass sich das Publikum im Internet in viele themenbezogene Teilöffentlichkeiten spalte und somit zu einer „Fragmentierung der gesamtgesellschaftlichen Aufmerksamkeit“ beitrage, die es verhindere, die Gesamtgesellschaft zu erreichen.

Des Weiteren gibt Dieter Rucht (2005: 9) zu bedenken, dass schon die Massenmedien, aber vor allem das Medium Internet, meist nur von einer privilegierten Gruppe genutzt werde und somit strukturelle Ungleichheiten und Machtasymmetrien auf politischer sowie gesellschaftlicher Ebene verstärkt werden. Otfried Jarren (1998: 17) bestärkt diese negative Haltung und kritisiert, dass lediglich eine „Informationsvervielfältigung“ vom Internet ausgehe, die aber „keine demokratische Wirkung“ haben würde. Diese einseitige und fehlende diskursive Struktur des Internets bestätigt auch Axel Honneth (2011: 562), denn seiner Ansicht nach seien die „aufstürmenden Internetforen mit ihren diffusen Öffentlichkeiten“ nur versehen mit „dramatisierten Zustandsbeschreibungen, sodass es schwierig sei „die Spreu vom Weizen zu trennen“ (ebd. 554).

Vor allem sei dies an dem Trend des sogenannten „web 2.0“ (Münker 2009: 15) zu beobachten. Diese Entwicklung beschreibt Internetauftritte, die mehrheitlich durch die Partizipation der Nutzer generiert, mitbestimmt und bearbeitet werden wie z.B. die Wissensplattform Wikipedia oder Soziale Medien wie Facebook und Twitter (Münker 2009: 15). Digitale Kommunikation und Vernetzung über solche Kanäle führen dazu, dass Privates zum Bestandteil des Öffentlichen gemacht wird (ebd.). Aber genau hier liegt eine weitere gefährliche Entwicklung.

Auch wenn im Internet jeder teilnehmen kann und das Gefühl bekommt, aktiv zu sein, zweifelt Ulrich Sarcinelli (1997/1998) den wahren politischen Gehalt dieses ansteigenden Engagements im Internet an. Er gibt zu bedenken, dass es im Internet, aufgrund der Flut an Informationen, schwierig ist, für die Bürger überhaupt „Mobilisierungs- und Demobilisierungspotentiale im Hinblick auf öffentliche Angelegenheiten entwickeln“ (Heming 1997: 227) zu können. Thomas Meyer (1994: 143) geht noch einen Schritt weiter und behauptet, die vermeintliche aktive Teilnahme in der Internet Öffentlichkeit sei bloß symbolischer Natur „die die Illusion des Öffentlichen ins Private trägt, aber nur um den öffentlichen Raum durch den Privatismus der Vergnügungen aus den Angeln zu heben.“

Auf der anderen Seite kann man dem Internet aber auch eine angeschobene „Demokratisierung des Wissens“ (Münker 2009: 103) zuschreiben. Durch keinerlei Einschränkungen finden nicht nur alle Themen Gehör, sondern auch alle Inhalte sind für alle Menschen offen und zugänglich (ebd.). Welchen positiven und demokratiefördernden Einfluss die Öffentlichkeit im Internet haben kann, zeigt vor allem das Beispiel des Arabischen Frühlings. Um dem repressiven Regime zu trotzen, entstand hier online eine kritische Öffentlichkeit, die eine Austausch- und Diskussionsfläche für alle Aktivisten bot (Kneuer/Demmelhuber 2012). Aber auch Internetkampagnen, wie z.B. die Wahlkampagne für den ehemaligen US Präsidenten Barack Obama zeigen, welchen ausschlaggebenden Einfluss digitale Öffentlichkeiten haben können und beweisen, dass sie in der Tat demokratische Praktiken stärken können (Münker 2009: 107).

Im Folgenden werden vor dem Hintergrund des Internets die drei normativen Kriterien des Öffentlichkeitsmodells von Jürgen Habermas - die Offenheit, die Gleichheit und Reziprozität und die diskursive Struktur des Dialogs - kritisch hinterfragt und durch einige Autoren erweitert.

2.4.1. Offenheit

Das „Prinzip des allgemeinen Zugangs“ (Habermas 1990: 156) ist ein entscheidendes Kriterium für eine intakte Öffentlichkeit. Gesichert durch Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit, soll die Offenheit der Öffentlichkeit garantiert werden (Gerhards 1998). Alle Themen und Inhalte dürfen Zugang finden, keine im Vorfeld ausgeschlossen werden. Über die jeweilige Relevanz des Themas wird erst im Diskurs der Öffentlichkeit entschieden (Peters 1994: 47ff). Das normative Verständnis meint also, dass das in der Öffentlichkeit agierende Publikum in der Lage sein sollte, gemeinsam Inhalte/Themen zu thematisieren und auch so kompetent und sachlich zu behandeln, um die relevantesten zu filtern (ebd.).

Dem geht allerdings eine Kompetenzunterstellung der Öffentlichkeit voraus (Welz 2001: 4). Diese muss demnach nicht nur sensibel genug sein, um die wichtigsten Themen filtern und angemessen behandeln zu können, sondern auch die entsprechende Kapazität aufbringen,

um dem normativen Anspruch, dass alle Themen im Kollektiv, also unter Beteiligung aller (der Bürger), gelöst werden sollen, genügen (ebd.). Jedoch gestaltet es sich heutzutage als schwierig, diese normative Erwartungshaltung zu erfüllen, wie Peters (1994: 61) zugespitzt formuliert: „Die moderne Welt ist zu kompliziert, der Probleme sind zu viele, die Debatten werden zu lang, das Leben ist zu kurz, und die Probleme können nicht warten.“ Das Maß an Kompetenz und ausreichender Aufmerksamkeit wird vor allem durch die Massenmedien und insbesondere durch das Internet, herausgefordert (vgl. Habermas 2008; Imhof 2011; Jarren 1998; Münker 2009; Welz 2002).

Im Internet befinden sich eine Menge Alternativen, sich auch fern ab von politisch oder gesellschaftlich relevanten Themen zu engagieren und seine Aufmerksamkeit zu schenken. Des Weiteren komme die hohe Pluralität und Heterogenität des Publikums im Internet besonders deutlich zum Vorschein und fördere laut Habermas (1995: 4) „weltweite, territoriale entwurzelte und voneinander segmentierte Öffentlichkeiten, globale Dorfgemeinschaften oder Kommunikationsinseln entstünden, mit denen das öffentliche Bewusstsein keineswegs kosmopolitisch erweitert, sondern hoffnungslos zersplittert wird.“ Das Internet biete, nach Habermas (2008), also keine gesamtgesellschaftliche öffentliche Agenda, sondern fördere die gesellschaftliche Fragmentierung, indem sich das Publikum in sogenannte Teilöffentlichkeiten zersplittere (vgl. Peters 1994; Münker 2002; Welz 2001).

„ (...) Es zerstreut. Denken Sie an die spontan auftauchenden Portale, sagen wir: für hochspezialisierte Briefmarkenfreunde, Europarechtler oder anonyme Alkoholiker. Solche Kommunikationsgemeinschaften bilden im Meer der digitalen Geräusche weit verstreute Archipele – vermutlich gibt es Milliarden davon. Diesen in sich abgeschlossenen Kommunikationsräumen fehlt das Inklusiv, die alle und alles Relevante einbeziehende Kraft einer Öffentlichkeit.“ (Schwering 2014)

Habermas (2008) Meinung nach postulieren solche Teilöffentlichkeiten somit Kommunikationsnetze von spezialisierten Interessengruppen, die nicht mehr dem normativen Offenheitskriterium von Öffentlichkeit entsprechen, sondern im Gegenteil, eine Exklusivität fördern.

Damit das Öffentlichkeitskriterium der Offenheit allerdings noch Anwendung im digitalen Zeitalter des Internets finden kann, muss es an dieser Stelle neu interpretiert werden. Die aufgesplitteten Öffentlichkeiten im Internet stellen keinen Widerspruch bzw. Abkehr des formulierten normativen Offenheitsgedankens dar. Denn trotz des Postulats des „allgemeinen Zugangs“ (Habermas 1990: 56) von bürgerlicher Öffentlichkeit, wurden auch schon im 17./18. Jahrhundert viele Menschen aufgrund eines Mangels an Privateigentum und Bildung vom öffentlichen

Räsonnement ausgeschlossen. Somit entsprang das „große Publikum“ (Reese-Schäfer 2001:40) der Öffentlichkeit auch schon zu dieser vermeintlichen Blütezeit der politischen Öffentlichkeit doch nur aus einem kleinen Kreis Gebildeter und ökonomisch privilegierter Bürger. Genauso wie die klassischen Massenmedien, die es auch nicht schaffen alle Bürger in die Öffentlichkeit zu integrieren (Münker 2009: 110).

So füge, laut Münker (ebd.), das Internet diesen, ohnehin schon aufgesplitteten Öffentlichkeiten, lediglich eine neue Plattform hinzu. Das Entstehen von Teilöffentlichkeiten sollte als konstitutiv gesehen werden, als konträr zu der Idee der Offenheit. Aufgrund der heutigen stetigen Reiz- und Informationsüberflutung durch Massenmedien und das Internet, ist es de facto gar nicht mehr möglich, dass alle gesellschaftlichen Probleme im Einbezug aller Bürger gelöst werden können (Peters 1994: 61ff). Daher gestaltet die Bildung von verschiedenen themenbezogenen Öffentlichkeiten, eine Möglichkeit, dem Kapazitäts/Aufmerksamkeitsproblem entgegen zu steuern (ebd.). Denn durch die Fokussierung auf ein Thema, kommt es zu einer Kompetenzsteigerung, da sich Aufmerksamkeit und Kapazität nicht mehr im Meer von Informationen verlieren, sondern gebündelt einem Thema geschenkt werden (ebd.; Welz 2001).

Ein großer Teil, der in den Teilöffentlichkeiten kommunizierten Beiträge, gelangt dann in die gesamtgesellschaftliche Öffentlichkeit (Peters 2007: 42ff). Durch die aufgesplitteten, aber zugleich kleineren Öffentlichkeiten, wird somit die Partizipation der Bürger (Nutzer) gefördert, da jeder interaktiv in einer Teilöffentlichkeit die Möglichkeit bekommt, sein Wissen/Interessen einzubringen (ebd.)

Somit ist Habermas Vorwurf, dass das Internet die Fragmentierung fördere und damit die Offenheit der Öffentlichkeit untergraben würde, übertrieben, wie auch der Jurist Benkler demen- tiert: „Wenngleich im Internet eine enorme Diversität zu finden ist, gibt es doch zugleich Me- chanismen und Praktiken, die einen gemeinsamen Rahmen von Themen, Interessen und öf- fentlichem Wissen erzeugen, in dem Öffentlichkeit entstehen kann“ (Münker 2009: 111).

Münker (2009: 84ff) hebt besonders die sogenannte „Strength of Weak Ties“, also die Stärke von schwachen Verbindungen, hervor. Vor allem im Internet, können sich solche schwachen Verbindungen wie z.B. via Social Media Kanäle (Facebook/Twitter/Blogs), entfalten und seien oftmals starken Bindungen (Freunde, Familie) überlegen (ebd.). Denn er behauptet weiterhin, dass sich gerade auf Basis schwacher Bindungen, Distanzen schneller überwinden lassen und neue Ideen schneller realisiert werden würden. Ein Umdenken sei deswegen erforderlich; schwache Verbindungen würden eine offene Struktur konstituieren, die die Gesellschaft zu- sammenhält, wohingegen starke Bindungen eine exklusive Gruppenbildung und somit gesell- schaftliche Fragmentierung verantworten würden (ebd.).

Im Internet muss die Akzeptanz von Teilöffentlichkeiten also vorausgesetzt sein und das normative Kriterium der Offenheit mehr als ein Merkmal des Auswahlprozesses verstanden werden (vgl. Donges/Jarren 1999; Münker 2009; Peters 1994/2007; Welz 2002). Das heißt, es sollte nicht entscheidend sein, ob alle Themen gemeinsam von allen gelöst werden können, sondern dass die unterschiedlichen Teilöffentlichkeiten es jeweils schaffen, die wichtigsten Themen zu filtern, sodass diese letztendlich die meiste Aufmerksamkeit erlangen (ebd.).

Die Gefahr besteht jedoch dabei, dass bestimmte Themen systematisch unterdrückt oder benachteiligt werden (Donges/Jarren 1999: 91; Peters 1994: 63). Deswegen muss der Anspruch erfüllt werden, dass die unterschiedlichen Inhalte von einem öffentlichen Raum zum anderen gelangen können, sodass auch alle relevanten Themen Gehör finden und die nötige Aufmerksamkeit erfahren. Aus dieser Betrachtung ergibt sich für Donges und Jarren (1999), Peters (1994) und Welz (2002) eine ergänzende normative Implikation für die Offenheit der Öffentlichkeit: die Durchlässigkeit bzw. Flexibilität.

Im heutigen digitalen Zeitalter, geprägt durch Pluralität und Heterogenität, kann die Offenheit einer Öffentlichkeit nur gewährleistet sein, wenn die vielen Teilöffentlichkeiten sich nicht gegenseitig abschotten. Deswegen muss laut Donges und Jarren (1999: 91) eine Durchlässigkeit garantiert sein, sodass bewährte Argumente mittels „Anschlusskommunikation“ alle Teilöffentlichkeiten passieren können, um dann schließlich von Repräsentanten der Teilöffentlichkeiten in die große Öffentlichkeit kommuniziert zu werden (Peters, 1994: 59ff; Welz 2001: 4).

2.4.2. Gleichheit und Reziprozität

Damit ein öffentlicher Diskurs stattfinden kann, muss vorausgesetzt sein, dass alle Interessierten gleichermaßen teilnehmen können (Habermas 1990; Peters 1994: 46). Diese vernunftgeleitete normative Anforderung von Gleichheit wird auch von Honneth (2011: 528) betont: „politische Entscheidungen können nur dann als vernünftig und richtig bezeichnet werden, wenn alle Bürger gleichberechtigt bei der Entscheidungsfindung beteiligt sind.“ Eine Gleichheit der kommunikativen Beziehung impliziert allerdings auch eine Reziprozität: die Möglichkeiten einerseits zuzuhören und sich seine Meinung zu bilden sowie andererseits sich selber öffentlich zu äußern, sollte gleich verteilt sein (ebd.; Welz 2002: 3). Das heißt in einem Diskurs soll eine Reziprozität von Sprecher- und Zuhörerrolle herrschen. Allen Diskurs Teilnehmern sollte somit in beiden Rollen die gleiche Redezeit zustehen. Im Idealfall sollte jeder Teilnehmer eine Redezeit proportional zur Gesamtdauer des Diskurses beanspruchen (Peters 1994: 50ff). Jedoch ist diese Anforderung nur in kleinen Gruppen, mit geringer Teilnehmerzahl, möglich. In größeren Versammlungen, mit steigender bis zu unüberschaubaren Teilnehmerzahlen, ist es fast

unvermeidlich, dass eine Minderheit von Diskutanten sich an eine Mehrheit von Zuhörern wendet und somit diese normative Forderung ins Wanken gerät (ebd.).

Insbesondere moderne Kommunikationstechnologien, wie das Internet, haben Kommunikationsszusammenhänge mit einer unbegrenzten Anzahl an Nutzern ermöglicht (Münker 2009). Betreffend gleicher Teilnahmechancen, betont Münker (2009: 74ff) einerseits zwar, dass Gleichheit in dem Sinne im Internet vorherrscht, dass jeder der will auch teilnehmen kann und somit keiner kategorisch ausgeschlossen (keine Diskriminierung) wird. Andererseits jedoch, angelehnt an den Begriff „digitale Spaltung“ (ebd.), bemängelt er, dass es aber aufgrund von unterschiedlichen sozioökonomischen Faktoren, wie den Bildungsgrad oder finanziellen Ressourcen, zwischen Bevölkerungsgruppen zu einer weltweit ungleichen Verteilung des Internetzugangs und somit auch ungleichen Partizipation an öffentlicher Kommunikation komme (ebd.)

Im Internet werden alle interessierten Nutzer Teil des Publikums und können entweder als Zuhörer oder/und als Sprecher auftreten. Allerdings wird durch die uneingeschränkte Anzahl von Internetnutzern, das Publikum unendlich und somit die breite Heterogenität des Publikums unübersehbar (Münker 2009; Welz 2002). Das Publikum ist nicht nur heterogen in Bezug auf Alter, Geschlecht und Nationalitäten, sondern vor allem auch mit Hinblick auf unterschiedliche Kompetenzen, Wissen und Interessen (Neidhardt 1997: 13)

Somit sei die Gefahr groß, im Internet ein „Übergewicht an Laien“ (Sarcinelli 1997: 337) vorzufinden, da ein Expertentum keine „Teilnahmebedingung“ (ebd.) für die Internet Kommunikation darstelle. Theoretisch, würde dieser Zustand dem normativen Gleichheitsgedanken entsprechen. Denn es würde bedeuten, dass jeder, unabhängig von Faktoren wie der familiären Herkunft, der Status, das Vermögen, das Alter oder die Expertise, keine Vorrechte oder Nachteile in der Beteiligung an öffentlicher Kommunikation erfährt (Neidhardt 1994: 13). Das meint auch Habermas (2008: 161), wenn er sagt, im Internet werde zwar virtuell „aber auf gleicher Augenhöhe miteinander kommuniziert.“

Allerdings wird im Internet oft bereits eine Expertise vorausgesetzt, um an gewissen Diskursen teilnehmen zu können (Peters 1994: 52ff). Auch spielen Ungleichheiten im Einfluss und der Sichtbarkeit eine Rolle. Denn abhängig von Faktoren, wie Autorität begründet durch einschlägige Sachkompetenz oder einer entscheidenden gesellschaftlichen Rolle und dem damit verbundenen Status, sind manche Nutzer anderen in der Kommunikation überlegen (ebd.). Da natürlich nicht alle Nutzer über die gleichen Kompetenzen und denselben Wissensvorrat verfügen, gibt es deswegen auch nur einen geringeren Teil an aktiven Sprecherrollen relativ zu der Menge an Zuhörern. (ebd.)

Neben solchen Stratifikationsmustern des Publikums können auch Einflüsse der gesellschaftlichen Umwelt, wie Bevorteilung durch ökonomische Ressourcen „Money talks“ (ebd.), verantwortlich dafür sein, dass gewisse Sprecher eine breitere und einflussreichere Internet Repräsentanz haben, als andere. (ebd.).

Diese Ungleichheiten und der Konkurrenzgedanke stehen aber im Widerspruch zum egalitären Diskurs, in dem es jedem möglich sein soll, zu partizipieren, unabhängig von Faktoren, wie Bildungsgrad, Kompetenzen oder Status (ebd.). Stattdessen wird eine Asymmetrie von Sprecher- und Zuhörerrolle im Internet unvermeidlich (Welz 2002: 4). Der Diskurs zwischen Sprecher und Adressat im Internet wird deswegen oftmals zu einem einseitigen Spiel zwischen einer Minderheit an Sprechern und einer Mehrheit an schweigenden Zuhörern (Habermas 2008: 160). Mit dem Hinblick auf solche Asymmetrien und Ungleichheiten befürchtet Sarcinelli (1997: 337) eine Spaltung des Internetpublikums in eine „Informationselite und ein Nutzerproletariat.“

Geprägt durch Asymmetrien und Konkurrenzgedanken wird die Vertrauenswürdigkeit zur kritischen Größe zwischen den Internetnutzern (Peters 1994: 58). Öffentliche Diskurse können nur stattfinden, wenn die Diskursteilnehmer sich gegenseitig vertrauen. Erst dann, wenn ein reziprokes Vertrauen vorhanden ist, partizipieren und engagieren die Teilnehmer sich aktiv.

Der Philosoph Robert Putnam (et al. 1993: 167) behauptet, dass ein Vorhandensein von sogenanntem „Sozialkapital“ nötig ist, damit engagierte Bürger miteinander in Kommunikation und Kooperation treten. Konstitutiv für die Entstehung von Sozialkapital ist seiner Definition nach das „soziale (...) Vertrauen, Reziprozitätsnormen und Netzwerke zivilen Engagements“ (Kern 2004: 109). Vor allem im Internet existieren viele Soziale Netzwerke oder Foren, in denen Ungleichheiten durch Vorhandensein eines reziproken Vertrauens, neutralisiert werden; „I trust you, because I trust her and she assures me that she trusts you“ (Putnam et al. 1993: 169). Das heißt, je höher der Grad des Vertrauens, desto wahrscheinlicher ist das Entstehen von öffentlichen diskursiven Räumen. Somit ist in der komplexen und unüberschaubaren digitalen Internetwelt ein gegenseitiges soziales Vertrauen entscheidend, damit die reziproke Sprecher- und Zuhörerrolle in einem egalitären Austausch, gewährleistet werden kann. Deswegen ist das gegenseitige soziale Vertrauen als ausschlaggebendes Charakteristikum der Prinzipien Gleichheit und Reziprozität zu betonen (Peters 2007: 331).

2.4.3. Diskursive Struktur

In Habermas (1992: 369) normativer Idealvorstellung einer Öffentlichkeit „bildet das diskursive Niveau der öffentlichen Debatten die wichtigste Variable.“ Nur durch die diskursive Struktur einer Meinungs- und Willensbildung, die eine kritische Auseinandersetzung mit Themen und

Inhalten mittels Argumenten meint, kann eine vernünftige öffentliche Meinung entstehen (ebd.). Schwergewicht liegt demnach auf der Qualität eines öffentlichen Diskurses, der darüber hinaus den Anspruch auf kollektive Akzeptanz erhebt, beruhend auf geteilter, zwanglos erzielter Überzeugung durch die „Form der Willensbildung und Verständigung über öffentliche Angelegenheiten, die ihre legitimierende Kraft aus jener Meinungs- und Willensbildung gewinnt, die die Erwartung aller Beteiligten erfüllen kann, dass ihr Ergebnis vernünftig ist“ (Schmidt 2010: 259). Der Wert der Debatte liegt folglich im Diskurs und nicht „im Austausch nackter Informationen“ (Wesselmann 2002: 67).

Im Internet findet, wie auch schon in den traditionellen Massenmedien, keine unmittelbare face-to-face Kommunikation mehr statt, sondern ausschließlich eine virtuelle. Durch die unbegrenzte Nutzeranzahl, also ein unendliches Publikum, ist eine Asymmetrie in Sprecher- und Zuhörerrolle vorhersehbar. Diese bedingt, dass viele Nutzer zu passiven Konsumenten und Zuschauern werden und nicht in eine lebendige Interaktion treten, sondern nur in Form von Ablehnung oder Zustimmung reagieren (Habermas 2008: 160).

Jedoch anders als bei der mediengestützten Massenkommunikation, findet Habermas (2008: 161ff) im Internet einen „Wiedereinzug interaktiver Elemente“ vor, die einen „unreglementierten Austausch zwischen Partnern“ zulassen. Denn in den traditionellen Massenmedien, die oftmals machtgesteuerten Dynamiken unterlegen sind, haben Akteure, wie Journalisten oder Politiker, die nötige Macht, steuern und kontrollieren zu können, wann und wie Informationen platziert und kommuniziert werden (ebd.). Das Publikum muss nicht kontern, sondern kann ausschließlich mit stummer Ablehnung oder Zustimmung reagieren. Somit können die Massenmedien die Meinungsbildung des Publikums beeinflussen, ohne aber Rede und Antwort stehen zu müssen (ebd.). Diese einseitige und dominierende Form von Kommunikation ist zwar auch im Internet vorzufinden, hingegen kann die digitale Kommunikation über das Internet von keiner Instanz vollständig gelenkt werden und bietet zusätzlich die technische Möglichkeit an, virtuell mit den anderen Nutzern in Kontakt zu treten (Münker 2009: 15/88). Somit eröffnet das Internet prinzipiell die Möglichkeit, einen zwanglosen interaktiven Diskurs zu führen (Habermas 2008; Münker 2009; Welz 2002).

Nichtsdestotrotz kann der diskursive Charakter im Internet eingeschränkt werden. Da die Speicherkapazität an Daten im Internet unendlich ist, finden sich auch viele qualitativ minderwertige Informationen (Wesselmann 2002: 67). Darüber hinaus, können „expressive Kommunikationsmittel“ (Peters 1994: 65ff), wie Slogans, Bilder, Kurzvideos, die nicht Argumente oder Informationen vermitteln, sondern lediglich symbolischen Gehalt haben, diskursive Strukturen untergraben. Auch Manipulation oder Hetze in Form von Beleidigungen oder einer bewussten Vor-

enthaltung von Informationen, treten nicht selten im Internet auf. Vor allem in sozialen Netzwerken wie Facebook oder insbesondere Twitter, in denen die kurze Darstellung von Fakten sogar zur Regel gehört, kommt es dadurch zu einer Minimierung diskursiver Strukturen (ebd.).

Ferner kann die hohe Pluralität und Heterogenität der Internetnutzer einen gemeinsamen Verständigungshorizont gefährden, wodurch das Risiko eines Dissens ansteigt. Somit wird der Nutzer im Internet stärker denn je gefordert von „Persönlichkeits- oder Statusmerkmalen sowie von der Gruppenzugehörigkeit eines Diskutanten zu abstrahieren“ (Welz 2002: 5).

Trotz allem muss im Unterschied zu den Kriterien „Offenheit“ und „Gleichheit und Reziprozität“ das normative Verständnis eines öffentlichen Diskurses nicht neu interpretiert werden, damit es Anwendung im digitalen Zeitalter findet.

3. HelpTo – digitales zivilgesellschaftliches Engagement

Im Weiteren wird, als Fallbeispiel für zivilgesellschaftliches Engagement im Internet, das Online-Portal HelpTo verwendet. Dieses kann durch die Vernetzung zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Kommunen in der Flüchtlingshilfe eine „stimulierende und zugleich orientierende Kraft“ (Habermas 2008 136) in der Öffentlichkeit bieten. Mit Hilfe dieses empirischen Beispiels soll bewertet werden, inwiefern das- in der Flüchtlingskrise angestiegene- zivilgesellschaftliche Engagement, eine funktionierende Öffentlichkeit im Internet konstituiert. Die Hypothese ist, dass HelpTo eine funktionierende Öffentlichkeit im Internet konstituiert.

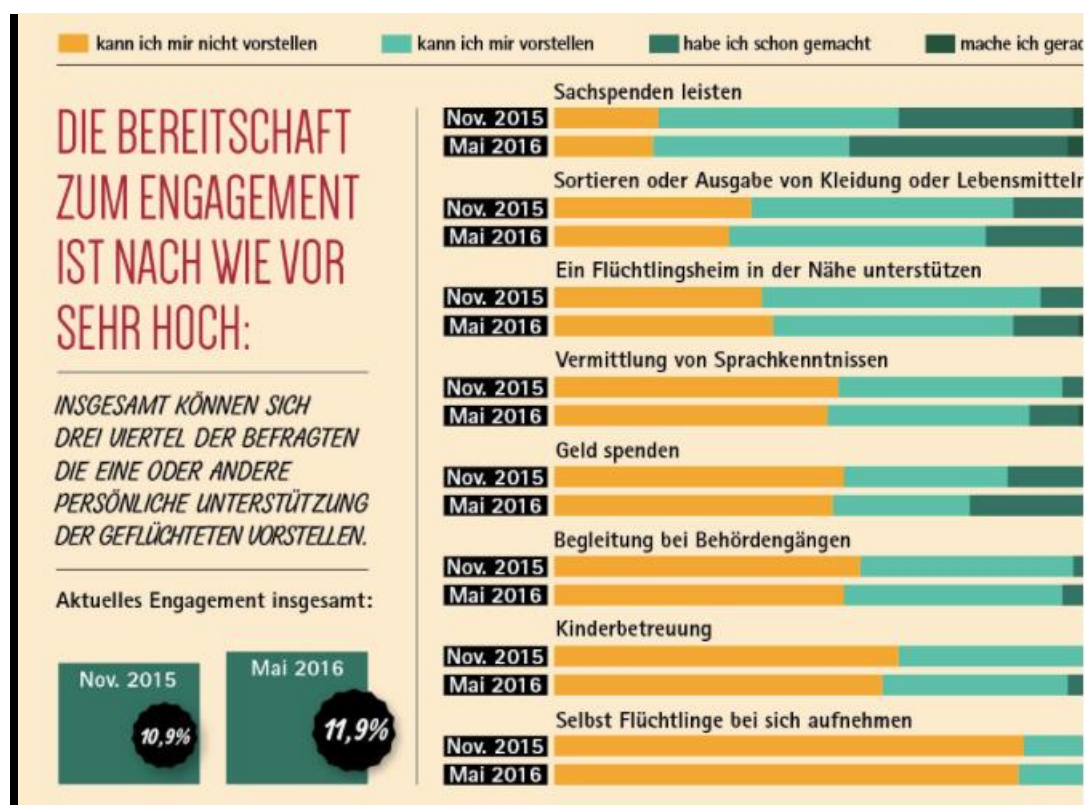
Habermas zufolge sind drei normative Kriterien ausschlaggebend für eine funktionierende Öffentlichkeit: Der Grad der Offenheit, das Vorhandensein einer diskursiven Struktur innerhalb der öffentlichen Kommunikation sowie die Gleichheit und Reziprozität unter den interagierenden Teilnehmern in der Öffentlichkeit. Die abstrakte normative Konzeption seines Idealbildes von Öffentlichkeit bezieht sich allerdings nicht auf die virtuelle Internetwelt. Um dennoch eine Übertragung des Modells auf das Internet zu ermöglichen und somit eine Bewertung des Online-Portals HelpTo vorzunehmen, wurden die genannten normativen Kriterien zum Teil neu interpretiert und ergänzt. Entscheidende Ergänzungen sind ein gegenseitiges soziales Vertrauen sowie die Akzeptanz von Teilöffentlichkeiten unter der Voraussetzung einer Durchlässigkeit von Themen und Argumenten.

In dem folgenden Kapitel wird zunächst das angestiegene zivilgesellschaftliche Engagement vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise skizziert. Anschließend erfolgt die Untersuchung des Öffentlichkeitspotentials der Online Plattform HelpTo anhand der erläuterten Kriterien.

3.1. Ausnahmesituation Flüchtlingskrise

Laut Habermas (1994: 460) können zivilgesellschaftliche Akteure in Krisenzeiten „eine überraschend aktive und folgenreiche Rolle übernehmen“. Einen beispiellosen Beweis dafür statuiert die im Sommer und Herbst 2015 virulent gewordene Flüchtlingskrise. Das zivilgesellschaftliche Engagement in der Flüchtlingsarbeit erfuhr einen derartigen Zuwachs, dass Serhat Karakayali und Olaf Kleist (2016: 3) im Rahmen einer durchgeführten Studie des BIMs, sogar von einer „gesellschaftlichen Bewegung“ sprechen. Im Vergleich zu vorherigen Jahren haben sich Strukturen innerhalb der Zivilgesellschaft herausgebildet, die von der Erstversorgung bis zur Integrations- und Orientierungshilfe im Alltag reichen (Aumüller/Daphi/Biesenkamp 2015; Karakayali/Kleist 2016; Speth/Becker 2016). Die Bereitschaft zum Engagement für Flüchtlinge ist bis in das Jahr 2016 sehr hoch.

Abbildung 1: Art des Engagements



Quelle: Sozialwissenschaftliche Institut der Evangelischen Kirche in Deutschland: https://www.ekd.de/presse/pm112_2016_ekd_studie_fluechtlinge.html. 10/11/2016

Dies wird bestätigt durch eine Studie des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland (BKD). Zwischen November 2015 und Mai 2016 wurden in jeweils vier Befragungsrunden ca. 2000 repräsentativ ausgewählte Bürger zu ihrem persönlichen Engagement und ihrer Einstellung gegenüber Flüchtlingen befragt (Ahrens 2016: 3). Es zeigt sich, dass im Jahr 2015 jeder zehnte befragte Bürger und bis Mai 2016 jeder elfte sich ehrenamtlich für Flüchtlinge engagiert hat.

Wie aus dieser Graphik schon zu erkennen ist und insbesondere aus den Studien des BIMs und der Bertelsmann Stiftung hervorgeht, ist der „zugenommene spontane und proaktive Charakter der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit und das hohe Eigenengagement“ signifikant (Karakayali/Kleist 2016: 3). Abgesehen von den persönlichen Gründen und Motivationen zum ehrenamtlichen Engagement, ist eine Erklärung für die vielen spontan entstandenen Initiativen, die fehlenden staatlichen Strukturen und Institutionen (ebd.). Deswegen sei das Engagement oft auch "aus einer Notwendigkeit heraus" (Karakayali/Kleist 2015: 26) geboren.

Die spontan gegründeten Bündnisse, Helferkreise und Netzwerke haben sich somit in kürzester Zeit als die wichtigste Organisationsform in der Flüchtlingsarbeit herausgestellt und damit zu „einer Explosion des bürgerschaftlichen Engagements“ (Bertelsmann Stiftung 2016: 13) beigetragen. Die Arbeitsfelder der vielen ehrenamtlichen Helfer und Initiativen sind zahlreich. Sie reichen von praktischen Hilfen in Form von u.a. sozialer Integration, Verständigung, Aufklärung über bestehende Rechte über Geld und Sachspenden bis zur Vernetzung und Koordinierung der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit untereinander sowie mit den kommunalen Verwaltungen (Aumüller/Daphi/Biesenkamp 2015; Bertelsmann Stiftung 2016; Karakayali/Kleist 2016). Durch diese enorme Unterstützung, sind Leistungen ermöglicht worden, die der Staat bzw. die Kommune hat nicht leisten können, welche „aber für die Gesellschaft essenziell sind“ (Bertelsmann Stiftung 2016: 9).

Nichtsdestotrotz soll das zivilgesellschaftliche Engagement aber nicht die vertane Arbeit des Staates übernehmen, denn "Ehrenamtliche sollten die staatlichen Aufgaben nur im Notfall ergänzen, keinesfalls aber ersetzen" (Karakayali/Kleist 2015: 7). Auch wenn viele engagierte Bürger von Anbeginn den überforderten Staat unterstützten, können die Zuständigkeiten der öffentlichen Hand nicht auf Dauer auf den Schultern zivilgesellschaftlicher Helfer lasten. Denn durch ein fortbestehendes Ungleichgewicht zwischen staatlichen Aufgaben und zivilgesellschaftlichem Engagement in der Bewältigung der Flüchtlingszuwanderung besteht die Gefahr, die Zivilgesellschaft zur Staatsentlastung oder als „Sparschwein“ des Staates zu funktionalisieren (Priller 2002: 45; Fleischmann 2016).

Deswegen sollen durch die Bereitstellung von ausreichenden finanziellen Mitteln sowie strukturellen Reformen, staatliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit das bisherige und zukünftige Engagement entsprechend honoriert wird (Priller 2002: 42; Simsa et al. 2016: 66). Insbesondere, durch die diversen Formen des zivilgesellschaftlichen Engagements in der Flüchtlingsarbeit, wurde die „Innovationsfähigkeit“ (Priller 2002: 42) und der „politische Charakter“ (Simsa et al. 2016: 66) der Zivilgesellschaft und damit ihr gesellschaftliches Gestaltungspotential deutlich. Somit versuchen zivilgesellschaftliche Akteure auf der einen Seite durch innovatives Handeln in der Öffentlichkeit, die Bürger über die Flüchtlingsproblematik aufzuklären und zu informieren. Auf der anderen Seite versuchen sie, durch das proaktive Handeln und die Aktionen, ihre Meinungen und Vorstellungen über die gegenwärtige Lage der Flüchtlingszuwanderung und ihren erwünschten Umgang, an die Politik zu artikulieren (ebd.).

Wie viele kreisfreie Städte und Landkreise deutschlandweit, wurde auch die Landeshauptstadt Potsdam im Spätsommer/Herbst 2015 vor die große Herausforderung gestellt, adäquat mit der starken Flüchtlingszuwanderung umzugehen (Kleger 2017: 75). Während im Jahr 2012 nur 79 geflüchtete Menschen in Potsdam aufgenommen worden sind, waren es alleine im August 2015 700 und bis zum Jahresende insgesamt 1.494 geflüchtete Personen (Burkhard/Wetzel 2016). Die kommunalen Verwaltungen unterstützten die Ankunft und Aufnahme der Geflüchteten durch die Schaffung von Unterkünften, einem Angebot an Integrationskursen und Anlaufstellen beispielsweise im Jobcenter oder durch Hilfe bei der Asylantragstellung (ebd.).

Die folgenreichste Unterstützung ging aber auch in Potsdam von der Zivilgesellschaft aus. Durch eine große Bereitschaft zum ehrenamtlichen Engagement und zahlreichen Geld- und Sachspenden, unterstützten viele Potsdamer nicht nur die Aufnahme der Flüchtlinge, sondern versuchten auch, sie in ein für sie fremdes Land und eine fremde Kultur, zu integrieren (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017).

Die Koordinierung der verschiedenen integrationsverantwortlichen Interessensgruppen stellte sich allerdings bald als eine der größten Herausforderungen heraus (Burkhard/Wetzel 2016). Denn neben zivilgesellschaftlich Handelnden versuchten auch politische Akteure und Unternehmen, sich durch verschiedene Initiativen aktiv in der Flüchtlingshilfe zu beteiligen. Da die Kompetenzverteilung zwischen diesen Interessenvertretern aber nicht die Gleiche ist, musste eine funktionierende Koordination untereinander vorherrschen, damit die Hilfe effizient geleistet werden konnte (ebd.). Es existierten weder zentrale Anlaufstellen, die die Hilfsangebote der hilfsbereiten Potsdamer koordinierten, noch Informationen für Geflüchtete und Hilfebedürftige, wie und wo sie Unterstützung bekommen können (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017: 76).

Aus dieser mangelnden effizienten Koordination zwischen den diversen Akteuren im Bereich der Flüchtlingshilfe entstand die drängende Nachfrage nach einer Vernetzung und war der Startschuss für das Online Hilfe-Portal HelpTo. Inwiefern das zivilgesellschaftliche Engagement im Internet tatsächlich aber eine funktionierende Öffentlichkeit darstellt, wird in den nächsten Kapiteln, anhand des Fallbeispiels von HelpTo, analysiert.

3.2. Idee und Umsetzung von HelpTo

Auf Initiative des Vereins Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. und mit Hilfe von vielen ehrenamtlichen Helfern und Spenden wurde das Portal entwickelt. Am 7. Oktober 2015 wurde es offiziell freigeschaltet und u.a. von Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs vorgestellt:

„Die große Zahl an Flüchtlingen bringt die Kommunen an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Deshalb ist es besonders wichtig, dass zivilgesellschaftliches Engagement und staatliche Aufgaben gut miteinander verzahnt sind. HelpTo kann ein Instrument werden, um diese Funktion zu erfüllen.“ (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzzel 2017: 77)

Durch digitale Vernetzung bietet das Online Hilfe-Portal HelpTo dabei einen innovativen Ansatz, um das Hilfsangebot in der Flüchtlingskrise schnell und gut zu vernetzen sowie die zivilgesellschaftliche Arbeit effizient zu koordinieren (ebd.).

Die Aufgabe von HelpTo ist es also, im Internet auf unkomplizierte Art und Weise Flüchtlinge, Initiativen, Organisationen, engagierte Bürger, sowie Unternehmen und die Kommunen zusammenzubringen, sodass diese direkt miteinander kommunizieren können, damit die nötige Hilfe gezielter und schneller ankommt (ebd. 76). Nachdem HelpTo zuerst nur in der Landeshauptstadt Potsdam und später im Land Brandenburg aktiv war, wurde es mit zunehmenden Erfolg in elf weiteren Bundesländern und 80 kreisfreien Städten und Landkreisen aktiviert und genutzt (ebd. 69). Somit hat sich das Portal binnen kürzester Zeit als eine der „wirkungsvollsten Anwendungen der digitalen Flüchtlingshilfe“ entwickelt (ebd.). Auch Gert Hager, Oberbürgermeister von Pforzheim, schätzt insbesondere den digitalen Charakter des Portals:

„Hier vor Ort entscheidet sich zentral, ob die Integration von Flüchtlingen funktioniert; hier vor Ort muss auch anderen Hilfsbedürftigen direkt geholfen werden. Mit pforzheim.helpto.de schließen wir die Lücke im Internet um schnell, zeitnah und unbürokratisch bürgerschaftliches Engagement zu ermöglichen.“ (HelpTo Pforzheim-Enzkreis 2016)

Zusätzlich nimmt das HelpTo-Team auch an Informationsveranstaltungen oder Diskussionsrunden abseits des Online-Portals teil (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017: 80). Auch wenn dabei die Bekanntmachung und Verbreitung des Portals eine Rolle spielt, will das Team vor allem den direkten Dialog mit den Bürgern suchen, um ins Gespräch zu kommen und über die Themen Integration und Soziales Engagement zu diskutieren (ebd.).

Um eine langfristige strategische Weiterentwicklung der Internetplattform HelpTo zu ermöglichen, wurde im Frühjahr 2016 eine Projektphilosophie erarbeitet, die sich an vier normativen Grundlagen orientiert: sozial & engagiert, menschlich & nah, direkt & unkompliziert und gemeinnützig & unabhängig (vgl. HelpTo 2016a). Der Bedeutungsgehalt dieser normativen Orientierung des Portals wird im nächsten Kapitel ausführlich diskutiert.

Das Prinzip und die Nutzung von HelpTo ist einfach und steht jedem Bürger kostenfrei zur Verfügung. Neben der deutschen Sprache, kann das Portal auch auf englischer Sprache genutzt werden. Über eine Rubrik „Infos&Fakten“, bietet das Portal Informationen für Engagierte und Geflüchtete (vgl. ebd. 2016b). Es werden allgemeine Informationen zu Flucht und Asyl sowie Zusammenstellungen von Informationsseiten und -portalen und nützliche Links zu Sprachguides für Geflüchtete geboten.

Darüber hinaus werden die wichtigsten Fragen zu den Themen Arbeitsmarktzugang, Studium und Ausbildung beantwortet. Um die zum Teil komplexen Informationen nochmals vereinfacht darzustellen, gibt es für die drei Themen jeweils ein kurzes Erklärvideo auf Deutsch mit englischen Untertiteln (vgl. ebd. 2016c). Die Möglichkeit zur aktiven Unterstützung von HelpTo ist unter der Sparte „Über HelpTo“ möglich. Entweder mit Tatkraft oder durch Spenden gibt es hier die Möglichkeit, sich als Unterstützer, Förderer, Sponsor oder Kooperationspartner anzumelden (vgl. ebd. 2016d). Um sich konkret über das Angebot oder die Gesuche in seiner Stadt oder Landkreis zu informieren und teilzuhaben, muss über die Rubrik „Portal“, der entsprechende und verfügbare Standort ausgewählt werden (vgl. ebd. 2016e).

Die Nutzer können hier in zehn verschiedenen Kategorien Angebote und Gesuche einsehen und selber einstellen: Sachspenden, Fahrdienste und Transporte, Familie und Kinder, Arbeit, Bildung und Wissenschaft, Begleitung und Beratung, Freizeit, Sprache, Projekte und Idee sowie Wohnen (vgl. HelpTo Potsdam 2016a). Die Kategorien sind jeweils noch einmal in weitere Unterkategorien gefächert.

Abbildung 2: Angebote & Gesuche

Angebote & Gesuche



Quelle: HelpTo Potsdam 2016a

Bei den Kategorien kann man im Allgemeinen zwischen Sachspenden und Integrationsangeboten unterscheiden. Wobei zu Letzterem die Kategorien Begleitung & Beratung, Freizeit, Familie & Kinder, Sprache, Bildung & Wissenschaft, Arbeit und Wohnen gezählt werden (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017: 90).

Um Angebote oder Gesuche selber einzustellen und auch in Kontakt mit den Anbietenden und Suchenden zu treten, müssen die Nutzer sich registrieren. Dazu muss lediglich eine intakte Email Adresse angegeben und ein selbst ausgesuchter Benutzername gewählt werden. Somit ist die Registrierung nicht nur sehr benutzerfreundlich, sondern auch für alle interessierten Bürger offen.

Abbildung 3: Angebote und Gesuche einstellen



Quelle: Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017: 88

Im Anschluss jedes Angebotes und Gesuches, finden Nutzer ein Nachrichtefeld, um mit dem Anbietenden in einer privaten Nachricht in Kontakt zu treten.

Außerdem finden Nutzer unter der Rubrik „Profile“ örtliche Unterstützerinitiativen und Organisationen sowie Unternehmen, die sich und ihre Dienste vorstellen (vgl. HelpTo Potsdam 2016b). Mit Angaben ihres Tätigkeitsfeldes werden hier Telefonnummer, Email Adresse und der jeweilige Ansprechpartner angegeben, um direkt Kontakt aufnehmen zu können.

Auf dem Online-Hilfe-Portal HelpTo werden also die Interessen und die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber der Flüchtlingszuwanderung sichtbar. Somit fungiert HelpTo als eine Verbindung zwischen dem privaten Raum und der Öffentlichkeit, in dem die individuellen Meinungen zu öffentlichen Stellungnahmen gebündelt werden. Als Ergebnis bürgerschaftlichen Engagements schafft HelpTo auf digitalem Wege ein soziales Zusammenwirken in der Flüchtlingshilfe, das zu einer guten „gesellschaftlichen Ordnung“ beiträgt (Gosewinkel 2003: 2).

3.3. Bewertung von HelpTo - eine digitale und innovativ funktionierende Öffentlichkeit?

Durch zivilgesellschaftliches Engagement entstanden, fungiert das Hilfe-Portal HelpTo als eine digitale und innovative öffentliche Plattform in der Flüchtlingskrise. Als ein „Netzwerk für die Kommunikation von Inhalten und Stellungnahmen, also von Meinungen“ (Habermas 1992: 436), stellt HelpTo somit ein digitales Kommunikationsforum in der Öffentlichkeit dar. Die Vermittlung von Angeboten und Gesuchen unter den Nutzern in Form von Kommunikation ist essentiell für die Erhaltung von HelpTo. Somit ist jeder einzelne Nutzer für die Erhaltung und den Ausbau von HelpTo wichtig. Denn wenn keine Kommunikation in Form von Nachrichten und Angebots- und Gesuchsinseraten stattfindet, kann kein sozialer Raum zur Generierung von öffentlichen Meinungen und Ideen zur Hilfe in der Flüchtlingskrise entstehen (Habermas 1990: 36; 1992: 436).

Wie im theoretischen Teil der Arbeit schon skizziert worden ist, begreift Habermas Zivilgesellschaftsverständnis die Gesellschaft als eine Lebenswelt. Mit Hilfe von öffentlichem kommunikativem Handeln unter den Individuen sollen gesellschaftliche Themen und Meinungen aus dem privaten Bereich in die Lebenswelt und letztlich auch in das politische System getragen werden (Habermas 1995: 189). Voraussetzungen für die Integrität dieses Zivilgesellschaftsverständnisses ist die Sicherung der Privatsphäre sowie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit (Habermas 1992: 445). HelpTo kann diese Bedingungen erfüllen.

Denn HelpTo ist für alle interessierten Nutzer öffentlich zugänglich. Jeder kann sich mithilfe von Angeboten/Gesuchen, dem Einreichen von Projektideen oder Anregungen für die Weiterentwicklung von HelpTo aktiv beteiligen und damit zur Entstehung von öffentlichen Ideen beitragen. HelpTo ist ein digitaler öffentlicher Kommunikationsraum, in dem die Nutzer sich nicht

face-to-face gegenüber stehen, sondern über ein internes Nachrichtensystem miteinander kommunizieren, um so auf Beiträge der anderen Nutzer zu reagieren.

Als beispielhaften Erfolg für die Umsetzung dieses „virtuellen Marktplatzes“ (Fastabend 2015) sollen die Zahlen des Potsdamer HelpTo Portals dienen. In dem untersuchten Auswertungszeitraum des Portals von Oktober 2015 bis Juli 2016 wurden 615 Angebote und 390 Gesuche, also insgesamt 1.005 Einträge registriert (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017: 90).

Des Weiteren wurde durch die Auswertung bestätigt, dass sich die anfängliche Bereitschaft zur Erstversorgung, meist in Form von Sachspenden, zu einem nachhaltigen Integrationsangebot entwickelt hat (ebd. 97). Somit ist festzuhalten, dass trotz der Schließung der Balkanroute und weniger ankommenden Flüchtlingen, die ausgewerteten Zahlen ein stetiges großes Engagement der Potsdamer Bevölkerung in der Flüchtlingshilfe verdeutlichen und damit die erfolgreiche Arbeit des Portals bestätigen.

Das HelpTo-Portal achtet bei seiner virtuellen Kommunikation sehr darauf, die Privatsphäre des Einzelnen zu schützen. Insbesondere in der Flüchtlingsfrage sind kritische Stimmen gegen Flüchtlinge laut geworden (Burkhard/Wetzel 2016). Um diesen keine Angriffsfläche zu bieten, erfasst das Portal bei der Registrierung mit Absicht keine Personendaten (vgl. HelpTo 2016f). Bei der Erstellung von Profilen der Unternehmen und Organisationen trifft das nicht zu, sondern Email, Telefonnummer und Ansprechpartner werden konkret genannt, um auch in Kontakt treten zu können. Ansonsten wird ausschließlich eine funktionierende Email Adresse gefordert und die Wahl eines Benutzernamens bzw. Pseudonyms, unter dem dann kommuniziert wird. Die Kommunikation findet anonym, mit Hilfe des internen Nachrichtensystems statt, das nur von registrierten Nutzern verwendet werden kann (ebd.).

Des Weiteren müssen die Nutzer bei der Registrierung den Nutzungsbedingungen einwilligen. Unter anderem verpflichten sie sich dazu, keine Inhalte, die Verstöße gegen rechtliche Vorschriften, Rechte Dritter oder rassistische, diskriminierende, rechtsextremistische Aussagen oder Wörter beinhalten, zu veröffentlichen (vgl. ebd. 2016g). Es gibt keinen offiziellen Administrator des Portals, der alle Angebote und Gesuche nach Verstößen dieser Pflichten überprüft. Es befindet sich aber ein „Inhalte melden“-Button unter jedem Angebot und Gesuch, sodass unpassende Inhalte von aufmerksamen Nutzern an die Betreiber von HelpTo weitergeleitet werden können (ebd.). Diese haben das Recht, entsprechende Beiträge oder auch den Zugang des jeweiligen Nutzers zu löschen.

Insbesondere mit Hilfe des digitalen Charakters bewirkt die „Multi-Themen-Plattform“ (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017: 99) HelpTo, einen „grenzüberschreitenden demokratischen, interaktiven Diskurs“ (Heming 1997: 222), der alle Akteure miteinander verbindet.

Denn HelpTo schließt sich dem Trend des Web 2.0. an und zählt zu einer Web-Anwendung. Das heißt im Gegensatz zur einfachen Darstellung von Informationen, wie in Luhmanns Verständnis von Öffentlichkeit, können Nutzer auf dem Portal aktiv partizipieren, sich untereinander austauschen, Inhalte selber generieren und damit die Verbreitung von öffentlichen Meinungen mitbestimmen (Münker 2009: 15). Die Nutzer des Portals kennen sich meist nicht persönlich, aber die direkte Kommunikationsmöglichkeit untereinander und die unkomplizierte Handhabung des Portals, lassen eine schnelle Realisierung von neuen Ideen zu.

Somit beweist HelpTo, wie von Münker (2009: 84ff) prognostiziert, dass vor allem im Internet auf Basis sogenannter schwacher Verbindungen, Distanzen schneller überwunden werden und Meinungen und Inhalte zügiger und unbürokratischer umgesetzt werden können.

In der Flüchtlingshilfe stellt diese direkte und einfache Möglichkeit der Kommunikation zwischen Engagierten und Geflüchteten einen großen Mehrwert dar, wie der Oberbürgermeister Guido Till, der Stadt Göppingen in Baden-Württemberg betont:

„Das Internet stellt für die Flüchtlinge eine wichtige Brücke für die Kontaktaufnahmen untereinander und zu den daheimgebliebenen Familienangehörigen dar. Dank der gemeinnützigen und deutschlandweit präsenten online-Plattform HelpTo kann nun auch ein erster Brückenschlag zwischen Flüchtlingen und Bürgerinnen und Bürgern folgen.“ (HelpTo Erlangen, 2016)

HelpTo schafft aber nicht nur eine Kommunikation zwischen Engagierten und Geflüchteten, sondern fördert auch die Koordination zwischen allen in der Flüchtlingshilfe beteiligten Akteuren. Auf HelpTo wird daher mittels digitaler Vernetzung, ein öffentlicher Kommunikationsraum geschaffen, der auch das politische System entlastet. Denn durch die aktive Mitgestaltung von HelpTo in der Flüchtlingskrise, in Form von der Bündelung von Integrationsangeboten und der Koordinierung aller relevanter Akteure, werden die kommunalen Verwaltungen und letztlich der Staat unterstützt (Habermas 1992: 450).

Darauf aufbauend verdeutlicht HelpTo seine politische Gestaltungskraft auch abseits der Internetplattform, durch die aktive Förderung von Bürgerdialogen zu den Themen Integration und sozialem Engagement und übernimmt dabei nicht zuletzt auch eine gesellschaftliche Verantwortung. Bei all diesem Engagement und Arbeit versteht sich HelpTo als gemeinnütziges Projekt und bleibt aufgrund der finanziellen Unabhängigkeit vom Staat, selbstbestimmt in seinem Handeln und birgt somit viel Raum für Innovationen und gesellschaftlichem Gestaltungspotential.

Als ein digitaler öffentlicher Raum erfüllt HelpTo in der Flüchtlingskrise den Anspruch, einem vernunftgelenkten öffentlichen Meinungs- und Willensbildungsprozess eine Plattform zu bieten, der darüber hinaus nicht nur gesellschaftliche Akzeptanz erfährt, sondern auch die Politik beeinflusst bzw. unterstützt (Habermas 1990: 22; Peters 2007: 351). So organisierte das Bundesministerium des Innern den digitalen Flüchtlingsgipfel in Berlin im Sommer 2016 mit, um die bestehenden digitalen Angebote im Bereich der Flüchtlingshilfe noch stärker und besser miteinander zu vernetzen (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017: 83). Dies ist einerseits für HelpTo von Vorteil, um eine noch größere Reichweite zu erzielen. Andererseits ist die aktive Unterstützung von zivilgesellschaftlichen digitalen Plattformen von Seiten der Politik auch ein Signal, dass diese wertgeschätzt und vor allem gebraucht werden.

Im Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und politischem System, fungiert HelpTo in der Flüchtlingskrise somit als Impulsgeber mit „gesellschaftsweiten empfindlichen Sensoren“ (Habermas 1992: 435) und erfüllt folglich die legitimatorische Funktion einer funktionierenden Öffentlichkeit; den „Resonanzboden für Probleme, die vom politischen System bearbeitet werden müssen“, (ebd.) darzustellen.

Im Folgenden soll entlang der angepassten und erweiterten normativen Kriterien bewiesen werden, dass HelpTo eine funktionierende Öffentlichkeit im Internet konstituiert.

3.3.1. Offenheit

Ein entscheidendes Kriterium für die Entstehung einer funktionierenden Öffentlichkeit ist die Offenheit für Themen und Inhalte. Um diesem normativen Kriterium eine Geltung in der heutigen Zeit zu verleihen, wurde es zum Teil neu interpretiert sowie durch die Forderung nach Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Teilöffentlichkeiten, die vor allem im Zeitalter des Internets präsent sind, weiterentwickelt (vgl. Donges/Jarren 1998; Peters 1993: 59ff; Peters 2007: 193). Die Internetplattform HelpTo kann diesen formulierten Öffentlichkeitskriterien entsprechen.

Als Multi-Themen-Plattform, bietet HelpTo eine breite Bandbreite von Themen an. Von Sachspenden bis zu nachhaltigen Integrationsangeboten haben die Bürger bzw. die Nutzer die Gelegenheit, sich in verschiedenen Themenfeldern zu engagieren. Es besteht aber auch die Möglichkeit, Anregungen an HelpTo zur Erweiterung/Änderung der Website weiterzugeben und neue Themen und Projektideen vorzuschlagen. Das heißt, mit Ausnahme von Inhalten, die rechtsextremistische, rassistische oder anderweitig verletzende Aussagen enthalten oder rein kommerziellen Zwecken dienen, sind der Themenwahl keine Grenzen gesetzt (Habermas 1992: 452; Welz 2002: 16). Die rechtmäßige Überprüfung der Inhalte ist zwar nicht offiziell

geregelt, ist aber durch die Kontrolle des HelpTo-Teams einerseits und der Funktion eines „Inhalte-melden“ Feldes für die Nutzer andererseits, gegeben.

Um an HelpTo teilzunehmen, gibt es keine Zulassungsvoraussetzungen, sondern alle Interessierte, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren wollen, können sich direkt und unverbindlich auf HelpTo registrieren (Habermas 1992: 436; Welz 2002: 3). Zusätzlich steht jedem die Möglichkeit offen, sich bei der Angabe einer Email Adresse, den regelmäßig erscheinenden Newsletter zu den Themen Integration und Engagement zu abonnieren (vgl. HelpTo 2016f). Außerdem fällt, dank der Möglichkeit die Internetplattform HelpTo auch in englischer Sprache zu gebrauchen, eine wichtige Nutzungsbarriere für nicht deutschsprachige Nutzer. Dieses vielfältige Angebot und die bestehende Offenheit gegenüber allen Interessierten und Themen auf HelpTo, ist auch ein Beweis für die erfolgreiche Umsetzung der selbstformulierten Projektphilosophie des Online-Portals:

sozial & engagiert: Wir sind davon überzeugt, dass Menschen mit ihrem Engagement etwas bewegen können. Daher unterstützen wir sie, indem wir Möglichkeiten für soziales Handeln aufzeigen, egal ob es sich um finanzielle, materielle, ideelle Unterstützung oder praktischen Einsatz handelt. Engagement macht glücklich. Jeder kann sich engagieren, kurz- oder langfristig. Als zentrale Anlaufstelle erleichtern wir mit unserer Plattform den Einstieg in gesellschaftliches Engagement und zeigen die Vielfalt an Beteiligungsmöglichkeiten. (HelpTo 2016a)

Folglich beansprucht HelpTo nicht, ein abgeschlossener Kommunikationsraum zu sein, der ausschließlich von einer spezialisierten Interessengruppe betreten werden kann. Im Gegenteil, auch wenn HelpTo ausschließlich das Thema Flüchtlingshilfe/Integration behandelt, ist die Internetplattform zugänglich für alle Interessierten und bleibt durch den Multithemen Charakter offen für alle passenden Themen. HelpTo konstituiert damit eine Teilöffentlichkeit, geprägt von den gemeinsamen Interessen der Nutzer.

Im Internetzeitalter der vielen Möglichkeiten sind viele solcher unterschiedlichen Teilöffentlichkeiten entstanden. Aufgrund „dem Meer von vielen Themen“ (Peters 1994: 61) im Internet ist die Entstehung von Themen spezialisierten Teilöffentlichkeiten unabdingbar, aber förderlich. Denn Nutzer verhindern damit vergeudete Aufmerksamkeit und Kapazitäten, in dem sie ihren Fokus nur auf bestimmte Themen lenken und damit eine persönliche Kompetenzsteigerung ermöglichen (ebd.). Das heißt, es gibt nicht eine einzige öffentliche Agenda im Internet, sondern geprägt durch die hohe Pluralität an Interessen und der Heterogenität der Nutzer, viele

verschiedene. HelpTo beweist aber, dass es keine Exklusivität fördert, sondern durch eine hohe Offenheit für Themen geprägt ist.

Denn HelpTo fördert die Vernetzung von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Interessengruppen in der Flüchtlingshilfe und generiert somit eine gemeinsame Agenda, die alle Themen und Akteure über ihre unterschiedliche Reichweite und ihre Kompetenzen hinweg verbindet (Peters 1994: 61). Jeder Engagierte kann sich auf HelpTo nach seinem Ermessen und anhand seiner Kapazitäten einbringen. Der Anspruch ist aber nicht, die Unterstützung jedes Einzelnen in allen Kategorien, sondern vielmehr, dass die wichtigsten Themen gefunden werden, damit die nötige Hilfe schnell und gezielt ankommt (ebd. 63).

Aufgrund des regen Austausches zwischen den HelpTo Nutzern und der stetigen Vernetzung zwischen den verschiedenen Akteuren wird eine Themen-Durchlässigkeit auf HelpTo garantiert. Das dringliche Thema einer erfolgreichen Integration von Geflüchteten wird durch „Anschlusskommunikation“ (Donges/Jarren 1999: 91; Welz 2002: 4) auch in andere Öffentlichkeiten, abseits des Online-Portals getragen.

In diesem Zusammenhang ist die im Sommer 2016, von HelpTo initiierte, Ausstellung von Geflüchteten und ihren dargestellten Wünschen für ihr Leben in Deutschland zu erwähnen (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017: 83). Die Berichte und gemalten Bilder der geflüchteten Kinder, die ihre Wünsche für die Zukunft zum Ausdruck bringen sollen, werden auf Veranstaltungen verwendet, um mit den Menschen über die Themen Integration und soziales Engagement in der Flüchtlingshilfe zu diskutieren. Somit leistet das große zivilgesellschaftliche Engagement auf HelpTo nicht nur einen eigenen Beitrag zur Integration, in dem es relevante Akteure miteinander vernetzt, einen Austausch anregt und dabei die Flüchtlingshilfe verbessert, sondern fördert das Engagement und die Aufmerksamkeit für dieses Themenfeld auch in anderen gesellschaftlichen Öffentlichkeiten.

Insbesondere der digitale Charakter HelpTos lässt einen schnellen und spontanen Meinungsbildungsprozess in der Flüchtlingshilfe entstehen (Habermas 1992: 435). Denn dank des direkten offenen und unkomplizierten Zugangs zu HelpTo, können Menschen sich ohne großen Aufwand zu dem Thema untereinander austauschen und sich engagieren. HelpTo kann somit, in der heutigen schnelllebigen Welt der zunehmenden Digitalisierung, erfolgreich dem bereits erwähnten Kapazitäts- sowie auch Zeitproblem gerecht werden und damit auch eine weitere normative Grundlage der selbstformulierten Projektphilosophie des Portals erfüllen:

direkt & unkompliziert: In einer Welt der zunehmenden Digitalisierung, des ewigen Zeitmangels und der wachsenden Schere zwischen Wohlstand und Bedürftig-

keit muss Hilfe für die Helfenden vor allem eins sein: direkt und unkompliziert. Unser Anspruch ist deshalb: jeder soll in wenigen Schritten die gesuchten Informationen finden sowie unkompliziert Hilfe anbieten und realisieren können. Die Hürden "Zeit" und "Aufwand" dürfen kein Kriterium sein, um nicht zu helfen. Ein besonderer Fokus von HelpTo liegt deshalb auf der Benutzerfreundlichkeit der Plattform. Wir verbinden Menschen miteinander und leisten so einen Beitrag zur Integration – in das Portal, in das Engagement, in die Gesellschaft. (HelpTo 2016a)

Des Weiteren bestimmt die normative Grundlage *gemeinnützig & unabhängig* des Portals, wie HelpTos Handeln in der Öffentlichkeit gestaltet sein soll (ebd.). Dies wird von HelpTo auch umgesetzt, denn der Verein Neues Potsdamer Toleranzedikt, der HelpTo hervorgebracht hat und fortwährend unterstützt, finanziert sich ausschließlich über Spenden und Förderungen (vgl. HelpTo 2016d). Denn von zivilgesellschaftlichen Akteuren kreiert und umgesetzt, ist HelpTo auch nicht institutionell verankert oder übernimmt einen offiziellen Auftrag für dessen Ergebnis es sich rechtfertigen müsste (Münker 2009: 113). Somit bleibt HelpTo finanziell und institutionell unabhängig und kann damit frei und eigenständig im Sinne des Gemeinwohls handeln.

Daran anknüpfend ist zu betonen, dass das HelpTo-Team nicht selber bestimmt, welche Themen auf dem Portal platziert werden, sondern dass dies im Austausch mit den Nutzern geschieht.

Das heißt, HelpTo übernimmt keine sogenannte „gatekeeper Rolle“ (Peters 1994: 58) und entscheidet eigenmächtig, welche Beiträge bzw. Themenvorschläge verwendet werden (Ausnahme gilt auch hier für rechtsextremistische, rassistische oder andere Dritte verletzende Aussagen). Stattdessen entscheidet HelpTo immer gemeinsam im interaktiven Dialog mit den Nutzern (Münker 2009: 88). Diese offene und ungebundene Themenwahl auf HelpTo ist auch der Grund, weswegen sich das Portal „im Gegensatz zu verschiedenen Insellösungen, überregional etabliert hat“ (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017: 99).

3.3.2. Gleichheit und Reziprozität

Entscheidend für eine funktionierende Öffentlichkeit ist der gleiche Zugang zum öffentlichen Raum sowie die gleichberechtigte und reziproke Partizipation aller Beteiligten am öffentlichen Diskurs (Peters 1994: 64). Das heißt, alle Teilnehmer dürfen zuhören, sich aber auch gleichermaßen öffentlich äußern können (Welz 2002: 2). Um die unausweichlichen Asymmetrien der

Nutzer im Internet zu berücksichtigen, wurde das Kriterium um das Vorhandensein von sozialem Vertrauen erweitert. Diesen Kriterien für das Funktionieren eines öffentlichen Raums, kann HelpTo zum größten Teil entsprechen.

Auf HelpTo kann sich jeder interessierte Bürger registrieren. Dabei gibt es keine Zugangsbeschränkungen aufgrund des Alters, Geschlechts oder Herkunft (vgl. HelpTo 2016g). Auch existieren keine Zulassungsvoraussetzungen, wie das Vorhandensein eines gewissen Bildungsgrades oder bestimmtes Wissen und Kompetenzen. Die Registrierung erfolgt ohne Prüfung der Person, lediglich die Angabe einer gültigen Email Adresse ist nötig (ebd.). Ebenso ist die Website des HelpTo-Portals auch auf englischer Sprache verfügbar, sie bietet zu den wichtigsten Themen auch Erklärvideos jeweils mit englischen Untertiteln außerdem entstanden im Sommer 2016 Flyer für Flüchtlinge u.a. auf Arabisch, Farsi und Urdu, um diese über HelpTo zu informieren (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017: 88).

Kraft dieser bestehenden Benutzerfreundlichkeit und Niedrigschwelligkeit wird keiner im Vorfeld auf HelpTo ausgeschlossen. Denn jeder interessierte Internetnutzer soll an der innovativen Umsetzung und Weiterentwicklung des virtuellen Marktplatzes von Angeboten und Gesuchen teilnehmen können.

Für die Entstehung eines differenzierten und vielfältigen Meinungsbildungsprozesses in einer modernen Zivilgesellschaft ist die Heterogenität und Pluralität, wie sie unter den Nutzern von HelpTo wiederzufinden ist, unabdingbar (Cohen/Arato 1992: 345). Auf HelpTo wird deswegen eine breite Vielfalt der engagierten Nutzer ausdrücklich erwünscht und steht im Einklang mit der vierten normativen Grundlage der Projektphilosophie:

menschlich & nah: Wir möchten Menschen motivieren, füreinander da zu sein. Um sie dabei zu unterstützen, bieten wir ein Portal, das Helfende und Hilfesuchende zusammenbringt und dabei niemanden ausschließt. Die Basis für eine nachhaltige Lebensperspektive aller Menschen sind Engagement, Nähe, Menschlichkeit und Integration. Wir leben in einem Teil der privilegierten Welt, in der davon eigentlich im Überfluss vorhanden ist. Manchmal braucht es nur einen Anstoß. Den möchten wir geben und davon möchten wir erzählen. Die Welt ist bunt. Vielfalt und Diversität macht sie nicht nur bunter, sondern auch klüger, besser und besonders. (HelpTo 2016a)

Auf HelpTo sind alle Nutzer als das Publikum zu bezeichnen. Die Sprecher sind dem HelpTo-Team und allen Nutzern, die aktiv Angebote und Gesuche einstellen und miteinander über das

Nachrichtensystem kommunizieren, gleichzusetzen. Die Zuhörerrolle übernehmen die passiven Nutzer, die nicht selber aktiv sind, sondern HelpTo lediglich als Informationsplattform nutzen. Dank des offenen Zugangs und den gleichberechtigten Nutzungsbedingungen, kann jeder Nutzer auf HelpTo die Sprecher- und Zuhörerrolle einnehmen.

Im Internet findet oft eine Asymmetrie zwischen der Verteilung von Sprecher- und Zuhörerrolle statt (Peters 1994: 51). Aufgrund der unüberblickbaren Anzahl an passiven Nutzern, kann auch auf HelpTo davon ausgegangen werden, dass im Verhältnis zwischen konkreten Angebots- und Gesuchsbeiträgen aktiver Sprecher, die passiven, sich ausschließlich informierenden Zuhörer, überwiegen. Diese Vermutung wird mit einem Blick auf die Anzahl der Seitenaufrufe des HelpTo Portals (für alle 80 deutschlandweiten Portale) belegt. Die Gesamtzahlen (Stand November 2016) bewegen sich bei knapp einer Million Seitenaufrufen (Burkhard/Wetzel 2016). Ein Seitenaufruf bedeutet aber nicht automatisch, dass der Nutzer auch aktiv ist und ein Angebot einstellt. Somit wurden im Jahr 2016 in allen HelpTo Portalen insgesamt ca. 20.000 Angebote vermerkt (Burkhard/Wetzel 2016)

Die jedoch möglicherweise bestehenden Asymmetrien unter den aktiven Nutzern auf HelpTo in Bezug auf Bildung, Herkunft und Expertise führen aber keineswegs zu einem ungleichen Austausch untereinander. Denn, um sich aktiv auf HelpTo zu engagieren und zu helfen, benötigt es keine Vorkenntnisse, das heißt, es kann keine „Laien“ geben, die ein „Nutzerproletariat“ darstellen würden (Sarcinelli 1997: 337). Denn Sprecher können, aufgrund von sehr guten Qualifikationen, nicht mehr Einfluss ausüben, bzw. haben nicht mehr Beteiligungsmöglichkeiten als andere. Wenn einzelne Sprecher ihr Wissen oder ihre Kompetenzen im Bereich Integration, z.B. durch ihre Arbeit oder mittels Kontakten auf HelpTo aber insofern geltend machen, dass sie viele interessante Angebote bieten können, ist das natürlich erwünscht. HelpTo bietet allerdings keine Angaben über die Aktivität einzelner Nutzer, somit kann nicht nachgehalten werden, wie viele Angebote von einem Nutzer eingestellt werden (Burkhard/Wetzel 2016).

Nichtsdestotrotz ist nicht entscheidend, wer die beste Expertise mitbringt, sondern die Bereitschaft und der Gestaltungswille zum sozialen Engagement zählt. Interessierte Bürger, die nicht den Voraussetzungen entsprechen, sich politisch oder institutionell für die Integration von Flüchtlingen einzusetzen, bekommen auf HelpTo als Sprecher eine Stimme und die Möglichkeit, sich zu beteiligen. Auf HelpTo kommunizieren demnach alle Sprecher auf der gleichen Augenhöhe, denn der gemeinsame Wille zum sozialen Engagement in der Flüchtlingshilfe verbindet (Habermas 2008: 161). Diese Verbindung führt zu einem gegenseitigen sozialen Vertrauen, das mögliche Ressentiments untereinander neutralisiert und somit einen reziproken Austausch fördert (Putnam et al. 1993: 169).

Dieses verbindende soziale Vertrauen schließt eine wettbewerbliche Konkurrenz aus. Denn die Agenda von HelpTo impliziert nicht, Profit zu erwirtschaften oder auf Druck externer Akteure, die besten Ergebnisse zu erzielen, sondern widmet sich dem Gemeinwohl, in dem es kreative Ideen in der Flüchtlingshilfe miteinander vernetzt, sodass die gebotene Hilfe auch da ankommt, wo sie gebraucht wird. Da HelpTo finanziell unabhängig ist, wird auch kein Sprecher aufgrund von starken finanziellen Ressourcen eine Bevorteilung durch gesonderte Konditionen in Form einer hervorgehobenen Präsenz auf HelpTo oder sonstigen Beteiligungsvergünstigungen erfahren (Burhard/Wetzel 2016; vgl. HelpTo 2016h). Lediglich sind einzelne Sponsoren mit ihrem Logo z.B. Pro Potsdam im Potsdamer Portal, auf HelpTo vertreten (vgl. HelpTo 2016a). Außerdem ist es untersagt, HelpTo aus kommerziellen Zwecken zu nutzen (vgl. ebd. 2016g). So sind alle gleichberechtigt in den Nutzungsbedingungen und keiner kann sich durch die Einstellung von Werbung, Links oder Bannern von den anderen Nutzern gesondert abheben (ebd.).

Die Sprecher auf HelpTo nehmen zusätzlich die Rolle als sogenannte Multiplikatoren ein (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017: 86). Denn auch abseits des Online-Portals sind die engagierten Sprecher in ihrer Arbeit für HelpTo in der Öffentlichkeit aktiv. Einerseits in der Betreuung der jeweiligen geflüchteten oder hilfebedürftigen Menschen, zu denen sie durch das Portal Kontakt haben, andererseits auch zu anderen zivilgesellschaftlichen und ehrenamtlichen Projekten, die in der Flüchtlingshilfe aktiv sind (ebd.). Damit vermitteln die Multiplikatoren anderen Interessierten in Gesprächen, die Inhalte und gewonnenen Meinungen und Erfahrungen, die sie mit Hilfe von HelpTo erlangt haben. Dadurch werden die Vorstellungen HelpTos von einer erfolgreichen Integration durch wirkungsvolles digitales zivilgesellschaftliches Engagement verbreitet. Die Sprecher können in ihrer Rolle als Multiplikator somit bestimmte Meinungsbildungsprozesse in der öffentlichen Meinung zum Thema Integration/Flüchtlingshilfe fördern.

Allerdings geht eine erhebliche Beeinträchtigung für die Garantie der Gleichheit auf HelpTo von der unausweichlichen digitalen Spaltung hervor (Münker 2009: 15). Denn nicht jeder potentielle HelpTo Nutzer wird über die gleichen nötigen ökonomischen und sozialen Ressourcen verfügen, um sich einen Internetzugang, der die Grundvoraussetzung ist, um HelpTo überhaupt zu nutzen, leisten können.

3.3.3. Diskursive Struktur

Der Wert der Debatte hängt laut Habermas von der Qualität des Diskurses ab (1992: 369). Diese Qualität ist gekennzeichnet durch eine diskursive Struktur, die eine „kritische Auseinandersetzung mit Themen und Inhalten mittels Argumenten“ (ebd.) meint. Nur durch eine diskur-

sive Struktur der Meinungs- und Willensbildung kann eine vernünftige und auf kollektiver Akzeptanz beruhende öffentliche Meinung entstehen (ebd.). Die Wirkung dieser diskursiven Form des Dialogs ist also einerseits die Bereitstellung von genügend Informationen, um andererseits eine diskursive Generierung von öffentlichen und vernünftigen Meinungen, die ein gesellschaftliches Problem erfassen, zu erzielen (Peters 2007: 328). Damit ist der öffentliche Diskurs, charakterisiert durch seine Struktur, ein sehr wichtiges Kriterium für eine funktionierende Öffentlichkeit. Dieses muss im digitalen Zeitalter des Internets allerdings nicht erweitert werden, um eine Geltung zu erfahren. Denn auch, wenn die Kommunikationswege sich im Internet verändert haben, bietet das Internet eine Plattform, um eine diskursive Struktur zu ermöglichen (2007: 209).

Die Online-Plattform HelpTo stellt nicht nur Informationen über ein gesellschaftsrelevantes Thema bereit, sondern fördert - auf eine innovative Art und Weise - die Generierung von öffentlichen Meinungen, die die Flüchtlingshilfe wirkungsvoll gestalten. Durch die Bereitstellung von relevanten Informationen zu verschiedenen Themen im Bereich Integration und Flüchtlingshilfe, schafft HelpTo Engagierten und Geflüchteten die Grundlage für einen diskursiven Meinungs- und Willensbildungsprozess.

Dieser Prozess geschieht auf HelpTo über das Einstellen von Angeboten und Gesuchen, die Einreichung von generellen Ideen an das HelpTo-Team für das HelpTo Portal und der Bewertung der Vorschläge. Über das interne Nachrichtensystem können die Nutzer miteinander Kontakt aufnehmen und sich damit gegenseitig eine entsprechende Bewertung und Rückmeldung der Vorschläge geben. Diese Interaktion zwischen den Nutzern ermöglicht den Austausch von Argumenten. Die kollektive Akzeptanz gegenüber den Angebots- und Gesuchsvorschlägen ist das Ziel des öffentlichen Diskurses auf HelpTo (Welz 2005: 5). So werden die Vorschläge zwar von den einzelnen Nutzern formuliert, die Realisierungschancen der Vorschläge sind jedoch von der empfangenen Resonanz der anderen Nutzer abhängig. Anhand der langen Angebotsdauer bzw. im Fall eines Gesuches in der schnellen Bearbeitung, wird die positive oder negative Resonanz der Vorschläge sichtbar.

Das heißt, dass der öffentliche Diskurs auf HelpTo in Form des Einstellens von Angeboten und Gesuchen dann erfolgreich ist, wenn der gegenseitige Austausch unter den Nutzern zu kollektiv akzeptierten und vernünftigen Vorschlägen führt, die auch in der Realität umgesetzt werden. Das Ergebnis ist somit die Herausbildung eines kollektiv akzeptierten Meinungsbildes (Gerhards 1997: 19; Peters 2007: 195).

Nicht nur durch das eigentliche Online-Portal wird ein diskursiver Dialog unter den Nutzern ermöglicht, sondern das HelpTo-Team fördert und regt auch über das Online-Portal hinaus

eine diskursive Auseinandersetzung und damit die Herausbildung eines kollektiven Meinungsbildes zu dem Thema Integration/Flüchtlingshilfe an. Auf Veranstaltungen oder Vernetzungstreffen ergreift das HelpTo-Team die Gelegenheit mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen, um mit ihnen über soziales Engagement und Integration in der Flüchtlingshilfe zu sprechen (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017: 81).

Der öffentliche Diskurs auf HelpTo rückt neue innovative Ideen und Vorschläge, wie man die Flüchtlingshilfe gestalten kann, in die Öffentlichkeit (Peters 2007: 201/202). Mittels des öffentlichen Diskurses auf und auch abseits des Online-Portals HelpTo wird somit die kollektive Meinung der Nutzer bzw. Bürger über das gewünschte Verhalten in der Flüchtlingshilfe sichtbar. Auf HelpTo sprechen sich die Nutzer deutlich für ein starkes Integrationsangebot aus. Der integrative Umgang der zivilgesellschaftlichen Akteure auf HelpTo bzw. der Nutzer setzt ein Zeichen an die Politik. HelpTo kann aber nicht als ein Lösungskonzept in der Flüchtlingshilfe fungieren, welches direkt vom politischen System umgesetzt wird. Der öffentliche Diskurs auf HelpTo erzeugt aber eine kommunikative Macht, die das politische System zu beeinflussen vermag (Habermas 1992: 450; Adloff 2005: 82; Gerhards 1997: 24).

Dieser Einfluss wird insofern deutlich, als von Seiten der Politik die öffentliche Wirkung von digitalen Online-Lösungen in der Flüchtlingshilfe gesehen und auch aktiv unterstützt und gefördert werden, wie der u.a. vom Bundesministerium des Innern organisierte digitale Flüchtlingsgipfel zeigt oder die Aussagen des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Digitale Agenda der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Jarzombek und seinem zuständigen Berichterstatter Marian Wendt belegen (vgl. Kapitel 1).

Eine politische Macht kann der öffentliche Diskurs nur erlangen, wenn er Auswirkungen auf Institutionen, die demokratisch fundiert sind, ausübt (Habermas 1992: 450). Als eine Plattform zur Koordinierung der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteure in der Flüchtlingshilfe und damit als Möglichkeit zur Steigerung einer gezielten und effizienten Hilfe, hat HelpTo durchaus positive Auswirkungen auf die Verwaltungen der Kommunen/kreisfreien Städte oder Landkreise, in dem es sie unterstützt und entlastet, wie auch Katja Neels von der Bürgerstiftung Barnim Uckermark erklärt:

„Wenn Menschen sich selbstbestimmt vernetzen, austauschen und gegenseitig Mut machen, wird bürgerschaftliches Engagement gefördert und die demokratische Zivilgesellschaft gestärkt. Und genau das wollen wir. Gerade in unserem ländlichen Raum ist eine online-gestützte Vernetzung wichtig. Es gibt viele Menschen, die sich ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagieren möchten. Oft fehlen

Informationen, welche Unterstützung an welcher Stelle gerade dringend gebraucht wird.“(HelpTo Uckermark 2016)

Laut Lincoln Dahlberg (2001: 623) sollen Akteure, die einen öffentlichen Diskurs führen, weder von einem profitorientierten noch einem bürokratischen Verhalten gelenkt sein, da derartiges Verhalten Innovationen und Potential zur Veränderung verhindern könne. HelpTo stellt demnach - als finanziell unabhängige und gemeinnützig agierende Online-Plattform - nicht nur unverzerrte Informationen über die Themen Integration/Flüchtlingshilfe bereit, sondern bietet durch den virtuellen Marktplatz von Angebot und Gesuch, eine digitale und innovative Lösung an, sich in der Flüchtlingshilfe zu engagieren.

4. Diskussion der Ergebnisse

Das Internet repräsentiert als etabliertes Informations- und Kommunikationsmedium eine digitale Öffentlichkeit und eröffnet vor allem der Zivilgesellschaft neue Beteiligungsmöglichkeiten: „Individuals can build a more active and significant relationship to official institutions as they feel empowered to express their opinions more openly and freely“ (Gil de Zúñiga et al. 2010: 38).

Im Internet steht es prinzipiell jedem offen, schnell und unkompliziert seine Meinung zu äußern und seine Interessen zu verfolgen (Welz 2002: 5). Denn so wie Münker (2009: 10) bemerkt, ist "mit dem Web 2.0 zum historisch ersten Mal eine massenhafte Nutzung gemeinschaftlich geteilter, interaktiver Medien nicht nur möglich, sondern wirklich." Dies steht im Kontrast zu den klassischen Massenmedien, wie Fernsehen, Rundfunk oder Printmedien, bei denen eine Asymmetrie zwischen Zuhörer- und Sprecherrolle unüberwindbar ist, da aus rein technischen Gründen nicht jeder Rezipient auch zugleich ein aktiver Nutzer sein kann (Jacob/Thomas 2014).

Dass in der Flüchtlingskrise die Nutzung digitaler Kommunikationsmittel eine Vielfalt an Chancen aufzeigt, um einerseits zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern und andererseits den Kommunen und Verwaltungen eine aktive Hilfestellung in der Integration von Flüchtlingen zu bieten, hat der Gründer von HelpTo Daniel Wetzel früh erkannt:

„Digitale Netzwerke bergen für die Entwicklung von Ehrenamtsstrukturen ein immenses Potenzial. Was zählt sind Informationen: Damit jeder dort helfen kann, wo

er gebraucht wird, sind mehr Transparenz und eine einfache Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage notwendig.“ (HelpTo 2016)

HelpTo stellt damit eine Plattform im Internet dar, die Menschen, die Hilfe brauchen und Menschen, die Hilfe anbieten, digital vernetzt, damit eine schnelle und effiziente Hilfe geleistet werden kann (Habel 2015). Bewertet entlang der neu interpretierten normativen Kriterien, wurde deutlich, dass HelpTo eine funktionierende Öffentlichkeit im erweiterten normativen Sinne darstellt.

Auf HelpTo steht es jedem Bürger offen, sich zu engagieren und damit seine Vorstellungen und seine Ideen für eine gelungene Flüchtlingshilfe mitzubringen. Mithilfe der gut recherchierten Informationen zu und über das Thema Integration und Flüchtlingshilfe, gibt HelpTo die Möglichkeit, sich seine eigene Meinung zu bilden und auf Grundlage dieser, durch das Einstellen von entsprechenden Angeboten und Gesuchen, selber aktiv sichtbare Verbesserungen in der Hilfe für Flüchtlinge zu bewirken. Obwohl die Meinungen und Ideen virtuell entwickelt werden, findet die Umsetzung aber in der Realität statt und entfalten hier ihre Wirkung. Das heißt, sobald ein Angebot oder Gesuch eingestellt wird, nehmen die Interessenten zu den Anbietenden Kontakt auf und nach einem diskursiven Austausch untereinander, kann die innovative Idee, z.B. Sprachtandem, gemeinsam in der Realität umgesetzt werden. Zusätzlich wirken die aktiven Nutzer auf HelpTo auch abseits des Online-Portals als sogenannte Multiplikatoren. In Diskussionsrunden mit anderen interessierten Bürgern vertreten und erörtern sie die auf HelpTo formulierten Meinungen und Ideen im Umgang mit der Flüchtlingshilfe.

Durch das offen zugängliche und interaktive Online-Hilfe-Angebot, aber auch durch die „offline-Aktivitäten“, fördert HelpTo somit zivilgesellschaftliches Engagement und bietet der Zivilgesellschaft gleichzeitig die Chance durch die „Beeinflussung von Wahrnehmungsmustern und der Kreation neuer Themen und Bedeutungszusammenhängen“ (Simsa 2001: 34) eine „gesellschaftsverändernde Wirkung“ (ebd.) in der Flüchtlingshilfe und der Integration zu erzielen. Das heißt HelpTo kann in der Flüchtlingshilfe zur Förderung eines selbstbestimmten Handelns der Zivilgesellschaft beitragen und führt damit zu einem „empowerment“ (Kleger/Burkhard/Gillwald/Wetzel 2017: 100) der Gesellschaft. Denn unabhängig von den persönlichen sozialen Verhältnissen kann sich jeder gleichermaßen auf HelpTo engagieren. Darüber hinaus findet die Vernetzung und Kooperation untereinander unabhängig von staatlichen Strukturen und Geldern statt. In der Zukunft möchte HelpTo durch eine Erweiterung seiner Zielgruppe mit dem Arbeitslosenverband Brandenburg, das ehrenamtliche Engagement noch stärker unterstützen und damit einen aktiven Beitrag zu einer demokratischen Kultur leisten (HelpTo 2016).

Somit birgt die digitale Öffentlichkeit HelpTo nicht nur eine gesellschaftsverändernde und beeinflussende Wirkung, sondern verfügt auch über eine politische Gestaltungskraft. Auf der Internetseite des Bündnisses "Potsdam! bekennt Farbe -Gemeinsam für Toleranz, Gewaltfreiheit und ein friedliches Miteinander" (2016) heißt es: "Eine zukunftsfähige Demokratie kann nur dann existieren, wenn es gelingt, das Engagement vieler Mitglieder der Zivilgesellschaft zu wecken und zu stärken." HelpTo trägt zu einer zukunftsfähigen Demokratie bei, indem es im Internet einen neuen öffentlichen Raum schafft, der zivilgesellschaftliches Engagement hervorruft und fördert. Ferner bietet HelpTo den Kommunen und Verwaltungen eine immense Unterstützung an. Aufgrund der von HelpTo gebotenen digitalen Vernetzung und Koordinationsstütze in der Flüchtlingshilfe, können Kommunen und Verwaltungen durch die Anmeldung bei HelpTo diese Ressourcen nutzen und auch von diesen profitieren (Habel 2015).

Zivilgesellschaftliche Akteure und ihr Engagement sollen vom Staat aber nicht als „Sparschwein“ (Priller 2002: 46) und generelle Staatsentlastung funktionalisiert werden. Denn nur wenn das Engagement eine angemessene Anerkennung erfährt und entsprechende Rahmenbedingungen vom Staat geschaffen werden, können die immensen Potentiale, die das zivilgesellschaftliche Engagement birgt, langfristig bestehen und genutzt werden (ebd. 42). HelpTo funktioniert unabhängig von staatlichen Strukturen und bleibt durch die Finanzierung über Spenden ebenfalls unbeeinflussbar in seinem Handeln (HelpTo 2016). Dennoch ist es natürlich auf die finanziellen Zuschüsse der Förderer angewiesen. Unterstützt durch das Bündnis für Brandenburg und durch die Landeshauptstadt Potsdam erfährt beispielsweise das HelpTo Portal im Land Brandenburg eine aktive Unterstützung und gebührende Anerkennung seiner Arbeit von Seiten der kommunalen Verwaltung.

Nichtsdestotrotz bleibt die normative Vorstellung einer funktionierenden Öffentlichkeit trotzdem ein Idealtypus. Denn auch mithilfe neuer digitaler Kommunikationstechnologien wie dem Internet ist die soziale oder politische Teilhabe nicht per se garantiert bzw. erhöht. Ebenso die Vorstellung, dass jeder vom Thema Betroffene am öffentlichen Diskurs aktiv teilnehmen kann, ist in der Realität meist nicht umsetzbar. Die Internetpräsenz von HelpTo ermöglicht zwar ein breites zivilgesellschaftliches Engagement durch den offenen Zugang, aber es kann nicht die gesamte Gesellschaft erreicht werden. Denn es sind nicht nur die technischen Möglichkeiten entscheidend, sondern das entsprechende Handeln der Nutzer bedingt, inwiefern die digitale Öffentlichkeit tatsächlich für politik- und öffentlichkeitsrelevante Handlungen und Interaktionen genutzt wird (Welz 2001: 5)

Schlussfolgernd lässt sich festhalten, dass im Internet interaktive digitale Öffentlichkeiten entstanden sind, die durchaus die öffentliche zivilgesellschaftliche Partizipation erleichtern und dabei die Innovationsfähigkeit moderner Gesellschaften positiv beeinflussen (ebd.; Priller

2002: 42). Den Willen und die tatsächliche Nutzung dieses neuen digitalen Öffentlichkeitspotentials, obliegt aber letztlich dem Willen jedes Einzelnen.

5. Fazit

Im Diskurs über die Folgen der Digitalisierung für Medien und Öffentlichkeit kann von dem Phänomen eines „digitalen Strukturwandels der Öffentlichkeit“ gesprochen werden, der sich an die Arbeiten von Jürgen Habermas anlehnt (vgl. Habermas 1990/ 1992). Allerdings gibt es bislang nur unzureichende repräsentative Untersuchungen, die das empirische Phänomen des Internets vor dem normativen Konstrukt einer idealen zivilgesellschaftlich funktionierenden Öffentlichkeit reflektieren (vgl. Bieber 1999; Schmalz-Bruns 2001). Um das normative Öffentlichkeitspotential der digitalen Öffentlichkeit aber überhaupt im Internet überprüfen zu können, muss, damit „normative Elemente als Teil der sozialen Realität“ (Peters 1994: 71) geltend gemacht werden können, das normative Öffentlichkeitsmodell von Habermas neu interpretiert werden. Einige Autoren haben deswegen eine „Reformulierung dieser normativen Komponenten“ (Peters 2007: 202) vorgenommen und ermöglichen dadurch eine Anwendung des Öffentlichkeitsmodells auf die digitalen Öffentlichkeiten im Internet.

Vor dem Hintergrund der Flüchtlingskrise und dem angestiegenen digitalen zivilgesellschaftlichen Engagement in der Flüchtlingshilfe ist die vorliegende Forschungsarbeit der Frage nachgegangen, inwiefern zivilgesellschaftliches Engagement im Internet eine funktionierende Öffentlichkeit im Sinne von Habermas erweitertem normativen Öffentlichkeitsmodell konstituiert. Damit schließt diese Arbeit eine bestehende Forschungslücke und fördert gleichzeitig eine differenzierte Betrachtung der Wirkungen einer fortschreitenden Digitalisierung der Öffentlichkeit. Anhand des Fallbeispiels der Online-Plattform HelpTo wurden Belege identifiziert, die eine zivilgesellschaftlich funktionierende Öffentlichkeit, im Sinne von Habermas erweitertem Öffentlichkeitsmodell, nachweisen können.

Entsprechend des erweiterten normativen Kriteriums der Offenheit werden die im Internet bestehenden Teilöffentlichkeiten, nicht im Widerspruch zu einer idealen Öffentlichkeit gesehen. Im Gegenteil, so lange eine Durchlässigkeit von Themen und Meinungen innerhalb und zwischen den verschiedenen Teilöffentlichkeiten gegeben ist, können diese zusammenbetrachtet sogar „möglicherweise einen neuen weltumspannenden Öffentlichkeitsraum“ (Welz 2001: 11) konstituieren. Auf HelpTo lässt sich genau das nachweisen. Als Teilöffentlichkeit, die sich mit der Integration und Hilfe für Flüchtlinge beschäftigt, bringt HelpTo verschiedene zivilgesellschaftliche Gruppierungen zusammen. Mittels dem unkomplizierten und offenen Zugang für

alle Interessierten sowie der Offenheit gegenüber Themen und Ideenvorschlägen, bietet HelpTo somit allen Menschen die Möglichkeit, sich gemeinsam in der gesamtgesellschaftlichen Herausforderung der Flüchtlingshilfe zu engagieren. Aufgrund der breiten Vernetzung und Kooperation des Portals mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteuren, aber auch Unternehmen gelangen die Themen auch in andere Teilöffentlichkeiten. Des Weiteren werden, dank Anschlusskommunikation durch die aktiven Nutzer des Portals, die wichtigen Themen Integration und die Möglichkeiten zur sozialen Teilhabe im Internet auf Veranstaltungen an andere Interessierte weitergegeben und diskutiert.

Die Kriterien Gleichheit und Reziprozität wurden um den Indikator des sozialen Vertrauens ergänzt, damit das normative Öffentlichkeitsmodell auf die digitale Internetwelt angewendet werden kann. Auf HelpTo existieren die gleichen Beteiligungsbedingungen für alle Interessierten. Keiner wird im Vorfeld ausgeschlossen oder genießt Bevorteilungen. Asymmetrien bedingt durch unterschiedliche soziale oder ökonomische Hintergründe verlieren auf dem Portal ihre Bedeutung, da sie irrelevant für den gemeinsamen sozialen Zweck der Flüchtlingshilfe sind. Die gemeinnützige Herangehensweise an eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung verbindet und schafft zugleich Vertrauen. Dieses gegenseitige Vertrauen neutralisiert nicht nur die möglichen Asymmetrien, sondern schafft auch ein reziprokes Verhalten, welches sich in der Interaktion zwischen Anbietenden und Interessierten widerspiegelt.

Ein öffentlicher Diskurs, also die diskursive Struktur des Dialogs zwischen Anbietenden und Interessierten, findet über das interne Nachrichtensystem statt. Das Ergebnis ist die Verstärkung der diskutierten Idee, die aufgrund des Austausches untereinander den Anspruch einer kollektiven Akzeptanz und rationaler Begründung trägt.

Auf HelpTo kann demnach eine vernünftige und kollektive Selbstbestimmung der Zivilgesellschaft nachgewiesen werden, für die, entsprechend der Idealvorstellung einer funktionierenden Öffentlichkeit, eine „egalitäre, öffentliche, argumentative Auseinandersetzung über gemeinsame Probleme“ (Peters 2001: 655) konstitutiv ist.

Das normative Idealmodell einer Öffentlichkeit nach Habermas kann mithilfe der Neuinterpretationen und Ergänzungen also eine Anwendung in den heutigen digitalen Öffentlichkeiten im Internet finden. Aufgrund seiner bestehenden Abstraktion und schwierigen empirischen Anwendung sollte bei der Nutzung allerdings die „methodische Fiktion“ (Gerhards 1997: 8) des Idealmodells beachtet werden.

Die Forschungsfrage wurde anhand HelpTos exemplarisch beantwortet und beweist, dass zivilgesellschaftliches Engagement im Internet eine funktionierende Öffentlichkeit im erweiterten

normativen Sinne darstellen kann und belegt damit, dass die digitale Öffentlichkeit des Internets, ein innovatives, aber auch ein normatives Öffentlichkeitspotential bergen kann.

Sowohl die Annahme als auch die Arbeitshypothese haben sich damit als zutreffend herauskristallisiert und können für zukünftige Forschungen herangezogen werden.

Die Resultate der Forschungsarbeit sind für weitere Untersuchungen des öffentlichkeitstheoretischen Potentials im Bereich des digitalen zivilgesellschaftlichen Engagements in der Flüchtlingskrise und anderen digitalen zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeiten im Internet relevant.

Ein weiterer Forschungsbedarf besteht zudem in Analysen zu den Missbrauchsgefahren der digitalen Öffentlichkeiten im Internet durch rechts- und linksextreme Kräfte. Da die hier gewonnenen Erkenntnisse nur auf dem Wirken nicht radikaler zivilgesellschaftlicher Akteure basieren, würden Studien über das Nutzungsverhalten von Internetöffentlichkeiten durch extreme Kräfte, eine noch differenziertere Untersuchung des öffentlichkeitstheoretischen Potentials des Internets ermöglichen.

6. Literaturverzeichnis

Adloff, Frank (2005). *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Adloff, Frank/ **Birsl**, Ursula/ **Schwertmann**, Philipp (2005). *Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Theoretische und empirische Perspektiven*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Ahrens, Petra Angela (2016). *Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und August 2016*. Abgerufen am 10/09/2016 von: <http://www.ekd.de/fluechtlingsstudie-2016.pdf>

Anheier, Helmut K. (2004). *Civil Society. Measurement, Evaluation, Policy*. London: Earthscan.

Anheier, Helmut K. (2014). *Zivilgesellschaft in Europa*. Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen am 14/09/2016 von: <http://www.bpb.de/politik/wahlen/europawahl/71376/zivilgesellschaft-in-europa>

Angehrn, Emil (1992). *Zivilgesellschaft und Staat. Anmerkungen zu einer Diskussion*. In: *Jahrbuch Politisches Denken*. Stuttgart und Weimar.

Arendt, Hannah (1981). *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. 3. Auflage, München: Piper.

Aumüller, Jutta/Bretl, Carolin (2008). *Die kommunale Integration von Flüchtlingen in Deutschland*. Berlin: Edition Parabolis.

Aumüller, Jutta (2009). Die kommunale Integration von Flüchtlingen. In: F. Gesemann / R. Roth (Hrsg.). *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Aumüller, Jutta/Gesemann, Frank (2014). Integrationspotenziale ländlicher Regionen im Strukturwandel. Abschlussbericht zum Forschungs-Praxis-Projekt. Darmstadt: Schader-Stiftung.

Aumüller, Jutta/Daphi, Priska/Biesenkamp, Celine (2015). Die Studie: *Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement*. Robert Bosch Stiftung. Abgerufen am 15/10/2016 von: http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/Studie_Aufnahme_Fluechtlinge_2015.pdf

Bates, Robert H. et. al. (1998). *Analytic Narratives*. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016). *Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen*. Qualitative Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung. Abgerufen am 17/10/2016 von: http://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Koordinationsmodelle_und_Herausforderungen_ehrenamtlicher_Fluechtlingshilfe_in_den_Kommunen.pdf

betterplace lab (2016). Feldforschung und Studie: *Wie ICT in der Flüchtlingskrise hilft*. gut.org, betterplace lab. Abgerufen am 10/12/2016 von: <http://www.betterplace-lab.org/de/feldforschung-und-studie-wie-ict-in-der-fluechtlingskrise-hilft/>

Bieber, Christoph (1999). *Politische Projekte im Internet - Online- Kommunikation und politische Öffentlichkeit*. 1. Auflage, Campus Verlag.

Bieber, Christoph (2002). *Digitaler Strukturwandel der Öffentlichkeit?*

Zur Re-Konfiguration politischer Akteure durch Neue Medien. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Breidenbach, Joana (2016). *Die Welt bei uns zuhause*. The Huffington Post. Abgerufen am 21/11/2016 von: http://www.huffingtonpost.de/joana-breidenbach/die-welt-bei-uns-zuhause_b_9740882.html?utm_hp_ref=digitale-fluechtlingshilfe

- Buchmann, Dennis/ Mason, Ben** (2016). *ICT4Refugees*. A report on the emerging landscape of digital responses to the refugee crisis. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH/ betterplace lab. Abgerufen am 10/12/2016 von: <http://www.betterplace-lab.org/wp-content/uploads/ICT4Refugees-Report.pdf>
- Bude, Heinz** (2015). *Der gute Mensch ist nicht dumm*. Die ZeitOnline. Abgerufen am 5/10/2016 von: <http://www.zeit.de/2015/36/deutschland-fluechtlinge-gastfreundschaft>
- Bühl, Achim** (2000). *Die virtuelle Gesellschaft des 21. Jahrhunderts: Sozialer Wandel im digitalen Zeitalter*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Burkard, Michaela/ Wetzel, Daniel** (2016). *Unterstützung für Verwaltung und Zivilgesellschaft durch digitale Vernetzung - Das Hilfeportal HelpTo und seine Wirkungsweise*. Präsentation im Rahmen des Workshops: Migrationspolitik in der europäischen Flüchtlingskrise. Herausforderungen, Probleme und Lösungsansätze im deutsch-polnischen Vergleich. Universität Potsdam, 28.10.2016.
- Buchstein, Hubertus** (2005) Jürgen Habermas. In: Massing, Peter/ Breit, Gotthard (Hrsg.), *Demokratietheorie. Von der Antike bis zur Gegenwart*. 6. Auflage, Wochenschauverlag.
- Cohen, Jean L./ Arato, Andrew** (1992:). *Civil society and political theory*. Cambridge: MIT-Pr.
- Dachs, Herbert** (2008). *Verschiedene Modelle der Demokratie*. Forum Politische Bildung Informationen zur Politischen Bildung Bd. 28, Innsbruck-Bozen-Wien 2008.
- Dahlberg, Lincoln** (2001). *The internet and democratic discourse. Exploring the prospects of online deliberative forums extending the public sphere*. Information, Communication & Society 4/4: 615-633. Abgerufen am 04/01/2017 von: <https://pdfs.semanticscholar.org/29a2/70601c57034dbdcc96a9b3052d66be18b46a.pdf>
- Deutsche Städte-und Gemeindebund (DstGB)** (2017). *Wir schaffen das!* Pressemitteilung Nr. 02/2017. Abgerufen am 17/01/2017 von: <http://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Aktuelles/2017/Kommunen%20gestalten%20Integration/>
- Donges, Partick/Jarren, Otfried** (1999). Politische Öffentlichkeit durch Netzkommunikation? In: Kamps, Klaus (Hrsg.), *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*. Opladen, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Donges, Patrick/Imhof, Kurt** (2000). Öffentlichkeit im Wandel. In: Jarren, Otfried/Bonfadelli (Hrsg.), *Einführung in die Publizistikwissenschaft*. Bern.

Dohnanyi von, Johannes (2015). *Die Zivilgesellschaft verschafft der Politik eine Atempause*. Cicero - Magazin für politische Kultur. Abgerufen am 14/09/2016 von: <http://www.cicero.de/berliner-republik/willkommenskultur-deutschland-die-zivilgesellschaft-hat-der-politik-eine-atempause>

Dörner, Andreas (2001). *Politainment: Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft*. Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp.

Dubiel, Helmut (1992). *Kritische Theorie der Gesellschaft: Eine einführende Rekonstruktion von den Anfängen im Horkheimer-Kreis bis Habermas*. Grundlagentexte Soziologie. Weinheim: Beltz Juventa

Ehling, Ulrike (2016). *Deliberative Global Governance: Legitimes Regieren durch Recht und Zivilgesellschaft*. Frankfurt (Oder): Springer Verlag.

Etzioni, Amitai (1968). *The Active Society*. New York: The Free Press.

Fastabend, Anna (2015). *Virtueller Marktplatz eröffnet*. Märkische Oderzeitung. Abgerufen am 11/11.2016 von: <http://www.moz.de/artikel-ansicht/dg/0/1/1439611>

Fehren, Oliver (2008). *Wer organisiert das Gemeinwesen? Zivilgesellschaftliche Perspektiven Sozialer Arbeit als intermediärer Instanz*. Berlin: Verlag Edition Sigma.

Feldhoff, Mathis (2016). *Merkels brüchiges "Wir schaffen das!"* Heute.de, ZDF. Abgerufen am 13/09/2016 von: <http://www.heute.de/ein-jahr-nach-dem-historischen-satz-zur-fluechtlingskrise-merkels-bruechiges-wir-schaffen-das-45030448.html?anchorName=faktenboxAnchor>

Fein, Elke/ **Matzke**, Sven (1997). Zivilgesellschaft- Konzept und Bedeutung für die Transformation in Osteuropa. In: *Arbeitspapiere des Bereichs Politik und Gesellschaft*. Osteuropa Institut der FU Berlin, Heft 7/1997.

Fischer, Susanne (2016). Wer, was und wie viele ist Zivilgesellschaft? Historische und dekoloniale Sichtweisen auf einen schillernden Begriff. In: Lakitsch, Maximilian/ Reitmair-Juárez, Susanne (Hrsg.), *Zivilgesellschaft im Konflikt- Vom Gelingen und Scheitern in Krisengebieten*. Dialog: Beiträge zur Friedensforschung, Band 69. LIT Verlag.

Fleischmann, Larissa (2016). *Vom Flüchtling zum Mitbürger: Welchen Beitrag kann die Zivilgesellschaft in Zukunft leisten?* Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen am 16/10/2016 von: <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdosiers/228570/zivilgesellschaft-und-integration#footnode6-6>

Fraser, Nancy (2007). Die Transnationalisierung der Öffentlichkeit. In: Niesen, Peter/Herborth, Benjamin: *Anarchie der kommunikativen Freiheit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm** (1990). *Strukturen und Funktionen moderner Öffentlichkeit - Fragestellungen und Ansätze*. FS III 90-101. Veröffentlichungsreihe der Abteilung Öffentlichkeit und soziale Bewegung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung.
- Gerhards, Jürgen** (1998). Öffentlichkeit. In: Jarren, Otfried/Sarcinelli, Ulrich/Saxer, Ulrich (Hrsg.), *Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft*. Ein Handbuch. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen** (1994). Politische Öffentlichkeit. Ein system- und akteurstheoretischer Bestimmungsversuch. In: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.): *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34/1994. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Gerhards, Jürgen/Neidhardt, Friedhelm/Rucht, Dieter** (1998). *Zwischen Diskurs und Palaver: Strukturen öffentlicher Meinungsbildung am Beispiel des Abtreibungsdiskurses in der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- George, Alexander L./Bennett, Andrew** (2005). *Case Studies and Theory Development in the Social Sciences*. MIT Press. Cambridge.
- Gil de Zúñiga, Homero et al.** (2010). *Digital democracy. Reimagining pathways to political participation*. Journal of Information Technology & Politics 7: 36-51. Abgerufen am 03/01/2017 von: <https://www.journalism.wisc.edu/~dshah/JITP2010.pdf>
- Gosewinkel, D.** (2003). *Zivilgesellschaft – eine Erschließung des Themas von seinen Grenzen her*. Discussion Paper Nr. SP IV 2005-505, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Greve, Jens** (2009). *Jürgen Habermas – Eine Einführung*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft mbH.
- Habbel, Franz-Reinhard** (2015). *Flüchtlingshilfe digital?* Kommunal.de. Zimper Media GmbH. Abgerufen am 04/01/2017 von: <https://kommunal.de/artikel/fluechtlingshilfe-digital/>
- Habbel, Franz-Reinhard/ Huber, Andreas** (Hrsg.) (2008). *Web 2.0 für Kommunen und Kommunalpolitik*. Verlag Werner Hülsbusch, Fachverlag für Medientechnik und – Wirtschaft.
- Habbel, Franz-Reinhard/ Wetzel, Daniel** (2016). *Aus Flüchtlingsportalen werden Integrationsportale*. Deutsche Städte- und Gemeindebund (DstGB). Abgerufen am 20/12/2016 von: <http://www.dstgb.de/dstgb/Homepage/Aktuelles/2016/Update%3A%20Aus%20Flüchtlingsportalen%20werden%20Integrationsportale/>

Habermas, Jürgen (1992). *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurtheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Habermas, Jürgen (1990). *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Habermas, Jürgen (1971). *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied/Berlin: Luchterhand.

Habermas, Jürgen (1995). *Aufgeklärte Ratlosigkeit-Warum die Politik ohne Perspektiven ist*. Frankfurter Rundschau, Nr. 303, Beilage S. 4.

Habermas, Jürgen (2008). *Ach, Europa. Kleine Politische Schriften XI*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Habermas, Jürgen (2016). *Die Spieler treten ab*. Interview mit Jürgen Habermas, geführt von Jürgen Assheuser am 09.07.2016. Die Zeit. Abgerufen am 10/09/2016 von: <http://www.zeit.de/2016/29/eu-krise-brexit-juergen-habermas-kerneuropa-kritik>

Hahn, Oliver/**Hohlfeld**, Ralf/**Knieper**, Thomas (Hrsg.) (2015). *Digitale Öffentlichkeit(en)*. Konstanz: UVK Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Bd.42.

Han-Broich, Misun (2015). Engagement in der Flüchtlingshilfe – eine Erfolg versprechende Integrationshilfe. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 14-15.

Heins, Volker (1992). Ambivalenzen der Zivilgesellschaft. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 33.2, 235-242.

HelpTo - das Hilfe-Portal für Flüchtlinge & Bedürftige (2016a).

Ein gemeinnütziges Projekt von Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. Abgerufen am 10/10/2016 von: <http://helpto.de/de/ueber-helpto/unsere-philosophie>

HelpTo - das Hilfe-Portal für Flüchtlinge & Bedürftige (2016b).

Ein gemeinnütziges Projekt von Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. Abgerufen am 10/10/2016 von:<http://helpto.de/de/infos-fakten>

HelpTo - das Hilfe-Portal für Flüchtlinge & Bedürftige (2016c).

Ein gemeinnütziges Projekt von Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. Abgerufen am 10/10/2016 von: <http://helpto.de/de/infos-fakten/fokus-ausbildung>,

HelpTo - das Hilfe-Portal für Flüchtlinge & Bedürftige (2016d).

Ein gemeinnütziges Projekt von Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. Abgerufen am 10/10/2016 von: <http://helpto.de/de/ueber-helpto>

HelpTo - das Hilfe-Portal für Flüchtlinge & Bedürftige (2016e).

Ein gemeinnütziges Projekt von Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. Abgerufen am 10/10/2016 von: <http://helpto.de/de/portale>

HelpTo - das Hilfe-Portal für Flüchtlinge & Bedürftige (2016f).

Ein gemeinnütziges Projekt von Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. Abgerufen am 10/10/2016 von: <http://helpto.de/de/datenschutzbestimmungen>

HelpTo - das Hilfe-Portal für Flüchtlinge & Bedürftige (2016g).

Ein gemeinnütziges Projekt von Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. Abgerufen am 10/10/2016 von: <http://helpto.de/de/nutzungsbedingungen>

HelpTo - das Hilfe-Portal für Flüchtlinge & Bedürftige (2016h).

Ein gemeinnütziges Projekt von Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. Abgerufen am 10/10/2016 von: <http://helpto.de/de/ueber-helpto/sponsoring>

HelpTo Potsdam- das Hilfe-Portal für Flüchtlinge & Bedürftige (2016a).

Ein gemeinnütziges Projekt von Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. Abgerufen am 10/10/2016 von: <http://potsdam.helpto.de/de>

HelpTo Potsdam- das Hilfe-Portal für Flüchtlinge & Bedürftige (2016b).

Ein gemeinnütziges Projekt von Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. Abgerufen am 10/10/2016 von: <http://potsdam.helpto.de/de/profile>

HelpTo Erlangen- das Hilfe-Portal für Flüchtlinge & Bedürftige (2017).

Ein gemeinnütziges Projekt von Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. Abgerufen am 10/10/2016 von: <http://erlangen.helpto.de/de/news/helpto-baden-wuerttemberg-entwickelt-sich-weiter-portal-fuer-goeppingen-freigeschaltet>

HelpTo Pforzheim-Enzkreis - das Hilfe-Portal für Flüchtlinge & Bedürftige (2017).

Ein gemeinnütziges Projekt von Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. Abgerufen am 10/10/2016 von: <http://pforzheim.helpto.de/de/news/pforzheim-als-zweites-portal-baden-wuerttemberg-gestartet> (Stand 02.01.2017)

HelpTo Uckermark - das Hilfe-Portal für Flüchtlinge & Bedürftige (2017).

Ein gemeinnütziges Projekt von Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. Abgerufen am 10/10/2016 von: <http://uckermark.helpto.de/en/news/helpto-uckermark-portal-jetzt-im-gesamten-land-brandenburg-verfuegbar>

Heming, Ralf (1997). *Öffentlichkeit, Diskurs und Gesellschaft. Zum analytischen Potential und zur Kritik des Begriffs der Öffentlichkeit bei Habermas*. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.

Hüller, Thorsten (2005). *Deliberative Öffentlichkeit*. Institut für Interkulturelle und Internationale Studien (InIIS), Fachbereich 8 Sozialwissenschaften. InIIS-Arbeitspapier Nr. 32. Abgerufen am 11/11/2016 von: http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2008/507/pdf/AP_32_2005.pdf

Imhof, Kurt (2011). *Die Krise der Öffentlichkeit. Kommunikation und Medien als Faktoren des sozialen Wandels*. 2. Auflage, Campus Verlag.

Honneth, Axel (2011). *Das Recht der Freiheit: Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit*. 4. Auflage, Suhrkamp Verlag.

Jahn, Detlef (2006). *Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Jarren, Otfried (1998). Internet- neue Chancen für die politische Öffentlichkeit? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 40.

Jäckel, Michael (1999). Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung und die Bedeutung der Medien, in: Ders.: *Medienwirkungen, Ein Studienbuch zur Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Jacob, Daniel/Thomas, Manuel (2014). *Das Internet als Heilsbringer der Demokratie?* Bundeszentrale für politische Bildung. Abgerufen am 14/12/2016 von: <http://www.bpb.de/apuz/184700/das-internet-als-heilsbringer-der-demokratie?p=all>

Jarzombek, Thomas (2015). *Effiziente Hilfe für Flüchtlinge: Organisationen zur Flüchtlingshilfe setzen auf digitale Technologie*. Pressemitteilung veröffentlicht von CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Abgerufen am 20/11/2016 von: <http://jarzombek.de/effiziente-hilfe-fuer-fluechtlinge-organisationen-zur-fluechtlingshilfe-setzen-auf-digitale-technologie/>

Karolewski, Ireneusz Pawel (2006). Civil Society and its Discontents. In: Franzke, Jochen (Hrsg.) (2006). *Making Civil Societies Work- Zivilgesellschaft und gesellschaftliche Praxis*. Potsdamer Textbücher Band 9. Universitätsverlag Potsdam.

Karakayali, Serhat /Kleist, J. Olaf (2015). *EFA-Studie 1: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland*. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin. Abgerufen am 03/12/2016 von: <http://www.fluechtlingshilfe-htk.de/uploads/infos/49.pdf>

Karakayali, Serhat /Kleist, J. Olaf (2016). *EFA-Studie 2: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland*. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin. Abgerufen am 03/12/2016 von: http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de/wp-content/uploads/2016/08/Studie_EFA2_BIM_11082016_VOE.pdf

Keane, John (Hg.) (1988b). *Civil Society and the State*. New European Perspectives, London/New York

Kemper, Peter/Mentzer, Alf/Tillmanns, Julika (Hrsg.) (2012). *Wirklichkeit 2.0. Medienkultur im digitalen Zeitalter*. Reclam.

Keuper et al. (2013). *Digitalisierung und Innovation: Planung - Entstehung – Entwicklungsperspektiven*. Wiesbaden: Springer Verlag.

Kern, Kristina (2004). Sozialkapital, Netzwerke und Demokratie. In: Klein, Ansgar/ Kern, Kristina/ Geißel, Brigitte/ Berger, Maria (Hrsg.) (2014). *Zivilgesellschaft und Sozialkapital. Herausforderungen politischer und sozialer Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kleger, Heinz/Burkhard, Michaela/Gillwald, Sebastian/Wetzel, Daniel (2017). Das Hilfe-Portal HelpTo.de.- von der Nothilfe zum Integrationsportal. In: Kleger, Heinz, *Flüchtlingshilfe: von der Notsituation zur Integration*. Neues Potsdamer Toleranzedikt e.V. (Hrsg.), 1. Auflage, Norderstedt: BoD book on Demand.

Kneuer, Marianne/Demmelhuber, Thomas (2012). *Die Bedeutung Neuer Medien für die Demokratieentwicklung - Überlegungen am Beispiel des Arabischen Frühlings*. Forum Politische Bildung Informationen zur Politischen Bildung Bd. 35, Innsbruck-Wien-Bozen.

Kretschmer, Birthe/ Werner, Frederic (Hrsg.) (2011). *Die digitale Öffentlichkeit- wie das Internet unsere Demokratie verändert*. Friedrich-Ebert-Stiftung. Abgerufen am 22/12/2016 von: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/hamburg/08862.pdf>

Krüger, Thomas (2003). *Strukturwandel der Öffentlichkeit 2.0*. Bundeszentrale für Politische Bildung. Abgerufen am 10/12/2016 von: <http://www.bpb.de/presse/51198/strukturwandel-der-oeffentlichkeit-2-0>

- Kocka, Jürgen** (2001). Zivilgesellschaft. Zum Konzept und seiner sozialgeschichtlichen Verwendung. In: Kocka, Jürgen/Nolte, Paul/Reichardt, Sven/Randeria, Shalini, *Aus historisch-sozialwissenschaftlichem Blickwinkel*. WZB Discussion Paper, No. P 01-801.
- Lamnek, Siegfried** (2005). *Qualitative Sozialforschung*. 4. Aufl. Weinheim: Beltz.
- Lauth, Hans-Joachim/ Merkel, Wolfgang** (1997). Zivilgesellschaft und Transformation. Ein Diskussionsbeitrag in revisionistischer Absicht. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 10.1, 12-34.
- Leggewie, Claus/ Nanz, Patrizia** (2016). *Die Konsultative- Mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.
- Leggewie, Claus** (1998). Demokratie auf der Datenautobahn. Oder: Wie weit geht die Zivilisierung des Cyberspace? In: Leggewie, Claus/ Maar, Christa (Hrsg.), *Internet&Politik? Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie?* Köln: Bollmann.
- Leggewie, Claus** (1993). Die Kritik der politischen Klasse und die Bürgergesellschaft. Muss die Bundesrepublik neu gegründet werden? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B31.
- Leggewie, Claus/ Maar, Christa** (Hrsg.) (1998). *Internet&Politik? Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie?* Köln: Bollmann.
- Lobo, Sascha** (2015). *Die unerträgliche Nähe des Netzes*. SpiegelOnline. Abgerufen am 11/10/2016 von: <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/soziale-netzwerke-die-unertraegliche-naehe-des-internets-kolumne-a-1052118.html>
- Lovink, Geert** (2010). Die Gesellschaft der Suche. Fragen oder Googeln. In: Becker, Konrad / Stadler, Felix (Hrsg.), *Deep Search. Politik des Suchens jenseits von Google*. Innsbruck: Studien Verlag.
- Luhmann, Niklas** (1970). Öffentliche Meinung. In: *Politische Vierteljahresschrift*. 11.
- Luhmann, Niklas** (1990). Gesellschaftliche Komplexität und öffentliche Meinung. In: Ders, *Soziologische Aufklärung* 5. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Marcinkowski, Frank** (1993). *Publizistik als autopoietisches System. Politik und Massenmedien. Eine systemtheoretische Analyse*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Maresch, Rudolf** (1995). *Mediatisierte Öffentlichkeit*. Leviathan, Jg. 23, Heft 3.
- Marschall, Stefan** (1998). Netzöffentlichkeit- eine demokratische Alternative? In: Gellner, Winand/von Korff, Fritz (Hrsg.), *Demokratie und Internet*. Baden-Baden.

- Marschall**, Stefan (1999). Alte und neue Öffentlichkeiten- Strukturmerkmale politischer Öffentlichkeit im Internet. In: Kamps, Klaus (Hrsg.), *Elektronische Demokratie? Perspektiven politischer Partizipation*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Mason**, Ben (2016). 76 Initiativen der Digitalen Flüchtlingshilfe – und es werden wöchentlich mehr. gut.org gemeinnützige Aktiengesellschaft, betterplace lab. Abgerufen am 21/12/2016 von: <http://www.betterplace-lab.org/de/digitale-fluechtlingshilfe-76-projekte-bisher/>
- Massing**, Peter/ **Breit**, Gotthard/ **Buchstein**, Hibertus (Hrsg.) (2012). *Demokratietheorien: von der Antike bis zur Gegenwart*. Texte und Interpretationshilfen. 8. Auflage, Bonn. Schwalbach/Ts.
- Merkel**, Angela (2015). *Sommerpressekonferenz von Bundeskanzlerin Merkel*. Thema: Aktuelle Themen der Innen- und Außenpolitik. Mitschrift Pressekonferenz. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Abgerufen am 10/10/2016 von: <https://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2015/08/2015-08-31-pk-merkel.html>
- Messner**, Dirk (1996). Politik im Wandel. NGOs in der Irrelevanzfalle oder NGOisierung der (Welt-) Politik? In: Stabsabteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung/ Lang, Susanne (Hrsg.), *Globale Trends und Internationale Zivilgesellschaft oder: Die NGOisierung der (Welt)Politik?* Bonn.
- Meyer**, Thomas (1994). *Die Transformation des Politischen*. Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp.
- Meyer**, Thomas (2001). *Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien*. Frankfurt am Main: Edition Suhrkamp.
- Michniewicz**, Marta (2010). *Bürgerjournalismus in der digitalen Öffentlichkeit: Die politische Rolle von Blogs in der gegenwärtigen Zeit*. Hamburg: Diplomica Verlag.
- Muno**, Wolfgang (2009). Fallstudie und die vergleichende Methode. In: Pickel, Susanne/ Pickel, Gert/ Lauth, Hans-Joachim/ Jahn, Detlef (Hrsg.), *Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft*. VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Müller**, Lena-Sophie (2016). *Digitale Flüchtlingshilfe – Das Digitale nutzen, um effizient und wirkungsvoll zu helfen*. Interview mit Lena-Sophie Müller, geführt von Henning Haake am 25.08.2016. WirtschaftsWoche Online. Abgerufen am 15/11/2016 von: <http://wiwo.konferenz.de/ada/digitale-fluechtlingshilfe-das-digitale-nutzen-um-effizient-und-wirkungsvoll-zu-helfen/#more-4655>
- Münker**, Stefan (2009). *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten: die sozialen Medien im Web 2.0*. Suhrkamp Verlag.

- Neidhardt**, Friedhelm (1994). Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen. In: Ders. (Hrsg.), *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34/1994. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neuberger**, Christoph/**Nuernbergk**, Christian/**Rischke**, Melanie (Hrsg.) (2009). *Journalismus im Internet: Profession - Partizipation – Technisierung*. Wiesbaden: GWV Fachverlage GmbH.
- Peters**, Bernhard (1994). Der Sinn von Öffentlichkeit. In: Friedhelm Neidhardt (Hrsg.), *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen*. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 34/1994. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Peters**, Bernhard (1993). Die Integration moderner Gesellschaften, Manuskript, S.351. In: Habermas, Jürgen, *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurtheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. 1. Auflage, Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Peters**, Bernhard (1997). *On Public Deliberation and Public Culture. Reflections on the Public Sphere*. In: IIS-Arbeitspapier Nr. 7/97. Universität Bremen
- Peters**, Bernhard (2001). Deliberative Öffentlichkeit. In: Wingert, Lutz/Günther, Klaus (Hrsg.), *Die Öffentlichkeit der Vernunft und die Vernunft der Öffentlichkeit*. Festschrift für Jürgen Habermas. Frankfurt am Main.: Suhrkamp Verlag
- Peters**, Bernhard (2007). *Der Sinn von Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Potsdam bekennt Farbe** (2016). Bündnis „Potsdam! bekennt Farbe“. Servicestelle Tolerantes und Sicheres Potsdam. Abgerufen am 10/12/2016 von: <http://www.potsdam-bekannt-farbe.de/buendnis-potsdam-bekannt-farbe>
- Putnam**, Robert/**Leonardi**, Robert/**Yanetti**, Raffaella Y. (1993). *Making democracy work*. Civic traditions in modern Italy. Princeton, New Jersey: Princeton University Press.
- Priller**, Eckhard (2002). Zum Stand empirischer Befunde und sozialwissenschaftlicher Theorie zur Zivilgesellschaft und zur Notwendigkeit ihrer Weiterentwicklung. In: *Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“* Deutscher Bundestag (Hrsg.). Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Schriftreihe: Band 1, Opladen: Verlag Leske+Buderich.
- Reese-Schäfer**, Walter (2001). *Jürgen Habermas*. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Reiser**, Brigitte (2012). *Bürgerschaftliches Engagement als Bürgerbeteiligung: Welche Möglichkeiten bietet das Internet?* eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 02/2012. Abgerufen am 15/11/2016 von: http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDFDokumente/newsletter_beitraege/beitrag_reiser_120710.pdf

Robert Bosch Stiftung (2014). *Asyl und Asylbewerber: Wahrnehmungen und Haltungen der Bevölkerung 2014*. Stuttgart. Abgerufen am 04/12/2016 von: http://www.bosch-stiftung.de/content/language1/downloads/RBS_Asyl_Studie_FINAL_RZ_einzel.pdf

Rucht, Dieter (2005). Cyberprotest – Möglichkeiten und Grenzen netzgestützter Proteste. In: *Von neuen Öffentlichkeiten zur heimlichen Medienrevolution – Welche Chancen hat eine kritische Internetkultur?* Kommunikationsfachtagung des netzwerk recherche e.V. in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden.

Sarcinelli, Ulrich (Hrsg.) (1998). *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft: Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Sarcinelli, Ulrich (1997). Demokratiewandel im Zeichen medialen Wandels? Politische Beteiligung und politische Kommunikation. In: Klein, A./ Schmalz-Bruns, R. (Hrsg.): *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Scheyli, Martin (2009). *Politische Öffentlichkeit und deliberative Demokratie nach Habermas*. Nomos Universitätsschriften – Politik, Band 111. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Schmidt, Manfred G. (2010). *Demokratietheorien. Eine Einführung*. VS Verlag für Sozialwissenschaften. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.

Schmidt, Gunnar (1995). *Zivile Gesellschaft und öffentlicher Raum*. Leviathan, Jg. 23, Heft 4.

Schulz, Winfried (1997). *Politische Kommunikation*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Schulze, Gerhard (2011). *Strukturwandel der Öffentlichkeit 2.0 - Kunst und Publikum im digitalen Zeitalter*. netz.macht.kultur. Kulturpolitische Gesellschaft e.V. Abgerufen am 12/11/2016 von: http://www.netz-macht-kultur.de/47.html?&no_cache=1&tx_ttnews%5Btt_news%5D=378&cHash=6710db7e3be5793374aed213235cee1d

Schwerig, Markus (2014). *Interview mit Jürgen Habermas- Die Lesarten von Demokratie*. Berliner Zeitung. Abgerufen am 10/10/2016 von: <http://www.berliner-zeitung.de/1159050> ©2016

Simsa, Ruth (2001). Die Zivilgesellschaft als Hoffnungsträger zur Lösung gesellschaftlicher Probleme? Zwischen Demokratisierung und Instrumentalisierung gesellschaftlichen Engagement. In: Institut für Sozialpädagogik, *Europäische Integration als Herausforderung. Rolle und Reform der sozialen Dienste in Deutschland*. Frankfurt. Abgerufen am 09/10/2016 von http://www.soziale-dienste-in-europa.de/Anlage16341/Europaeische_Integration_als_Herausforderung.pdf

- Simsa, Ruth et al.** (2016). *Beiträge der Zivilgesellschaft zu Bewältigung der Flüchtlingskrisenleistungen und Lernchancen*. Papier der Wirtschaftsuniversität Wien.
- Speth, Rudolf/Becker, Elke** (2016). *Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen*. Opusculum Nr. 92. Maecenata Institut, Berlin.
- Taa, Winfried** (2000). "Zivilgesellschaft" - Von der Vergesellschaftung der Politik zur Privatisierung der Gesellschaft. In: *Zivilgesellschaft von oben – Regulation der Kooperation*. Widersprüche, Heft 76, Kleine Verlag.
- Taylor, Charles** (1991). *Die Beschörung der Civil Society*, in: Michalski, 52-81.
- Wendt, Marian** (2015). *Effiziente Hilfe für Flüchtlinge: Organisationen zur Flüchtlingshilfe setzen auf digitale Technologie*. Pressemitteilung veröffentlicht von CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Abgerufen am 20/11/2016 von: <http://jarzombek.de/effiziente-hilfe-fuer-fluechtlinge-organisationen-zur-fluechtlingshilfe-setzen-auf-digitale-technologie/>
- Welz, Hans-Georg** (2002). Politische Öffentlichkeit und Kommunikation im Internet. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 2002 /B 39-40: 3-11.
- Wesselmann, Christoph** (2002). *Internet und Partizipation in Kommunen*. Strategien des optimalen Kommunikations-Mix- DUV Sozialwissenschaft. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.
- Wessler, Hartmund/Rinke, Eike M.** (2013). Öffentlichkeit. In: Mau, Steffen/Schöneck, Nadine (Hrsg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*. 3. Auflage, Wiesbaden: Springer VS.

Reihe Opuscula

Frei verfügbar auf www.opuscula.maecenata.eu

-
- | | | |
|------|---------|---|
| 2015 | Nr. 86 | Stiftungen in den sozialen Medien
Eine Betrachtung anhand ausgewählter Mitglieder des Berliner Stiftungsnetzwerkes
<i>Jacqueline Hoffmann, Julia Meißner</i> |
| | Nr. 87 | Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Zivilgesellschaft
Über den Einfluss des öffentlich-rechtlichen Rundfunks beim Aufbau einer Zivilgesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD
<i>Jasmin Heyer</i> |
| 2016 | Nr.88 | Die Schirmherrin
Zur Geschichte der Schirmfrau
<i>Gunter Stemmler</i> |
| | Nr.89 | Bewegter Ruhestand: Ehrenamt im Rentenalter
Eine empirische Betrachtung im Gesundheitsbereich
<i>Luise Burkhardt</i> |
| | Nr. 90 | Die Gründung der Stiftungsuniversität Frankfurt am Main
Ausdruck des Protests gegen die preußische Staatsmacht?
<i>Claudia Eller</i> |
| | Nr. 91 | Der Einsatz von ehrenamtlichen Mitarbeitern in deutschen Museen
<i>Franziska Götz</i> |
| | Nr. 92 | Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen
<i>Rudolf Speth, Elke Becker</i> |
| | Nr. 93 | Kulturstiftungen im Wandel?
Konsequenzen für die Förderung von Kunst und Kultur in Deutschland
<i>Andrea Wenger</i> |
| | Nr.94 | Hospizbewegung und Stiftungen
Zur Institutionalisierung der Hospizarbeit und den Potenzialen von Stiftungen, im Rahmen dieser Entwicklungen. |
| | Nr. 95 | Voluntary work in Germany and Norway: a comparative study
<i>Nina Antonov</i> |
| 2017 | Nr. 96 | (Un-)Abhängigkeit operativer Stiftungen? Eine organisationssoziologische Betrachtung am Beispiel der Stiftung Studienfonds OWL
<i>Linda Hagemann</i> |
| | Nr. 97 | Mission Investing – Hype oder Revolution des Stiftungssektors?
Zweckbezogenes Investieren als strategische Option für Stiftungen im Niedrigzinsumfeld
<i>Phillip Kratschmer</i> |
| | Nr. 98 | Islamische Stiftungen in Deutschland
<i>Sarah Echter, Linda Mattes</i> |
| | Nr. 99 | Foundation owned firms
a comparative study of stakeholder approaches
<i>Matthias Draheim, Günter Franke</i> |
| | Nr. 100 | Visualizing the knowledge of Voluntary and Nonprofit Sector Research:
Panorama and Foundation
<i>Min Chen, Chao Min</i> |
| | Nr. 101 | Transparenz in deutschen Sportstiftungen
Eine Untersuchung anhand der Kriterien der "Initiative Transparente Zivilgesellschaft"
<i>Oliver Grubert, Matthias Kasper, Daniel Priller</i> |
| | Nr. 102 | Zivilgesellschaftliche Akteure in erinnerungskulturellen Projekten
<i>Stephanie Alberding</i> |
| | Nr. 103 | Flüchtlingshilfe und sorgende Gemeinschaft
Kirchengemeinden auf dem Weg in die Zivilgesellschaft
<i>Henning von Vieregge</i> |
| | Nr. 104 | The Space for Civil Society: Shrinking? Growing? Changing?
<i>Mareike Alscher, Eckhard Priller, Susanne Ratka, Rupert Graf Strachwitz</i> |
| | Nr. 105 | Legitime Institution oder bloß legale Einrichtung?
<i>Harm Hendrik Esser</i> |
-

URN: urn:nbn:de:0168-ssoar-54720-3

ISSN (Reihe Opuscula) 1868-1840